

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Christian Graf von Krockow
China als Entwicklungsland
Versuch zum Verstehen

Peter J. Opitz
Et tu, China?
Entwicklungstendenzen
der chinesischen Politik
seit dem Tode Mao Tse-tungs

Gerhard Wettig
Chinesische Bedrohungs-
vorstellungen im Verhältnis
zur Sowjetunion

ISSN 0479-611 X

B 1/78

7. Januar 1978

Christian Graf von Krockow, Dr. phil., geb. 1927; von 1961 bis 1969 Professor für Politikwissenschaft in Göttingen, Saarbrücken und Frankfurt a. M.; seither freier Wissenschaftler und Publizist. Studienreisen u. a.: Sowjetunion, Mexiko, Japan; China 1976 und 1977.

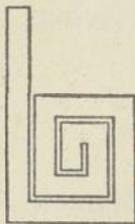
Neuere Veröffentlichungen u. a.: Mexiko — Wirtschaft, Politik, Gesellschaft, Kultur, München 1974; Reform als politisches Prinzip, München 1976. Zum Thema erscheint im Februar 1978: Harald Fischer, Christian Graf von Krockow, Hermann Schubnell, China — Das neue Selbstbewußtsein. Gesellschaft, Erziehung, Familie.

Peter J. Opitz, Dr. phil., geb. 1937; Studium der Politischen Wissenschaft, Sinologie, Philosophie; Professor für Politische Wissenschaft am Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft der Universität München.

Veröffentlichungen u. a.: Lao-tzu, München 1967; Chinesisches Altertum und konfuzianische Klassik (Hrsg.), München 1968; Maoismus (Hrsg.), Stuttgart 1972; Chinas Große Wandlung. Revolutionäre Bewegungen im 19. und 20. Jahrhundert, (Hrsg.), München 1972; Die Söhne des Drachen. Chinas Weg vom Konfuzianismus zum Kommunismus (Hrsg.), München 1974; Chinas Außenpolitik. Ideologische Prinzipien — strategische Konzepte, Zürich 1977.

Gerhard Wettig, Dr. phil., geboren 1934 in Gelnhausen/Hessen; Studium der Geschichte, Slawistik und Politikwissenschaft; Wissenschaftlicher Referent und stellv. Leiter des Forschungsbereichs Politik am Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln.

Veröffentlichungen u. a.: Entmilitarisierung und Wiederbewaffnung in Deutschland, 1967; Die Rolle der russischen Armee im revolutionären Machtkampf 1917, 1967; Politik im Rampenlicht, 1967; Potsdam und die deutsche Frage, 1970 (zus. mit E. Deuerlein, A. Fischer und E. Menzel); Europäische Sicherheit 1966—1972, 1972; Frieden und Sicherheit in Europa: KSZE und MBFR, 1975; Community and Conflict in the Socialist Camp 1965—1972, 1975; Die Sowjetunion, die DDR und die Deutschland-Frage 1965—1976, 1977²; Der Kampf um die freie Nachricht, 1977; Broadcasting and Détente, 1977.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder:
Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65,
5500 Trier, Tel. 06 51/4 61 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 11,40 vierteljährlich (einschließlich DM 0,59 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

China als Entwicklungsland

Versuch zum Verstehen

I. Vorüberlegungen

China hat seit Jahren immer wieder Schlagzeilen gemacht — von der „Großen Proletarischen Kulturrevolution“ bis zum Sturz der „Viererbande“ nach dem Tode Mao Tse-tungs. Das ferne Schauspiel hatte eine Springflut von Literatur zur Folge. Häufig allerdings handelte es sich um Projektionen eigener Hoffnungen oder Ängste, um Utopien des „neuen Menschen“ oder um Schreckensbilder vom „Heer der blauen Ameisen“. Entsprechend kann man in jüngster Zeit Reaktionen der Enttäuschung oder des Frohlockens über eine vermeintliche „Normalisierung“ registrieren.

Dabei wurde das eigentlich Erregende oft an den Rand des Vergessens gedrängt: Das volkreichste Land der Erde galt ein Jahrhundert lang als der hoffnungslos „kranke Mann“ Ostasiens. Es war Spielball imperialistischer Mächte und das geradezu „klassische“ Land der Hungerkatastrophen; es erschien als Land der Gewalt, der War Lords und Gangster, der Volksseuchen — eben als hoffnungsloser Fall. Seit der Errichtung der Volksrepublik aber hat China Probleme weitgehend gelöst, mit denen Entwicklungsländer meist vergeblich kämpfen: die Probleme der Ernährung, der Beschäftigung, der elementaren Bildung für alle, der Hygiene und medizinischen Versorgung. Es hat sich auch der Geburtenplanung

zugewandt und dabei in kurzer Frist beispiellose Erfolge erzielt.

In einen neuen Abschnitt seiner Geschichte tritt China damit als ein grundlegend saniertes Land ein: vom westlichen Standpunkt aus betrachtet zwar noch immer arm und, von Ausnahmebereichen abgesehen, rückständig, doch befreit von den Geißeln, die sonst Entwicklungsländer plagten. Es fehlen die krassen Ungleichgewichte, die Gegensätze von Luxus und Verelendung, von Stadt und Land, von Hypermodernität und Archaik; es gibt nicht länger Unterernährung und Unterbeschäftigung, die Bevölkerungslawine und die Hoffnungslosigkeit. Die Bevölkerung lebt unter Bedingungen sozialer Sicherheit, wie sie vor kurzem noch unvorstellbar gewesen wären. So gesehen hat China die kritische Phase moderner „Entwicklung“ bereits durchschritten.

Wie konnte in historisch knapper Frist dies alles erreicht werden? Welche Probleme gab es, welche Konflikte, welcher Preis war zu zahlen? Hat man tatsächlich einen „neuen Menschen“ geschaffen? Welche Perspektiven zeichnen sich für die Zukunft ab? Kann China ein „Modell“ sein?

Diesen Fragen stellt sich, als ein Versuch zum Verstehen, die folgende Studie. Das Verstehen schließt in der Annäherung zugleich die Einsicht in die fundamentalen Differenzen ein, die uns von China trennen.

II. Historische und nationale Aspekte der chinesischen Revolution

Die chinesische Revolution, so könnte man mit zulässiger Übertreibung sagen, wurde im Jahre 1840 mit dem Opiumkrieg eingeleitet — einer der finsternen Episoden neuzeitlicher Kolonialgeschichte. Im Frieden von Nanking, 1842, mußte China sich dem fremden Einfluß öffnen; es begann das Jahrhundert des Zerfalls. Das Land erschien als Beute westlicher

Mächte, Rußlands, bald auch Japans, offenbar unfähig zu zeitgemäßen Reformen, unaufhaltsam seiner Auflösung zutreibend.

Eben diese Unfähigkeit zu rascher *technischer* Verwestlichung — wie sie Japan gelang, mit dem *konservativen* Sinn, überkommene Strukturen und Machtverhältnisse zu bewahren — bereitete jedoch langfristig revo-

lutionären Entwicklungen den Weg. Denn damit wurde den Institutionen des alten China mehr und mehr der Boden entzogen, wurden sie materiell so erschüttert und moralisch so diskreditiert, daß sie am Ende nur noch mit blanker Gewalt aufrechterhalten werden konnten und gar kein anderer Ausweg sich mehr bot als die radikale Revolution. Nur wenige Jahre nach dem Opiumkrieg brach der große T'ai-P'ing-Aufstand los (1851—1864), der schließlich, nach unendlichen Opfern und Verwüstungen, von denen sich das dynastische China niemals mehr erholte, mit westlicher Hilfe niedergeschlagen wurde. Seither riß die Kette der Aufstände, Wirren und Demütigungen nicht mehr ab, bis schließlich am Vorabend des Ersten Weltkriegs das Kaisertum an sein Ende gelangte. China aber versank nur noch mehr im Chaos, in den Diadochenkämpfen, in denen es nichts mehr gab als Grausamkeit und Unterdrückung, Korruption und Bereicherung, indessen die Massen in kaum vorstellbarem Elend vegetierten.

Dr. Sun Yat-sen (1866—1925) versuchte die „bürgerliche“ Revolution. Er wird auch von den Kommunisten als ein Vorläufer verehrt; sein Mausoleum bei Nanking ist heute ein Wallfahrtsort. Aber Sun Yat-sen scheiterte an seiner Machtlosigkeit; seine Partei, die Kuomintang, blieb stets eine zerbrechliche Interessenkoalition, an der sich zeitweilig auch die Kommunisten beteiligten. Als dann nach dem Tode Sun Yat-sens Chiang Kai-shek die Macht an sich riß, das Land militärisch einigte, aber die Kommunisten blutig verfolgte und in den Städten nahezu vernichtete, blieb von dieser Koalition wenig mehr als die Macht der seit je Herrschenden, gestützt auf die Gewalt der Bajonette.

Dennoch hätte sich das Regime vielleicht behaupten können, wenn nicht wiederum die ausländische Intervention zur Stärkung der revolutionären Kräfte entscheidend beigetragen hätte: Die japanische Aggression spielte den Kommunisten ihre Chance zu. Nachdem sie aus ihren Stützpunkten in die Provinz Kiangsi vertrieben worden waren und sich in dem legendären „langen Marsch“ nach Shensi durchgeschlagen hatten, wo sie in Yen-an ihr neues Hauptquartier errichteten, wären sie auch dort wahrscheinlich vernichtet worden, wenn nicht eben die japanische Aggression die Chiang Kai-shek nach dem „Zwischenfall von Sian“ im Dezember 1936 abgepreßte nationale Einheitsfront zustande gebracht hätte. Während nun im chinesisch-japanischen

Krieg die Kuomintang von ihren Kraftzentren in den großen Küstenstädten abgeschnitten wurde, dehnten die Kommunisten, gestützt auf die Bauern, im erfolgreichen Partisanenkrieg ihren Einfluß immer weiter aus.

Als Japan 1945 kapitulierte, verfügte Chiang Kai-shek — mit amerikanischer Unterstützung — zwar immer noch über die überlegene Truppenzahl und eine weitaus bessere Waffenausrüstung. Aber das Kräfteverhältnis hatte sich doch erheblich verschoben. Und die moralische Ausgangsposition für den letzten, entscheidenden Waffengang wird in einer amerikanischen Studie aus dem Jahre 1946 deutlich: „Es ist ein Grundgesetz, das die letzte Eigenschaft, die einer regierenden Gruppe abhanden kommt, die Fähigkeit zur Ausbeutung, zur Unterdrückung und zur Mißwirtschaft ist. Die Kuomintang kehrte nur an die Küste zurück, um dieses Axiom zu beweisen.“ Dagegen „steht bis jetzt die Kommunistische Partei im Vergleich mit der Kuomintang glänzend da. Sie wurde den ganzen Krieg hindurch hervorragend geführt und fand ihren Weg zur Macht, indem sie dem Volk nicht nur Schutz vor dem Feind bot, sondern auch Befreiung von seinen alten Leiden.“¹⁾

Das heißt: Indem es den Kommunisten gelang, die von ihnen in Angriff genommenen gesellschaftlichen Veränderungen mit der nationalen Selbstbehauptung in Einklang, ja zur Deckung zu bringen, fiel ihnen, am Ende nur folgerichtig, *das nationale Mandat* zu. Sie waren es, die in ihrem Kampf und in ihrem Sieg dem gesamten Volk nach einem Jahrhundert der Demütigungen das Gefühl der Selbstachtung, der Würde, des Stolzes zurückgaben. Wenn man daher in Gesprächen — keineswegs nur in Propagandareden — immer wieder die Formeln „Vertrauen auf die eigene Kraft“ und „Nur der Sozialismus kann China retten“ zu hören bekommt, dann gewinnen diese Formeln ihre Bedeutung mindestens ebenso sehr im nationalen wie im wirtschaftlichen Sinne. Dabei ist zu beachten, daß China ja viel mehr ist als „Nation“ im westlichen Sinne: die Einheit einer Kultur, deren Zerstörung oder Wiederaufrichtung im Kampf mit fremden Mächten für jeden Chinesen weit größeres Gewicht hat als die Gestalt eines Staates, die man notfalls auch wechseln kann.

¹⁾ Th. W. White u. A. Jacoby, *Donner aus China*, dt. Ausg. Stuttgart, Hamburg, Baden-Baden 1949, S. 359 u. 362.

Der Sachverhalt stellt sich anschaulich dar auch im Verhältnis zur Sowjetunion. Es mag viele Ursachen dafür geben, daß das „brüderliche“ Verhältnis sich in bittere Feindschaft verwandelt hat: von der langen und umstrittenen Grenze über die „natürliche“ Rivalität zweier großer Mächte bis hin zum „Kirchenstreit“ um die Vertretung der wahren Lehre, um Orthodoxie oder Ketzerei. Nicht zum geringsten aber spielt die letzte in der langen Kette chinesischer Demütigungen und Abhängigkeiten eine Rolle, die tiefe Enttäuschung, die in Gesprächen mit Menschen aller Schichten immer wieder hervorbricht: Bekanntlich brach die Sowjetunion ihre Entwicklungshilfe 1960 über Nacht ab, unter Zurückziehung ihres gesamten Personals und unter Mitnahme aller Pläne. Dies trug erheblich zu den

Schwierigkeiten bei, mit denen China in den drei „bitteren Jahren“ bis 1962 zu kämpfen hatte. Der Bruch wurde zum Wahrzeichen erhoben in der großen Brücke, die bei Nanking den Yang-tzse-kiang überspannt und den Norden mit dem Süden Chinas verbindet. Ursprünglich sollte diese Brücke mit sowjetischer Hilfe gebaut werden. Und 1960 verfügten die Chinesen zunächst weder über die Stahllegierungen, die für den Bau benötigt wurden, noch über Techniken, um die Pfeiler tief im Strom zu gründen. Dennoch konnte 1968 die Eisenbahnbrücke und 1969 die Straßenbrücke dem Verkehr übergeben werden. Seither wird das Bauwerk allen Besuchern mit Stolz vorgeführt: das Symbol eines neuen nationalen Selbstbewußtseins und des „Vertrauens auf die eigene Kraft“.

III. Die Agrarfrage als soziales Schlüsselproblem

Soziale Revolution und nationale Behauptung bedingen sich wechselseitig. In China, dem Lande der Bauern, geht es dabei vor allem anderen um die Bewältigung der Agrarfrage — und dies nicht nur im Sinne einer technischen Lösung der Nahrungsmittelproduktion, sondern auch und gerade im Sinne eines sozialen Problems, das in Gegensätzen wie Apathie oder Aktivität, Erniedrigung oder Selbstbewußtsein sich ausdrücken läßt. Freilich kann man in der Landwirtschaft noch weniger als anderswo die gesellschaftlichen Entwicklungen von ihren natürlichen Bedingungen völlig ablösen. Daher soll zunächst etwas über diese vorgegebenen Bedingungen in ihrem Verhältnis zu den sozialen Fragen gesagt werden.

Auf der Weltkarte nimmt China sich mit etwa 9,6 Millionen Quadratkilometern als ein Land von imponierender Größe aus; die Bundesrepublik verfügt nur über 248 000 Quadratkilometer. Aber die Masse des Landes besteht aus steilen Bergen, Hochgebirgen, kargen Steppen oder Wüsten; nur etwa ein Achtel der Gesamtfläche kann landwirtschaftlich genutzt werden. Zum Vergleich: Die Vereinigten Staaten von Amerika besitzen bei nahezu gleicher Gesamtgröße eine weitaus größere landwirtschaftliche Nutzfläche: 4,45 Millionen Quadratkilometer. In China waren es nach Angaben aus dem Jahre 1960 erst 1,1 Millionen Quadratkilometer, ein Viertel der amerikanischen Fläche. Aber einem Bürger der Vereinigten Staaten stehen vier Chinesen gegenüber! So drängt sich die Bevölkerung

Chinas in den fruchtbaren Ostgebieten in größter Dichte, teilweise mit mehr als 2000 Menschen pro Quadratkilometer. Nochmals zum Vergleich: Die durchschnittliche Bevölkerungsdichte der Niederlande — für uns wohl der Inbegriff eines dicht besiedelten Landes — betrug 1970 354 Menschen pro Quadratkilometer.

Klimatische Bedingungen erhöhen die Schwierigkeiten: Dürreperioden, die in weiten Teilen des Landes alle Saaten vertrocknen ließen, wechselten ab mit Überschwemmungskatastrophen. Berichte über stets wiederkehrende Hungersnöte sind fast so alt wie die Geschichte Chinas überhaupt.

Wie immer es jedoch im Altertum und im Mittelalter ausgesehen haben mag, die Lage spitzte sich seit Beginn der Neuzeit durch die Bevölkerungsentwicklung dramatisch zu. Man schätzt, daß in den ersten zwei Jahrhunderten der Mandschu-Dynastie (Ch'ing-Dynastie, ab 1644) die Bevölkerung Chinas von etwa 100 auf nahezu 400 Millionen anstieg — eine Folge guter Verwaltung, innerer Kolonisation und verbesserter Wirtschaftsformen. Aber damit waren die Reserven praktisch erschöpft, die auf althergebrachte Weise erschlossen werden konnten. Als dann das Jahrhundert des politischen Zerfalls begann, von dem die Rede war, gab es daher nur noch den Weg in die ständig wachsende Verelendung. Nicht nur die Flut der landlosen Bauern, die ihre Familien kaum mehr ernähren konnten, schwoll unaufhaltsam an, sondern auch das Heer der

völlig Deklassierten, die sich allenfalls noch als Bettler oder Banditen, als Prostituierte oder praktisch als Sklaven durchschlugen.

Sogar die Bauern selbst verloren zunehmend ihre Selbsthaftigkeit; sie wanderten, wie der Wind der Notsituationen sie gerade trieb. „Es war damals so üblich“, heißt es im Bericht eines älteren Bauern über die Zeit vor 1949, „daß die Leute dauernd umzogen. Man ging von einem Dorf zum anderen, von einem Grundbesitzer zum nächsten, um eine Stelle zu finden, wo die Pacht niedriger war“²⁾. Die Angaben verschiedener Untersuchungen bestätigen diesen Bericht; der Zerfall einer traditionsbestimmten, auf Statik und Stabilität angelegten Agrargesellschaft wird damit schlagend deutlich.

Es entwickelte sich bei alledem die Teufelsspirale, die so typisch ist für unterentwickelte Länder, deren überkommene Ordnungen aus den Fugen geraten sind: Gerade angesichts ungewisser Lebensverhältnisse erweisen sich die Familien als kinderreich, weil die Familie die einzige Institution sozialer Sicherung darstellt, die es gibt; nur durch ihre Kinder können die Eltern im Alter versorgt werden. Und da viele Kinder sterben, ist eine „Überschussproduktion“ unerlässlich. Erst die Entwicklung neuartiger, kollektiver Sicherungssysteme kann eine Änderung der Situation bewirken. Übrigens nutzt man jetzt in China die Erfahrungen aus der Zeit „vor der Befreiung“, um Familienplanung und Geburtenkontrolle voranzutreiben: Man holt alte Frauen in den Kreis junger Mädchen und Frauen, damit sie vom einstigen Elend bei hoher Kinderzahl und Kindersterblichkeit berichten.

Wer heute durch die Weiten Chinas reist, dem fallen drei Vorgänge ins Auge, die überall den ebenso schweren wie hartnäckig geführten „Kampf gegen die Natur“ anschaulich machen:

1. *Terrassierung*. Abgesehen von den Tiefebenen und den Mündungsgebieten der großen Ströme im Osten sowie den unfruchtbaren Wüsten und Steppen im Norden und Westen ist China meist ein Bergland. Eine Neulandgewinnung ist deshalb in der Regel nur möglich, wenn man die Berge abträgt oder an ihren Hängen Terrassenfelder anlegt. Während in Europa solche Anlagen mehr und mehr verfallen, weil niemand es mehr auf sich nimmt, sie zu pflegen, entstehen sie in China überall neu, Meter um Meter den widrigen

²⁾ J. Myrdal, Bericht aus einem chinesischen Dorf, München 1966, S. 71.

Verhältnissen abgerungen, insgesamt aber in riesigen Ausmaßen. Ganze Landschaften werden so verwandelt. In der Bundesrepublik dürfte das einzige vergleichbare Beispiel die Umformung des Kaiserstuhls am Oberrhein sein, der an chinesische Verhältnisse auch durch seinen Lößcharakter erinnert. Will man sich aber von den chinesischen Kultivierungsarbeiten einen Begriff machen, so muß man sich Tausende von Kaiserstuhlgebieten nebeneinander vorstellen, und dies nicht nur in einer Provinz, sondern immer neu in vielen Provinzen. Es kommt hinzu, daß modernes Großgerät für die Erdbewegungen noch kaum zur Verfügung steht; den entscheidenden Anteil an allen Arbeiten muß noch immer der Mensch mit seiner Muskelkraft erbringen, mit Hacke und Schaufel, mit Tragkörben oder — schon eine bedeutende Errungenschaft — mit Schubkarren.

Solche Arbeiten sind natürlich nur zu leisten, wenn es gelingt, das eigentliche Kapital eines armen Landes, eben die menschliche Arbeitskraft, im großen Maßstab zu mobilisieren und zu organisieren. Die anfangs heftig umstrittene Entwicklung der Volkskommunen — nach der Zahl ihrer Mitglieder etwa unseren herkömmlichen Landkreisen vergleichbar — spielt dabei eine wesentliche Rolle, denn nur sie können langfristig angelegte Projekte in Angriff nehmen, nicht kleine Genossenschaften und schon gar nicht Einzelbauern.

2. *Wasserbauten*. Dürreperioden und Überschwemmungen waren unvordenklich die Plagen Chinas, welche die Hungersnöte zur Folge hatten. Wasserbauten größten Stils: Dämme, Schleusen und Siele, Be- und Entwässerungsgräben und Kanäle, große und kleine Pumpanlagen, Tiefbrunnen, Rohrleitungen — das alles bildet ein, wenn nicht *das* Kernstück des „Kampfes gegen die Natur“. Auch bei diesem Kampf trägt der Mensch bisher die Hauptlast. Und obschon in rasch steigender Zahl die Pumpen mit Diesel- oder Elektromotoren angetrieben werden, sieht man doch nach wie vor Treträder, mit denen Bauern mühevoll das Wasser auf die Felder schöpfen. Aber schon jetzt wird man aus dem Stand der Wasserbauarbeiten wahrscheinlich folgern dürfen, daß Katastrophen, wie sie einst ständig vorkamen, nach menschlichem Ermessen auszuschließen sind.

3. *Aufforstung*. Der Fluch aller alten Kulturgebiete ist die Bodenerosion, die vor allem durch das rücksichtslose Abholzen der Wälder verursacht worden ist. Man denke an den

Mittelmeerraum von Anatolien über Griechenland und Sizilien bis Spanien. Oder an Mexiko: Experten schätzen, daß mindestens die Hälfte des ursprünglich fruchtbaren Bodens der Erosion bereits zum Opfer gefallen ist. Aber wo die Bevölkerung in zwanzig Jahren sich verdoppelt, bleiben alle Versuche der Behörden, der Erosion entgegenzuwirken, vergeblich; verzweifelt roden die Bauern noch die steilsten Hänge, die dann alsbald vom Regen ausgewaschen werden und unter der Sonne verdorren.

IV. Die Revolution aus den Dörfern

Alle großen Revolutionen der neueren Geschichte waren im einen oder anderen Sinne auch Agrarrevolutionen. Das gilt von der englischen industriellen Revolution, die nicht zu denken ist ohne die großen „Einhegungen“: die Verwandlung von Ackerflächen in Weideland, welche die ehemaligen Pächter als das zukünftige Proletariat in die Städte vertrieb. Ähnlich ist später die industrielle Revolution in Deutschland ohne die ländliche Überschußbevölkerung, besonders ohne die Kapitalisierung und Mechanisierung der Gutsbetriebe kaum vorstellbar, welche die massiven ost-westlichen Wanderungsbewegungen, etwa ins Ruhrgebiet, ermöglichte und erzwang. Die Französische Revolution hat hingegen ein unabhängiges Bauerntum geschaffen — und damit ebenso Entwicklungshemmungen wie ein konservatives Potential, das fortan hauptstädtischen Revolutionsbewegungen einen Riegel vorschob. Das Schicksal der russischen Oktoberrevolution entschied sich in den Weiten des Agrarlandes mit Hilfe der Bauern, die eine Rückkehr der Gutsherren fürchteten.

Wie immer die Umstände im einzelnen aussehen mochten: Kaum jemals waren Bauern und Landarbeiter die zündende, treibende Kraft, vielmehr die Getriebenen, manchmal als Nutznießer, meist aber als die Ausgenutzten. Im Grunde waren und blieben Revolutionen Sache der Städter oder der Verstädterung. Nicht zufällig rechnet es das „Kommunistische Manifest“ der Bourgeoisie als Verdienst zu, daß sie „das Land der Herrschaft der Stadt unterworfen ... und so einen bedeutenden Teil der Bevölkerung dem Idiotismus des Landlebens entrissen“ hat. Es wäre interessant zu wissen, was wohl Mao Tse-tung beim Lesen solcher Sätze empfand.

China bildet keine Ausnahme. Außer in Parks oder Alleen sieht man nur selten Baumbestände, die älter sind als zehn oder höchstens zwanzig Jahre. Inzwischen aber wird überall im Lande die Aufforstung erkennbar, an Steilhängen, auf Bergkuppen, an Bahndämmen, an jedem Ort, der landwirtschaftlich nicht genutzt werden kann — auch dies eine der großen Leistungen im Kampf des Menschen mit der Natur und eine Mühsal, die sich erst in der Zukunft, dann aber in reichem Maße, bezahlt machen dürfte.

In China entstand das neue Modell einer Überwältigung der Städte von den Dörfern her. Dies mag historischer Zufall sein. Die kommunistische Bewegung, in den Städten verfolgt und vernichtet, konnte einzig in den Tiefen des unwegsamen Hinterlandes überleben. Auch Mao Tse-tung verdankt seinen Aufstieg diesem Umstand. Zwar war er weder der „Erfinder“ der Bauernrevolution — sie hat in China eine lange Geschichte — noch der Guerilla; es gab andere und bedeutende militärische Befehlshaber. Aber Bauernrevolte, Partisanenkrieg und soziale Umwälzung in einem strategischen Revolutionskonzept zu vereinen und in ihm die nationalen Momente mit der marxistischen Theorie undogmatisch zu verbinden: dies war seine epochenmachende Leistung.

Der Bauernsohn Mao rebellierte in seiner Jugend gegen die väterliche Autorität. Jahrzehnte später erklärte er in zweifelhafter Vereinfachung: „Es gibt unzählige Prinzipien des Marxismus, doch sie können alle letzten Endes in einem Satz zusammengefaßt werden: Rebellion ist gerechtfertigt.“³⁾ Diese Rebellion traf zunächst einmal die orthodoxe, an der Organisation des städtischen Proletariats orientierte und von der Komintern — also von der sowjetischen Führung — gesteuerte Parteilinie. Es war schiere Ketzerei, wenn Mao 1927 in seinem „Untersuchungsbericht über die Bauernbewegung in Hunan“ erklärte: „Wenn wir zehn Punkte für die Durchführung der demokratischen Revolution redlich verteilen wollen, so verdiente die Leistung der Stadtbewohner und Soldaten nur drei Punkte; die übrigen sieben Punkte würden

³⁾ Vgl. St. R. Schram, Das politische Denken Mao Tse-tungs, München (dtv WR 4169) 1975, S. 400.

den Bauern und ihrer Revolution auf dem Lande zufallen.“⁴⁾ Erst nach dem „langen Marsch“, mit der Veränderung der Umstände, konnte Mao sich voll durchsetzen.

Entscheidendes kommt jedoch noch hinzu. „Von den Bauern lernen!“ lautet eine der grundlegenden Maximen des maoistischen China. Ihr revolutionärer Charakter wird nur dann verständlich, wenn man sich die Tradition abgründiger Verachtung der unwissenden, ausgebeuteten Bauern durch die Gebildeten, Wohlhabenden und Mächtigen vor Augen führt. In bewußter Umwertung der Werte hat Mao erklärt: „Nachdem ich Revolutionär geworden war, lebte ich unter den Arbeitern, Bauern und Soldaten der revolutionären Armee. Nach und nach lernte ich sie gut kennen, und sie haben mich auch kennengelernt. Dann und erst dann machte ich mich endgültig von der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Mentalität frei, die mir von der bürgerlichen Schule eingepfropft worden war. Und gerade als ich die noch nicht umerzogenen Intellektuellen mit den Arbeitern und Bauern verglich, begriff ich, daß diese Intellektuellen unsauber, daß die Arbeiter und Bauern aber die saubersten Menschen sind, sauberer als die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Intellektuellen, mögen ihre Hände auch schwarz und ihre Füße mit Kuhmist beschmiert sein.“⁵⁾ Mit anderen Worten: Es kommt darauf an, den Bauern *Selbstachtung* zu geben, ihr Vertrauen zu gewinnen, indem man ihnen vertraut, statt sie bloß zu kommandieren und für ferne Zwecke zu benutzen.

Folgerichtig hat Mao an den stalinistischen Methoden der Sowjetunion scharfe Kritik geübt⁶⁾. Stalin hatte die Landwirtschaft immer nur als einen Lastenträger für die forcierte Industrialisierung mit dem Vorrang der Schwerindustrie betrachtet. Er hat das selbstbewußte Bauerntum in der brutal durchgeführten Zwangskollektivierung der Landwirtschaft buchstäblich erschlagen. Die Sowjetunion, eines der potentiell größten Agrarländer der Welt, bezahlt dafür trotz hoher Investitionen bis heute mit der Apathie ihrer Landbevölkerung und mit einer immer noch unzureichenden Agrarproduktion einen hohen Preis.

⁴⁾ A. a. O., S. 233; den gesamten Bericht findet man in: Mao Tse-tung, *Ausgewählte Werke*, Bd. I, S. 21 ff.

⁵⁾ Schram, a. a. O., S. 339 f.

⁶⁾ Vgl. dazu Mao Tse-tung, *Das machen wir anders als Moskau — Kritik an der sowjetischen Politökonomie*, hrsg. v. H. Martin, Reinbek (rororo aktuell 1940) 1975.

Die Einsicht in die Bedeutung des menschlichen Bewußtseins und Selbstbewußtseins, die Betonung also der aktiven Rolle des „Überbaus“, ist ein charakteristischer Zug im Denken Mao Tse-tungs. Vor allem handelt es sich um eine realistische Einsicht: Man kann von Menschen nur etwas erwarten und mit ihnen etwas aufbauen, wenn man ihnen nicht bloß Befehle erteilt, sondern ihre Selbstachtung anspricht. Wie ein Beobachter es notierte: „Die chinesischen Bauern mühen sich heute ab wie früher, vielleicht mehr noch als früher; aber sie haben nicht das Gefühl, das Rückgrat vor Ausbeutern zu krümmen. Ihre Müdigkeit ist so real wie einst, aber sie ist nicht mehr erniedrigend. Sie tragen sie leichter, weil sie nicht mehr gedemütigt werden.“⁷⁾

Dies läßt sich freilich nicht allein durch Agitation oder Manipulation erreichen, sondern es muß ein gesellschaftlich und ökonomisch tragfähiges Fundament geschaffen werden. Wie ist es damit bestellt? Man kann den Sachverhalt in zwei Schlagworten umreißen:

1. *Initiative von unten*. Der Staat setzt Rahmendaten, aber er überläßt nicht nur die Ausführung im Detail den unteren Ebenen, sondern es wird erwartet, daß diese von sich aus aktiv werden. Die Volkskommunen sollen Deiche und Bewässerungsanlagen bauen, ihre eigenen Werkstätten, Fabriken und Handelsorganisationen entwickeln; die Grundsätze lauten: Verlange kein Geld vom Staat; verlange keine Hilfe von anderen Kommunen; laß dich durch Schwierigkeiten nicht abschrecken — kurzum: Vertraue auf die eigene Kraft! Eigeninitiative wird nicht nur geduldet, sondern als leitendes Prinzip anerkannt und verkündet: „Nicht der Landwirtschaftsminister in Peking hat neue Methoden erfunden und will sie ausprobieren lassen. Nein, die Produktionsbrigade von Tachai hat die Heldentaten vollbracht und neue Techniken ausprobiert. Die zentrale Macht begnügt sich damit, solche Versuche mit angemessener Lautstärke im Lande zu propagieren.“⁸⁾

Der Sinn jeweils möglichst vielseitiger, ja weitgehend autarker Entwicklung der Kommunen ist es natürlich *auch*, die Überlastung

⁷⁾ A. Peyrefitte, *Wenn China sich erhebt, erzittert die Welt*, Wien u. Hamburg 1974, S. 347.

⁸⁾ Peyrefitte, a. a. O., S. 257. — Zur Information über Tachai sowie andere Ereignisse, Begriffe und Parolen sei verwiesen auf das nützliche und preiswerte „Wörterbuch der chinesischen Revolution“ v. P. Dittmar, Freiburg (Herderbücherei 511) 1975.

einer noch wenig leistungsfähigen verkehrstechnischen Infrastruktur zu vermeiden, die einer hochgradigen Arbeitsteilung noch gar nicht gewachsen wäre. Und für den Bau von Werkstätten und kleineren Industrien im Rahmen der Volkskommunen sprechen weitere Gründe: Die Beschäftigungsintensität, die in der Landwirtschaft mit den Jahreszeiten stark schwankt, soll gleichmäßiger gemacht und technische Kenntnisse sollen verbreitet werden; nicht zuletzt geht es darum, eine Abwanderung ländlicher Überschußbevölkerung in die Ballungszentren zu verhindern. Doch so wichtig dies alles sein mag, es gibt eben das zusätzliche oder vielmehr zentrale Motiv, das Ökonomen ideologisch nennen mögen und das gleichwohl selbst eine entscheidende Produktivkraft darstellt: Selbstbewußtsein als „Vertrauen auf die eigene Kraft“ praktisch erfahrbar zu machen.

2. *Sicherheit.* An den uns gewohnten Maßstäben gemessen sind Chinas Bauern noch immer sehr arm. Genaugenommen sind sie in — zum Teil erheblichen — Abstufungen arm. Die Volkskommunen leben ja als Genossenschaften aus den Erträgen, die sie erwirtschaften; es gibt keine festen Lohnstufen wie in den Staatsbetrieben. Daher gibt es nach Gunst oder Ungunst der Umstände, nach Tüchtigkeit oder Untüchtigkeit des Führungspersonals und je nach dem Einsatzwillen der Bauern große Einkommensunterschiede. Im Grunde sind jedoch für alle Landbewohner das Fahrrad, die einfache Nähmaschine oder ein Transistorradio schon bedeutende Anschaffungen, auf die hin man geduldig sparen muß und die dem Besucher mit Stolz aufgezählt werden. Das Zeitalter der Traktoren hat gerade erst begonnen, das der Waschmaschinen, Kühltruhen und anderer Geräte zur Erleichterung der Hausarbeit steht noch aus.

Es läge nahe zu sagen: Die praktischen Errungenschaften nehmen sich bisher geringfügig aus, und der materielle Anreiz zu intensiver Arbeit hat sich nur schwach entwickelt. Aber dies hieße den entscheidenden Tatbestand übersehen, einen unermeßlichen Fortschritt, welcher der älteren Generation ebenso bewußt ist, wie er der jüngeren ständig und eindringlich vor Augen geführt wird: Zum ersten Male seit Menschengedenken gibt es soziale Sicherheit. Die Angst vor der Hungerkatastrophe ist geschwunden, der Lebenshorizont stabil und abschätzbar geworden — ein pa-

radoxes und dennoch folgerichtiges Ergebnis der revolutionären Umwälzungen. Jeder hat — sei es wiederum nach unseren Maßstäben noch so beengt und bescheiden — ein Dach über dem Kopf. Es gibt die ständige Bedrohung durch Grundherren, Wucherer, Steuereintreiber, Banditen und Landsknechte nicht mehr. Dafür gibt es Schulen und medizinische Versorgung. Für die Alten und Arbeitsunfähigen gibt es „fünf Garantien“; dazu gehört neben der materiellen Versorgung auch, bemerkenswert genug, die „ehrvolle Bestattung“. Was das alles bedeutet, kann man allenfalls ahnen, wenn man Berichte aus der Zeit vor 1949 liest, die ja keineswegs alle kommunistischer Propaganda entstammen.

Von den Bauern lernen: Auch dieser Satz bleibt keine leere Propagandaformel. Durch die Millionen der städtischen Mittelschulabsolventen und der „Kader“, die ständig aufs Land geschickt werden, gewinnt er handgreifliche Realität. Und die Bauern selbst lernen: Die „gebildeten Jugendlichen“ und die „Kader“ bringen neue Kenntnisse mit, Kenntnisse der Technik, der Hygiene, der Buchführung und so fort. Nicht nur das: In einem Lesesaal der Universität Peking treffen wir einen alten Bauern. Er entstammt noch einer Generation der Verachteten, der Geschundenen, der Analphabeten. Inzwischen aber gibt es auf dem Lande Millionen von „Forschern“, die sich um die Verbesserung des Saatgutes, der Düngemethoden, des Fruchtwechsels, der Bearbeitungstechniken bemühen. Solchen „Forschern“ werden dann Weiterbildungsmöglichkeiten an speziellen Instituten, aber auch an Hochschulen und Universitäten eröffnet. Daher hat die Universität Peking (1976) 6 000 „reguläre“ Studenten, die je nach Fachrichtung ein drei- oder vierjähriges Studium absolvieren, und zugleich pro Jahr 40 000 bis 50 000 Teilnehmer an Weiterbildungskursen, die zwischen wenigen Wochen und einem Jahr dauern. So ist die Universität buchstäblich Volks-Hochschule.

Es läßt sich schwer ermessen, welchen Nutzen der alte Mann aus seinen Studien zieht. Aber erst recht läßt sich nicht ausmessen, was es für sein Selbstbewußtsein — und das der Mitbewohner seines Dorfes — ausmacht, daß er nun an diesem Platz sitzen kann: er, der Bauer, hier, im Lesesaal der Universität Peking.

V. Die Partei, die Massen und die sozialistische Tugend

Im Jahre 1902 entwarf Lenin in seiner Schrift „Was tun?“ das langfristige strategische Konzept einer Kaderpartei der Berufsrevolutionäre. Diese Elite sollte die eher an Nahzielen konkreter Verbesserungen orientierten Arbeitermassen zur Revolution führen und dann den Aufbau des Sozialismus in die Hand nehmen.

Der Erfolg hat Lenin bestätigt. Aber sein Konzept enthielt zugleich die Gefahr einer nicht mehr kontrollierbaren Verselbständigung und Verfestigung der einmal geschaffenen Führungsstrukturen: die Gefahr, daß aus der Diktatur *im Namen* und dem Anspruch nach *für* das Proletariat zugleich die Diktatur *über* das Proletariat sich entwickelte, zumal wenn es sich, wie in Rußland, um ein Land handelte, in dem die Tradition zentralistisch-bürokratischer Autokratie ohnehin übermächtig war. Stalin hat so gesehen eigentlich nur systematisiert und perfektioniert, was bereits in der Konzeption Lenins angelegt war.

Mao Tse-tung hat versucht, einen anderen Weg zu gehen. Im Jahre 1958 sagte er in einer Parteitagsrede, zunächst in indirekter Anspielung, dann in direkter Kritik an der Sowjetunion: „(Die Inder) haben das Ubel der Affen, die fressen sehr viel weg, niemand wagt sie zu prügeln, man meint, sie seien göttlich. — Wir propagieren keine Parolen wie ‚die Kader entscheiden alles‘, ‚die Technik entscheidet alles‘, wir propagieren auch nicht ‚Sowjets plus Elektrifizierung ist Kommunismus‘. Wenn wir derartige Parolen nicht propagieren, gibt es dann etwa keine Elektrifizierung? Wir werden ebenso Elektrifizierung haben, und sie wird mit noch wesentlich größerer Vehemenz vor sich gehen. Die vorderen beiden Parolen hat Stalin propagiert, sie sind von großer Einseitigkeit. ‚Die Technik entscheidet alles‘ — und was ist mit der Politik? ‚Die Kader entscheiden alles‘ — was ist mit den Massen?“

„Hier fehlt es an Dialektik.“⁹⁾

Immer wieder versucht Mao dies einzuhämmern: „Alle Intellektuellen müssen sich völlig der schlechten Gewohnheit entledigen, sich von den Massen zu isolieren. Sie müssen den Massen im Geist der Selbstverleugnung

entgegentreten, sich eng mit den Arbeitern, Bauern und Soldaten zusammenschließen... Bei jeder Arbeit, die für die Massen geleistet wird, muß man von den Bedürfnissen der Massen ausgehen und nicht von irgendwelchen persönlichen Wünschen — und seien sie noch so wohlmeinend — oder von historischen Dogmen.“¹⁰⁾ Oder: „Parteimitglieder müssen sich darauf verstehen, die Angelegenheiten mit den Volksmassen zu diskutieren und zu regeln; zu keiner Zeit dürfen sie den Kontakt zu den Massen verlieren. Das Verhältnis der Partei zu den Massen gleicht dem des Fisches im Wasser. Wenn dieses Verhältnis nicht fest gefügt ist, kann das sozialistische System nicht errichtet und auch nicht gefestigt werden.“¹¹⁾

Aus dem dialektischen Verhältnis des einzelnen — vor allem der Funktionäre — zu den Massen entwickelt sich eine sozialistische Tugendlehre. Es geht dabei um das Verhältnis der Selbstgefälligkeit oder Einbildung zur Bescheidenheit oder Selbstlosigkeit: „Die Einbildung gedeiht unter allen Umständen und in jeder Gestalt. Im allgemeinen wird sie durch Erfolge und Triumphe gesteigert. Das kommt daher, daß man unter widrigen Umständen seine eigenen Schwächen deutlicher sieht und relativ achtsamer ist... Der Erfolg hingegen hat auch die Dankbarkeit der anderen in seinem Geleit. Sogar einstige Gegner wenden sich uns wieder zu und verbeugen sich... Wir werden eingebildet, sobald wir die Stärke der Massen außer acht lassen... Die Einbildung ist ihrem Wesen nach ein Kind des Individualismus und erzeugt auch wieder Individualismus.“¹²⁾

Hingegen: „Bescheidenheit ist eine für jeden Revolutionär unentbehrliche Eigenschaft; sie fördert die Sache des Volkes... Die Bescheidenheit ist daher ein Prüfstein für unser Verantwortungsgefühl gegenüber dem Volk. — Ein Revolutionär, der seinen Namen verdient, muß... die Schöpferkraft der Massen hoch einschätzen, sich ihre Ansichten anhören und sich selbst als einer der ihnen betrachten. *Es darf keine Spur von Selbstsucht in ihm sein*... Wenn ein Mensch allen Ernstes bereit ist, aus der Arbeit, dem Leben und seinen Kämpfen zu lernen; wenn er sich über sein

⁹⁾ Mao intern — Unveröffentlichte Schriften, Reden und Gespräche Mao Tse-tungs 1949—1971, hrsg. v. H. Martin, München 1974, S. 109.

¹⁰⁾ St. R. Schram, a. a. O., S. 297.

¹¹⁾ Mao Papers, hrsg. v. J. Ch'en, München (dtv 1125) 1975, S. 73.

¹²⁾ A. a. O., S. 107 ff.

Denken und sein Handeln regelmäßig Rechen- schaft ablegt, um seine Unzulänglichkeiten, Schwächen und Irrtümer zu erkennen; wenn er seine Einbildung und Selbstgefälligkeit rücksichtslos und entschlossen bekämpft und vorbehaltlos nach ihrer Überwindung trachtet, dann steht es durchaus in seiner Macht, sich zu einem bescheidenen Menschen zu erziehen. — Ein wahrhaft bescheidener Mensch wird sich ferner bedingungslos, loyal, tatkräftig und voll Begeisterung für die Sache der Partei, des Volkes und des Kollektivs einsetzen. Er prahlt nicht mit seiner Arbeit; er arbeitet nicht um der Belohnung willen, um äußeren Ruhm zu ernten oder selbstsüchtige Wünsche zu befriedigen. Seine Arbeit gilt von ganzem Herzen dem Glück und den Interessen des Volkes. Aus diesem Grund ist er immer in harte Arbeit zum Wohl der Partei und des Volkes vergraben, ohne einen Gedanken an seine eigene Auszeichnung, seine Position, seinen Ruf oder sein Gehalt zu verschwenden. Anderen gegenüber brüstet er sich nicht mit seinen Taten, ja er gestattet sich derartige Gedanken nicht einmal insgeheim. Er denkt nur daran, wie er dem Volke noch besser dienen kann.“¹³⁾

Kurzum: „China ist, wie ein Witzbold bereits vor mir bemerkte, ein wahrer Pfuhl von Tugendhaftigkeit“ — heißt es bei Edgar Snow; er spricht auch vom „Ton treuherziger Pfad-

findertugendlehre“, ja von einer „Pfadfinderwelt“, und erinnert sich heiter daran, wie er einst in Yenan die Mitglieder des Politbüros dadurch korrumpierte, daß er ihnen das Pokern beibrachte. Vielleicht hängt es damit zusammen, daß man heute allenthalben auf alte wie junge Kartenspieler trifft. Im übrigen scheint es eigentlich nur noch zwei öffentlich tolerierte „Laster“ zu geben: Chinesen sind oft sehr starke Raucher; dagegen konnte der Große Vorsitzende wohl nichts einwenden, weil er selbst zu ihnen gehörte. Und im Straßenverkehr gewinnt man manchmal den Eindruck, es sei die einzige wirklich gültige Verkehrsregel, daß man unbedingt gehupt haben müsse, bevor man jemanden überfährt.

Doch im Ernst: Die sozialistische Tugendlehre und die ständig propagierte „Massenlinie“ haben zum Ziel, die Erstarrung in Herrschaftshochmut und Untertänigkeit aufzuheben, die in China eine so alte und feste Tradition hatte, beziehungsweise ihr Wiederaufleben in Gestalt einer „neuen Klasse“ zu verhindern. In solcher Perspektive erweist sich auch die „Große Proletarische Kulturrevolution“ der sechziger Jahre als verständlich und folgerichtig: als radikaler, um nicht zu sagen verzweifelter Versuch, Verkrustungen der Partei- und Funktionärshierarchien aufzulösen oder aufzubrechen.

VI. Systemsteuerung, Motivationen und Sanktionen

Wenn auf die Selbstlosigkeit, auf das richtige, nicht hierarchische, sondern egalitäre Bewußtsein des einzelnen in seinem Verhältnis zu anderen es entscheidend ankommt, dann ergeben sich schwierige Fragen: Wie wird das „richtige Bewußtsein“ über den bloßen Appell hinaus eigentlich erzeugt und gesichert? Wie wird gesamtgesellschaftlich und politisch „das System“ gesteuert? Welche Motivationen und Sanktionen gibt es?

Im Osten wie im Westen — hier verstanden als Sowjetunion und Osteuropa einerseits, Westeuropa und Nordamerika andererseits — verläßt man sich wesentlich auf das *Prinzip der individuellen Interessiertheit*, auf den Wunsch des einzelnen nach Aufstieg, Ansehen, Einkommenssteigerung. (Daher erweist es sich hier wie dort als schwierig, mit Dissidenten und Außenseitern fertig zu werden, die

dieser konkurrenzbestimmten „Interessiertheit“ im Ernst sich entziehen.) Es geht um je spezifische, grundsätzlich individuelle Chancen und Gefährdungen entweder im Rahmen einer *bürokratischen Hierarchie* oder einer Ordnung, deren zentrale Institution der Markt ist. Bürokratie oder Markt steuern die Bedürfnisse und ihre prinzipiell dosierte, durch *Knappheit* der verfügbaren Güter nicht nur vorläufig gekennzeichnete, sondern auf sie angewiesene Befriedigung: Wirklicher Überfluß müßte die stillschweigend vorausgesetzte Hierarchie und mit ihr Motivationen und Sanktionen zerstören, weil dann die Statussymbole des abgestuften Ansehens, einschließlich ihrer Verdinglichung in den Gütern des demonstrativen Verbrauchs, zu nichts mehr taugen würden.

Politisch gesprochen handelt es sich entweder um das Entscheidungs*monopol* an der Spitze der bürokratischen Zentralverwaltung, das als

¹³⁾ A. a. O.

Spitze der Parteiorganisation sich zugleich durch den Monopolanspruch auf Wahrheitsfindung und Wahrheitsverwaltung — einschließlich der Findung und Verwaltung der „wahren“ Bedürfnisse aller — legitimiert. Oder es handelt sich um ein *Konkurrenzsystem* der Parteien, das sich an marktaloger Nachfrage — mittels quantifizierender Wahlverfahren — orientiert und legitimiert. Das äußerste Sanktionsmittel ist der *Tod* — herbeigeführt entweder durch den *Scharfrichter* oder, als „bürgerlicher Tod“, durch den *Konkurrenzrichter* beziehungsweise den Gerichtsvollzieher.

Natürlich bleibt eine solche Schematisierung grobschlächtig. Teilweise erweist sie sich sogar als irreführend; es gibt dort zum mindesten Teilmärkte, wie es hier monopolistische Strukturen gibt. Bei näherer Betrachtung wird überdies sichtbar, daß kein System ohne geschichtlich begründete „Ideen“, ohne Wertsetzungen auskommt. Bedeutsam ist jedoch die Tatsache, daß alle Begriffe, die sich aus einer ost-westlichen Systemanalyse ableiten lassen, sei es in noch so weit fortschreitender Differenzierung, kaum „greifen“, sich als unzulänglich erweisen, sobald es sich um die Beschreibung der chinesischen Realität handelt:

Die alten „Ansehens“-Hierarchien hat man vorsätzlich zerstört. Soweit sie nachwirken, wird dies als bürgerliches Klassendenken scharf verurteilt. Entsprechendes gilt für individualistische Aufstiegsmotivationen, die sichtbar werden zu lassen sie schon ihrer Frustration ausliefern heißt. Ohnehin werden sie praktisch durchkreuzt; Konkurrenz im Rahmen formalisierter Ausleseverfahren spielt allenfalls eine Nebenrolle; der Mittelschulabsolvent muß aufs Land — und ob er je zurückkehrt, bleibt ungewiß. Der Student sagt: „Ich gehe, wohin die Partei mich schickt.“ Das mag Glaubensbekenntnis sein oder nicht, in jedem Falle ist es harte Realität. Die Volkskommune kann man im Regelfall nicht verlassen, den Betrieb nicht nach Wunsch wechseln. Zwar gibt es Gehaltsstufen und Einkommensunterschiede. Aber ihre Bedeutung wird dadurch stark gemindert, daß die Grundbedürfnisse preiswert durch alle befriedigt werden können, während gehobene Konsumgüter extrem teuer sind, sofern es sie überhaupt gibt. Überdies mangelt es an Statussymbolen, und der demonstrative Verbrauch als Zeichen des Arriviertseins wird mißbilligt. Kurzum: Im Kern bleibt das richtige Bewußtsein im Rahmen sozialistischer Tu-

gendhaftigkeit. Wie aber — fragt ungläubig der materialistische Europäer — läßt sich dergleichen mobilisieren, motivieren und sanktionieren?

Die Schwierigkeit, auf der der Gebrauch ungewohnter Kategorien stößt, läßt sich noch durch einen Vergleich anschaulich machen. Vieles im heutigen China erinnert an die Lehren *Rousseaus*: der Moralismus, der Nachdruck auf Erziehung und Gleichheit, die Hochachtung des rustikal-einfachen Lebens wie die Verurteilung von Selbstsucht und Luxus. Rousseau erkannte, daß unter den Bedingungen des fortgeschrittenen, aufgeklärten Europa mit der Verwirklichung — genauer: Bewahrung — seiner Ideale nicht mehr zu rechnen war. Seine Nachfolger jedoch, die zur Tat drängten, sahen sich stets mit der Konsequenz konfrontiert, die zuerst und am genauesten Robespierre gezogen hat¹⁴): „Wir wollen in unserem Lande den Egoismus durch die Moral ersetzen... Da die Seele der Republik die Tugend, die Gleichheit ist, und euer Ziel, die Republik zu begründen, zu festigen, resultiert daraus, daß eure oberste politische Richtschnur sein muß, alle eure Einrichtungen auf die Erhaltung der Gleichheit und auf die breite Entfaltung der Tugend abzustimmen.“

Aber wie kann man solch ein rousseauistisches — oder maoistisches — Programm ausführen, wie zu ihm im letzten motivieren? Robespierre weiß es: „Wenn die Triebkraft der Volksbewegung in Friedenszeiten die Tugend ist, so ist die Triebkraft der Volksregierung in Zeiten der Revolution zugleich *Tugend und Terror*: die Tugend, ohne die der Terror unheilvoll ist, der Terror, ohne den die Tugend machtlos ist. Der Terror ist nichts anderes als das schlagfertige, unerbittliche, unbeugsame Recht, er ist somit eine Emanation der Tugend; er ist weniger ein besonderes Prinzip, als ein Produkt des allgemeinen Prinzips der Demokratie, das auf die dringlichsten Angelegenheiten des Vaterlandes angewendet wird... Die Menschheitsbedrucker bestrafen ist Milde; ihnen verzeihen ist Unmenschlichkeit. Die Härte des Tyrannen hat zum Prinzip nichts anderes als die Härte; die der republikanischen Regierung leitet sich aus der Menschlichkeit her.“

¹⁴) Im folgenden wird aus seiner berühmten Rede vom 5. Februar 1794 zitiert, in: Habt ihr eine Revolution ohne Revolution gewollt — Reden, Leipzig (Reclams Universal-Bibliothek Nr. 8370 bis 8374) o. J., S. 318 ff.

Je mehr Tugend, desto mehr Terror. Wo es um das Menschheitsheil schlechthin geht, so Robespierre, ist es nicht nur gerechtfertigt, sondern geboten, den Scharfrichter in Bewegung zu setzen. Doch in China verhält es sich offenbar anders. Man kann auf den Scharfrichter verzichten, weil — zum mindesten im Regelfalle — Motivationen und Sanktionen der sozialistischen Tugendhaftigkeit sich tatsächlich als wirksam erweisen. Die einschlägigen Berichte, zum Extrem getrieben in den Jahren der Kulturrevolution, sind unzählbar — und wir reagieren auf sie mit jenem Unverständnis, das sich im Gelächter entlädt: „Als wir am Wu-

taiberg angelangt waren, wütete dort ein Schneesturm, und die Leute sagten, daß wir unmöglich hinüber könnten. Aber unser Wille war eisern. Wir hielten die ‚Worte des Vorsitzenden Mao Tse-tung‘ in die Höhe und riefen gegen die Bergwand, während der Sturm um unsere Köpfe heulte: ‚Seid entschlossen, fürchtet keine Opfer und überwindet alle Schwierigkeiten, um den Sieg zu erringen.‘ So zogen wir im Wintersturm über den Berg und kamen in die Provinz Hopei.“¹⁵⁾ Indessen verbirgt sich sogar hinter dem Extrem oder der Karikatur noch die Provokation durch die Norm; es bleibt die Frage nach der Wirksamkeit der Steuerungsmechanismen.

VII. Individuum und Gruppe

Es liegt nahe, auf die ständigen Mobilisierung- und Berichtigungskampagnen zu verweisen. China, im Frühjahr 1976: Bei jeder Besichtigung, in jedem Gespräch hören wir vom Kampf gegen den „Wind von rechts“, den es entschlossen auszufechten gilt und dessen „negativer Held“ der soeben gestürzte Teng Hsiao-p'ing ist. In einem Kindergarten lesen wir den weisen Spruch: „Wir unterstützen die Beschlüsse des Zentralkomitees!“ Die Kinder singen Lieder gegen den „Wind von rechts“; die Schüler, die Arbeiter in den Fabriken verfassen entsprechende Wandzeitungen.

China, im Frühjahr 1977: Nun gelten, unter der weisen Führung des neuen Vorsitzenden Hua, die Lieder und die Wandzeitungen dem Kampf gegen die „Viererbande“; als neuer, das heißt dem Vergessen neu entrissener positiver Held steht der Mustersoldat Lei Feng auf der Bühne: Modell sozialistischer Tugendhaftigkeit.

In seinen schwarzen Stunden fragt sich der westliche Beobachter unwillkürlich, ob es sich nicht — bis in die Details der optimistischen Bilder hinein — um ein Gegenstück zur kapitalistischen Werbung handelt, welche Glück verspricht, sofern man nur die richtige Kaufentscheidung trifft. Wie immer: Die Kampagnen erscheinen als sinnvoll, sofern es im Sinne der Lehren Maos darum geht, das *Bewußtsein* der Massen zu erreichen, statt bloß zu befehlen und — nötigenfalls — zu exekutieren. Wo es ums Überzeugen geht, *darf* man nicht „kurzen Prozeß“ machen, sondern man muß ebenso geduldig wie beharrlich vorgehen und dabei Verzögerungen, ja sogar die

Unruhen, von denen immer wieder berichtet wird, in Kauf nehmen.

Indessen wird mit solcher Einsicht das Problem nur verschoben. Müssen die ständigen Kampagnen mit ihren manchmal jähen Wendungen auf die Dauer nicht abstumpfen und hinter Lippenbekenntnissen Apathie und Zynismus wachsen lassen? Müssen sie nicht zu jener Art von *Entfremdung* führen, die Klaus Mehnert einst sowjetischen Studenten unterstellte, wenn er sagte, sie paukten die Mehrwertlehre von Marx wie französische Vokabeln?¹⁶⁾

Vielleicht hilft es weiter, wenn man das Verhältnis des einzelnen zur Gruppe überdenkt. In der europäischen Geistes- und Sozialgeschichte ist dieses Verhältnis zugunsten eines prinzipiellen Vorrangs des Individuums vor seiner Gruppenbindung entschieden worden. Christentum, Renaissance, Reformation, Rationalismus und Aufklärung haben zu diesem Ergebnis beigetragen. In der Städtkultur als Keimzelle der bürgerlichen Gesellschaft und Wirtschaft wird der Sachverhalt zur Praxis. Seither stützt sich die neuzeitlich-europäische Dynamik progressiver Weltbemächtigung ideell wie materiell entscheidend auf das Prinzip der individuellen Interessiertheit.

In China hat es eine vergleichbare Entwicklung nie gegeben. Immer galt der essentielle Vorrang der Gruppe vor dem Individuum. Er schien nur im Jahrhundert des Zerfalls unter westlichem Einfluß seiner Auflösung zuzutrei-

¹⁵⁾ J. Myrdal, Die Revolution geht weiter — Bericht über den Fortschritt in Liu Ling, München 1971, S. 176 f.

¹⁶⁾ Der Sowjetmensch, Stuttgart 1958, S. 356.

ben. Die Erinnerung daran signalisiert: Demütigung, Ausbeutung und Verelendung, Schutzlosigkeit, Verlust aller Geborgenheit. Deshalb stellt sich, verständlich genug, in chinesischer Sicht Individualismus heute als Merkmal des Bösen und Gefährlichen schlechthin, das heißt des Klassenfeindes dar. Mit einiger Zuspitzung könnte man sagen, daß die Übernahme und assimilierende Umformung westlicher Ideen in der Gestalt des Marxismus entscheidend dazu gedient hat, den individualistisch zersetzenden Einfluß des Westens abzuwehren. So gesehen kommt dem chinesischen Marxismus geradezu eine *restaurative* Funktion zu — ähnlich wie in Japan die technische Verwestlichung im Zeitalter der Meiji-Reformen den *konservativen* Sinn hatte, die Überfremdung durch den Westen abzuwehren. Anders freilich als in China blieb in Japan das Gruppendenken in feudalistischen Vorstellungen befangen und an Hierarchie gekettet; daher erzeugt fortschreitende Verwestlichung auch der Lebensformen gesellschaftlich wie psychisch schwere Spannungen: Das Individuum findet sich gleichsam auf die Folter gespannt zwischen seinem Drang nach Emanzipation und der überdauernden Gruppenbindung, die unter anderem den modernen Industriebetrieb zur neuen Form der Feudalfamilie überhöht hat.

In bezug auf die fundamentale westlich-japanische Differenz hat man von „Schuldkultur“ und „Schamkultur“ gesprochen¹⁷⁾. Das Erlebnis der Schuld isoliert und individualisiert. Es wirft den einzelnen auf sich selbst in seinem abgründigen und unmittelbaren Verhältnis zu Gott oder zu anderen Instanzen der Wahrheit und des Rechts zurück. Scham dagegen „sozialisiert“; sie verweist auf die anderen, auf die Gruppe, der man zugehört. Das unterschiedliche Gewicht von Schuld und von Scham gilt aber im Verhältnis des Westens nicht nur zu Japan, sondern zu allen ostasiatischen Kulturen, die wesentlich von China her geprägt wurden.

Es kann in solcher Perspektive kaum überraschen, daß vieles, was uns als „kommunistisch“ erscheint, um den einzelnen an die Gruppe zu schmieden, etwa die ständig praktizierte Formel „Einheit — Kritik und Selbstkritik — Einheit“, in Wahrheit altes Kulturerbe darstellt: „Das öffentliche Bekenntnis der Sünde gehörte bei den Gläubigen, die sich um Chang (Tao)-ling, den Gründer der taoisti-

schen Kirche, scharten, zur Hauptvoraussetzung für die Erlösung von Krankheit und Übel, und sie wurde bei ihm zu einer festen Einrichtung ebenso wie bei Chang Lu, dem Gründer des Staates der ‚Fünf-Scheffel-Reis-Taoisten‘. Die Beichten und Selbstbekenntnisse, die aber gerade nicht heimlich, sondern sehr öffentlich vor sich gingen, wurden in Volksbewegungen seither immer wieder als das stärkste Mittel eingeführt, um die selbstische Hybris des einzelnen zu unterdrücken und ihm das Gefühl zu bewahren, daß er nicht mehr sei als ein Glied der Gemeinschaft.“¹⁸⁾

Was das Verhältnis des einzelnen zur Gruppe betrifft, sieht es im Konfuzianismus ganz ähnlich aus; Bauer spricht, indem er einen konfuzianischen Text interpretiert, vom „total in die Gesellschaft eingebundenen Glücksbegriff, der weder dem Individuum, noch auch (was wichtig ist) dem Universum ein Eigenleben ließ“¹⁹⁾. Hieran hat sich bis heute nichts geändert. Kuo Mo-jo, der Gelehrte und Dichter, seit 1949 Präsident der Akademie der Wissenschaften in Peking, sagte einem ausländischen Besucher: „Für die Chinesen ist es das größte Glück, beisammen zu sein.“²⁰⁾ Die Formel „Einheit — Kritik und Selbstkritik — Einheit“ enthüllt damit ihre tiefere sozialpsychologische Bedeutung: Das Glück der Einheit zerbricht an den selbstsüchtigen Regungen des einzelnen; aber im Durchgang durch das reinigende Unglück der Entzweiung wird es wiederhergestellt; es wird dialektisch in dem dreifachen Sinne „aufgehoben“, den Hegel dem Begriff gegeben hat: zugleich zerstört, bewahrt und auf eine neue, höhere Stufe gehoben. Es ist mithin so erstaunlich nicht, wie es unserer „Logik“ sich darstellt, wenn den Kampagnen, die kritisieren, verdammen, degradieren und abtrennen, dann doch wieder die Rehabilitierung folgt. „Wenn man sich aufrichtig ändert, heißen einen alle willkommen, dann können wir uns wieder mit ihm solidarisieren“, sagt Mao²¹⁾.

Es versteht sich, daß der Bereich dessen, was der „öffentlichen“ Aufmerksamkeit und nötigenfalls der kritisch-selbstkritischen Diskussion bedarf, um die Gruppeneinheit zu bewahren oder zu erneuern, sehr groß, ja praktisch

¹⁸⁾ W. Bauer, China und die Hoffnung auf Glück — Paradiese, Utopien, Idealvorstellungen in der Geistesgeschichte Chinas, München (dtv 4158) 1974, S. 210.

¹⁹⁾ A. a. O., S. 292.

²⁰⁾ Peyrefitte, a. a. O., S. 160.

²¹⁾ Mao intern, a. a. O., S. 154.

¹⁷⁾ Vgl. R. Benedict, *The Chrysanthemum and the Sword*, zuerst 1946.

umfassend ist. Die für eine individualistische Gesellschaft kennzeichnende Polarisierung von Öffentlichkeit und Privatheit existiert nicht: „Angelegenheiten der Moral oder der politischen Einstellung, die man in den Vereinigten Staaten als rein individuelle Probleme betrachtet, die niemand anders als den Betroffenen selbst angehen, werden in China als lebenswichtig für die Gemeinschaft angesehen und somit öffentlich diskutiert.“²²⁾ Gerade am Bereich des „Persönlichen“ und „Intimen“ wird dies besonders deutlich, wie zwei Beispiele demonstrieren mögen:

Im Jahre 1950 wurde in China ein neues Eherecht verabschiedet, das zum großen Teil aus Scheidungsbestimmungen besteht. Der Stoß richtete sich gegen die „Feudalfamilie“, in der oft schon Kinder durch die Eltern im übergeordneten Familieninteresse verheiratet wurden. Inzwischen besteht dieses Eherecht unverändert fort, aber praktisch erweist sich die Scheidung als äußerst schwierig. Verwandte und Nachbarn bestürmen die Scheidungswilligen; der Fall wird in den Betrieben diskutiert, in denen sie arbeiten, und in den kommunalen Einheiten, denen sie zugehören. Hält man das alles durch, macht der Richter wahrscheinlich einen Einigungsvorschlag, und die Prozedur beginnt von neuem. Kein Wunder, daß — wie man uns versicherte — die Scheidungsrate heute „äußerst gering“ ist.

Ähnlich geht es bei der Geburtenplanung zu. Der folgende Bericht stammt aus einer Zeit, in der die Geburtenplanung noch längst nicht mit jener Intensität betrieben wurde, die sie heute erreicht hat: „In manchen kinderreichen Familien wollen die Frauen eine Geburtenbeschränkung, aber die Männer sind dagegen. In einer solchen Familie sagt der Mann: ‚Hier bei uns soll keine Familienplanung betrieben werden!‘ Dann gehen wir zu ihm hin, und wir Frauen reden ein vernünftiges Wort mit ihm... Meist antwortet er dann schließlich: ‚Wenn es nicht das ganze Leben lang so bleiben soll, mag es ja angehen. Wenn sie aber mit ihrer Geburtenregelung immer so weitermacht, bin ich nicht einverstanden.‘ In solchen Fällen geht es gut, und sie verzichten dann im allgemeinen auf weitere Kinder. Aber in anderen Fällen sagt der Mann nur: ‚Nein!‘ Dann bearbeiten wir Frauen ihn jeden Tag,

bis er mit der Geburtenregelung einverstanden ist. Es ist noch nie vorgekommen, daß ein Mann nicht zuletzt doch nachgegeben hat, wenn wir mit ihm gesprochen haben.“²³⁾

Zusammengefaßt: „Die Überredung funktioniert perfekt: das Individuum wird von allen Seiten belagert, es hat keinen Ausweg als den Beitritt, keinen anderen Trost als den Enthusiasmus.“²⁴⁾ Gegen autoritären Befehl und „Druck von oben“ kann man sich — wie jeder ehemalige Soldat aus Erfahrung weiß — wenigstens durch unauffällige Passivität zur Wehr setzen, schwerlich jedoch gegen den genossenschaftlichen, den kameradschaftlichen „Druck von der Seite“. Um wieviel mehr als in unserem Erfahrungshorizont aber gilt dies in einer Gesellschaft, in der der Vorrang der Gruppe vor dem Individuum unvordenklich zur Tradition gehört und in der das Beisammensein mit „richtigem Bewußtsein“ und mit Glück identisch ist, während der Ausschluß das „falsche Bewußtsein“, das Unglück, den *sozialen Tod* bezeichnet!

Die kommunistische Revolution hat die alten Steuerungsmechanismen, Motivationen und Sanktionen der Gruppenbindung „umfunktionierte“; sie hat sie vom Clan, der Großfamilie verlagert auf die moderne Familie, die sich in ihre Nachbarschaft eingebettet sieht, ferner — und vor allem — auf die Gruppen, die miteinander arbeiten und lernen und die eben damit — mehr noch im Vollzug des Miteinander als in dessen variablem Inhalt — ihr „politisches Bewußtsein“ entwickeln und festigen. Die Kommunisten haben nur — aber dieses „nur“ macht einen Unterschied ums Ganze, macht die Revolution aus — die „vertikale“, hierarchische Gruppenbindung durch die „horizontale“, die der Gleichheit ersetzt; die sozialistische Umgestaltung der Eigentums- und Arbeitsverhältnisse bildet hierfür das praktische Fundament. Die Gruppenbindung als solche ist dabei jedoch nicht abgeschwächt, sondern im Gegenteil noch verstärkt worden.

Was schließlich die großen Kampagnen der Massenmobilisierung und Kritik angeht, die unsere Aufmerksamkeit fesseln, so sind sie nicht bloß ein Reflex von Machtkämpfen und Führungsauseinandersetzungen um die „richtige Linie“. Sie sind vor allem auch ein Mittel, um über die Gruppen den einzelnen um

²²⁾ J. Chen, Das Jahr im Dorf Glückseligkeit — Bericht eines chinesischen Intellektuellen nach der Kulturrevolution, Düsseldorf u. Köln 1974, S. 65.

²³⁾ J. Myrdal, Bericht aus einem chinesischen Dorf, München 1966, S. 208.

²⁴⁾ Peyrefitte, a. a. O., S. 252.

so wirksamer zu erreichen: nicht herrschaftlich durch den Befehl, sondern „sozialistisch“ im richtigen oder jeweils berechtigten Bewußtsein. Was dabei im Vergleich zu einer rein bürokratisch-autoritären Amtshierarchie an Geschwindigkeit und vordergründiger Reibungslosigkeit der Befehlsdurchsetzung verloren geht, wird im Ergebnis durch die Nachhaltigkeit des Mobilisierungseffekts vielfach wettgemacht.

Gegen Mißverständnisse sei betont: Es gibt selten reine Typen, fast immer Mischungsverhältnisse. Auch in Europa gründet sich

VIII. Gedanken über Freiheit

Die Bedeutung der Gruppenbindung in China provoziert die Frage nach dem *Preis*, der dafür zu zahlen ist: nach den „Kosten“ besonders im Sinne der Aufopferung individueller Freiheit. Dies meint nicht jene Art von Polemik, welche „Freiheit!“ nur ruft, um anderes vergessen zu machen. Mit Recht sagt Ross Terrill: „Ich kann nicht die kommunistische Revolution in China verurteilen und dennoch behaupten, mein Mitgefühl gelte den Armen, Kranken und Mißhandelten.“²⁵⁾ Ohnehin wäre an den Satz zu erinnern, den John F. Kennedy bei seinem Amtsantritt als Präsident der Vereinigten Staaten prägte: „Wenn eine freie Gesellschaft den vielen nicht helfen kann, die arm sind, wird sie niemals die wenigen retten, die reich sind.“ Aber wenn man nach Motivationen fragt, ist es nicht nur legitim, sondern notwendig, zugleich die Frage nach der Achtung oder Mißachtung der *Produktivkraft der Freiheit* zu stellen.

Zunächst ist zu sagen, daß China einen Freiheitsbegriff, wie er in Europa entwickelt wurde, nie gekannt hat. Schon Max Weber fiel auf, daß es im alten China für Freiheit im positiven Sinne kein Wort und kein Zeichen gab²⁶⁾. „Freiheit“ besaß vielmehr den negativen Beigeschmack von Zügellosigkeit und Entartung²⁷⁾. Daran hat sich wenig geändert. Bei dem angeblich „bürgerlichen“ Vater des modernen China, bei Sun Yat-sen, heißt es: „Seitdem diese (westliche) Idee der Freiheit

Selbstbewußtsein *nicht nur auf das „Ansehen“*, das im individuellen Wettkampf errungen wird; es *gibt* Solidarität, die Achtung und Anerkennung des anderen in seiner Gleichrangigkeit. Andererseits fehlt in China das Prinzip der materiellen Interessiertheit keineswegs. Sogar Mao Tse-tung hat anerkannt, daß es „ein wichtiges Prinzip“ sei; er übt heftige Kritik nur, wenn es „einseitig und absolut“ gesetzt wird und für „den geistigen Ansporn auf dem Gebiet des politischen Denkens“ kein Platz bleibt. Auf die Rangordnung, auf die Verteilung der Gewichte kommt es an, nicht auf Ausschließlichkeitsverhältnisse.

in China eingedrungen ist, gelang es bis jetzt nur Gelehrten durch lange Nachforschungen, sie zu verstehen. Wenn wir mit einem Bauern über Freiheit reden, mit einem Mann auf der Straße, dann hat er keine Ahnung, was man meint. Freiheit hat nur für denjenigen Bedeutung, der im Ausland studiert hat, oder vielleicht noch für jene, die sich für die europäische oder amerikanische Außenpolitik interessieren und dieses Wort ständig hören und lesen. Aber auch sie wissen im Grunde nicht, was das ist, Freiheit.“ Folgerichtig fegt Sun Yat-sen den Begriff beiseite und ersetzt ihn durch die nationale Gleichberechtigung: „Um die Fremdherrschaft zu brechen, muß die Freiheit jedes einzelnen vernichtet werden. Wenn wir diesen Begriff der Freiheit auf das Individuum anwenden, werden wir wieder zerstreute Sandkörner. Man muß ihn auf die Nation ausdehnen. Das Individuum muß seine Freiheiten opfern, während die Nation vollständige Freiheit erlangen muß.“²⁸⁾ Dem Besucher der Volksrepublik fallen die Beschränkungen auf, die er — sei er sogar ein maoistischer Schwärmer — für sich selbst kaum akzeptieren und schwerlich ertragen würde. Um nur einiges zu nennen:

1. Es gibt keine freie Wahl des Wohnortes und Arbeitsplatzes und nur geringe Chancen, später den Arbeitsplatz zu wechseln. Auf die Frage, ob man eine Volkskommune verlassen könne, war die einzige Antwort: „Wenn junge Leute aus verschiedenen Volkskommunen heiraten, können sie entscheiden, in welcher der beiden Kommunen sie in der Zukunft leben wollen.“ Abgesehen davon, daß es meist

²⁵⁾ China: 800 Millionen, München (Goldmann Politik u. Zeitgeschehen 7009) o. J., S. 26.

²⁶⁾ Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie, Bd. I, Tübingen 1920, S. 435 f.

²⁷⁾ Vgl. W. Bauer, a. a. O., S. 199 ff.

²⁸⁾ Zit. nach Peyrefitte, a. a. O., S. 470 f.

schwierig sein dürfte, über die Kommungrenzen hinweg intime Bekanntschaften zu schließen, engen praktische Probleme — etwa der Wohnraumbeschaffung — die Wahlfreiheit zusätzlich ein.

Der Zuzug in die Stadt ist ohnehin gesperrt, und Wege oder Rückwege in die Stadt eröffnen allenfalls die Nachfrage nach Arbeitskräften oder die — insgesamt seltenen — Studienmöglichkeiten. Nicht anders steht es innerhalb der Stadt: „Ich erkundigte mich bei dem Sprecher des Fabrikrevolutionsausschusses, ob ein Arbeiter nach eigener Entscheidung den Arbeitsplatz wechseln könne, aber ebensogut hätte ich fragen können, ob der Leopard seine Flecken wechseln kann. ‚Keineswegs.‘ Man muß die Freiheit im Kollektiv finden, als Individuum kann man sie nicht erlangen.“²⁹⁾ Dies ist folgerichtig, nicht bloß, weil sonst Planungen durcheinander geraten könnten, sondern weil Freizügigkeit gewähren bereits den essentiellen Vorrang der Gruppe vor dem Individuum in Frage stellen, wenn nicht zerstören hieße³⁰⁾.

2. Es gibt keine sexuelle Freiheit. Sexuelle Betätigung soll sich auf die Ehepartner beschränken. Daher erhalten nur sie Mittel zur Geburtenverhütung, wobei zugleich die Spät-ehe propagiert wird. Daß bei uns junge Leute „frei“ oder „auf Probe“ zusammenleben, bringt unsere Gesprächspartner aus der Fassung: „Das ist dekadent.“ Ähnlich ist es, nachdem wir — eigentlich zu unserer Erleichterung — im Halbdunkel der Hafensperrpromenade von Shanghai Liebespaare entdeckt haben. Als wir darüber berichten, greift unsere Führerin energisch ein: „Wir sind für das Natürliche!“ „Aber was ist natürlich?“ „Daß die jungen Leute Zurückhaltung üben, bis sie heiraten. Alles andere ist dekadent. Wir sind ein zivilisiertes Land.“ Wie fast immer muß man also feststellen, daß die Maßstäbe des „Natürlichen“ sich als geschichtlich bedingt und als kulturell variabel erweisen. Die chinesische Zurückhaltung funktioniert jedenfalls so gut, daß — wie man uns glaubhaft versicherte — vor- und außereheliche Geburten kaum vorkommen, und bei alledem ist von Verklemmtheit und Neurotik nichts zu spüren³¹⁾.

²⁹⁾ R. Terrill, a. a. O., S. 112 — Wir haben ähnliche Antworten erhalten.

³⁰⁾ Im „westlichen“ Japan ist daher die berufliche Freizügigkeit kaum weniger eingeschränkt.

³¹⁾ In den Schulen werden Jungen und Mädchen keineswegs ängstlich voneinander ferngehalten, sondern im Gegenteil oft paarweise in den Bänken placiert. Wir sahen auch koedukativen Sportunterricht.

3. Es gibt im westlichen Sinne weder Informations- noch Meinungsfreiheit. Von den Verhältnissen außerhalb seines Landes weiß der Durchschnittschinese sehr wenig. Dabei gibt es, mindestens bei Intellektuellen, durchaus Informationsbedürfnisse. Ein Student, der uns für zwei Tage begleitet, kann gar nicht genug fragen: Wie lebt man bei euch? Wie arbeitet man, was verdient man, was kann man kaufen? Zahlt man Steuern? Kann man reisen? Und so fort und fort. Das geschah allerdings erst 1977, nachdem — im Vergleich zum Jahre 1976 — die Wandzeitungen seltener, die politischen Passagen in Reden kürzer geworden waren und insgesamt eine Atmosphäre der Entspantheit sich durchgesetzt hatte.

Es wäre jedoch mehr noch abwegig denn verwegen, wollte man aus solchen Vorgängen auf „Liberalisierung“ schließen. Man beachte zum Beispiel, wie der inzwischen gestürzten Chiang Ch'ing ihre individuellen Neigungen, ihre Gespräche mit einer Amerikanerin oder ihr Interesse an westlichen Filmen als *Laster* angerechnet werden! Und wer dürfte es heute in China wagen, für die Entmachtete einzutreten? Auch und gerade die Ereignisse der letzten Monate demonstrieren: „Politische Macht und Interpretationsmacht sind in China dekkingsgleich.“³²⁾

Natürlich ist manches unserer Urteile über „Unfreiheit“ oder gar „Unterdrückung“ kaum mehr als der Ausdruck unserer Kurzsichtigkeit, ja Überheblichkeit. So hat etwa die sexuelle Prüderie gewiß auch mit dem berechtigten Stolz darauf zu tun, daß man jene schmachvolle Ausbeutung des Elends überwunden, welche noch heute manche „Old China hand“ bei der Erinnerung an Shanghai in Verzückung geraten läßt. Überdies ist es, gelinde gesagt, unfair, Bedingungen unserer Industrie- und Konsumgesellschaft mit einem Lande zu vergleichen, das erst damit begonnen hat, sich aus seiner Armut emporzuarbeiten. Welches Maß an Toleranz und Meinungsfreiheit gab es denn im Europa des 17. Jahrhunderts? Welche Freizügigkeit für die Masse der Bevölkerung im 18. Jahrhundert? Und welche sexuelle Freiheit im viktorianischen 19. Jahrhundert, sofern man von der moralischen Doppelbödigkeit der bürgerlichen Gesellschaft — diesem Shanghai-Vorbehalt zugunsten des Mannes — einmal absieht?

³²⁾ O. Weggel, Formen der innerparteilichen Auseinandersetzung in der VR China, in: China aktuell, Mai 1977, S. 264.

Aber alle Vergleiche hinken. Noch die Erinnerung an die eigene Geschichte unterstellt, beschwichtigend, unseren Maßstab als den allein gültigen: Die Chinesen, so steht zu hoffen, werden schon noch erreichen, was wir erreicht haben. Genau dies ist die Frage. Vielleicht müssen wir uns im Ernst damit abfinden, daß es unterschiedliche Perspektiven und Maßstäbe gibt und daß unsere Motivationen und unsere Produktivkräfte der „individuellen Interessiertheit“ sich nicht, mindestens nicht in vergleichbarer Form, als universal gültig erweisen.

In einem Lande, daß „Freiheit“ im westlichen Sinne niemals gekannt hat, hat auch die sozialistische Revolution sie weder geschaffen noch abgeschafft. Sie hat nur der alten Hoffnung auf Glück und der Geborgenheit im Kollektiv eine neue Dimension der Würde eröffnet: die Dimension der Gleichheit. Genau damit hat sie alte Motivationen und Produktivkräfte neu mobilisiert, und so gesehen klingt der Bericht eines angesehenen Facharztes durchaus glaubhaft, der plötzlich erkannte, daß er ein „Reaktionär“ war und deshalb aufs Land ging, um ein neues Leben zu beginnen. Anfangs betrachteten ihn die Bauern als Fremden, als „Intellektuellen“, nannten ihn „Älter-Geborener“ und sagten „Habt Erbarmen“, wenn sie behandelt werden wollten. Doch „jetzt nennen sie mich ‚Lao Dschang‘ (Alter Dschang), und wir sind gleichberechtigt. Ich bin sehr glücklich mit ihnen und fest entschlossen, mein Leben dort zu verbringen.“³³⁾

Solches Glück der Einordnung ist ohne das Opfer der intellektuellen Unabhängigkeit und der persönlichen Freiheit im westlichen Sinne

IX. Zusammenfassung und Ausblick

In China vollzog und vollzieht sich das wohl größte und erregendste Sozialexperiment unserer Epoche. Der Versuch, es zu verstehen, soll in vier Punkten zusammengefaßt werden:

1. Im Vergleich zwischen dem Westen und China läßt sich eine andersartige Rangordnung, um nicht zu sagen ein Unterschied der primären Realitätserfahrung hinsichtlich der Bedeutung von Individuum und Gruppe erkennen. Dieser Unterschied verweist auf kul-

turelle und gesellschaftliche Traditionen, die von weit her kommen; seine Bedeutung greift tiefer als der übliche Streit zwischen „Kapitalismus“ und „Sozialismus“. Es gehören so gesehen das „kapitalistische“ Japan und das „sozialistische“ China in eine Kategorie, die Sowjetunion, die Staaten Osteuropas und der „Westen“ im engeren Sinne in eine andere. Entsprechend ändert auch der Marxismus seine Funktionen: In seiner ursprünglichen, westlichen Gestalt zielt er auf die volle Ent-

schwerlich zu haben. Der Preis der intellektuellen Selbstbehauptung und ihrer Freiheit aber wäre die Vereinsamung, ihre Kehrseite die Entfremdung, ihr Schicksal das Unglück. Kaum anders steht es mit dem Verständnis der Wahrheit. „Der Begriff der ‚absoluten Wahrheit‘ fehlt. Wahrheit liegt für den Chinesen nicht fest wie ein geographischer Pol. Sie kann wie der magnetische wandern... Der Begriff der absoluten Wahrheit ist für einen Chinesen beinahe ein Widerspruch in sich selbst... Der Begriff der Wahrheit hat in China einen sozialen Charakter und ist sehr verschieden von dem, was wir auf Grund unserer Traditionen darunter verstehen.“³⁴⁾ Darum kann man, ohne vor sich oder anderen schuldig zu werden, seine Auffassungen ändern, wenn die herrschende Meinung und die sozialen Verhältnisse sich ändern; noch einmal sei an die Unterschiede von „Schuld“- und „Scham“-Kulturen erinnert. Der Preis andererseits für das Festhalten an der absoluten Wahrheit ist entweder der Kreuzzug, den man für sie führt, oder das Martyrium.

Sollen wir nun die Chinesen darum beneiden, daß sie unseren Preis nicht zahlen, oder sie dafür verdammen, daß sie Maßstäben nicht folgen, von denen wir schwerlich lassen können, ohne der Regression und der Barbarei zu verfallen? Sollen sie uns beneiden oder verdammen? Was wir voneinander lernen können, ist wohl vor allem: daß wir darauf verzichten müssen, den anderen entweder zur eigenen Utopieprojektion zu mißbrauchen oder aber wechselseitig unerfüllbare Ansprüche zu erheben, wenn die Menschlichkeit des Menschen in der Vielfalt ihrer Verwirklichungen nicht zerstört werden soll.

³³⁾ E. Snow, Die lange Revolution, Stuttgart 1973, S. 75.

³⁴⁾ L. L. Matthias, China auf eigenen Wegen, Hamburg 1957, S. 128.

faltung individueller Möglichkeiten, und er gewinnt seine Triebkraft aus dem Glauben, daß dies unter den bestehenden Verhältnissen nicht möglich sei. In China dagegen dient der Marxismus der Wiederherstellung des Vorrangs der Gruppe und der Abwehr individualistisch-„zersetzender“ Einflüsse des Westens.

Die Erkenntnis der Differenzen sollte es eigentlich ausschließen, einander missionieren oder als Vorbild, gar als „Modell“ deuten zu wollen. Jeder derartige Versuch müßte, wie in der Vergangenheit, nur zu Mißverständnissen, Verkrampfungen und Konflikten statt zu Verständnis und Verständigung führen. Selbst wenn man die europäische Entdeckung und Entwicklung des Individuums als der primären Realität als eine Art von geschichtlichem „Sündenfall“ deuten wollte, dürfte eine Umkehr doch so wenig möglich sein, wie nach dem mythischen Sündenfall eine Rückkehr in den Garten Eden; der Preis wäre die Selbsterstörung. Entsprechend ist der Versuch westlicher „Entwicklung“ in China als Zerstörung erfahren worden; er sollte unter keinem Vorzeichen wiederholt werden.

Anders mag es aussehen, wenn man China mit Entwicklungsländern Asiens oder Afrikas vergleicht. Sofern auch dort der Vorrang der Gruppe vor dem Individuum zum Kulturerbe gehört, mag der Westen technisch-industriell etwas zu bieten haben, China indessen weit mehr im gesellschaftlich-politischen Sinne. Wie weit dies zutrifft, bedürfte freilich eigener und eingehender Untersuchungen.

2. Der Vorrang der Gruppe vor dem Individuum meint keineswegs ein gesichtsloses, automatenhaftes „Heer der blauen Ameisen“. Wie es auch oder sogar gerade in einer individualistisch bestimmten Kultur Konformismus gibt — ein beherrschendes Thema seit Tocqueville —, so gibt es auch oder gerade in einer Gruppenkultur individuelle Prägungen. Chinesen haben geprägte Gesichter, unterschiedliche Temperamente, Gelehrtenhände oder Bauernpranken, sie sind zierlich oder athletisch, schön oder häßlich; das Verhalten der Menschen wirkt so vielseitig und plastisch, so verständlich und unverständlich wie menschliches Verhalten immer und überall.

Ernsthafter stellt sich die Frage, ob gemäß der sozialistischen Tugendlehre alle Selbstsucht überwunden wurde und ein „neuer Mensch“ entstanden ist. Die Einsicht in die Kontinuität hinter vordergründig radikalem Wechsel sollte allerdings bereits skeptisch stimmen. Bevor man im übrigen in Spekula-

tionen sich verliert, dürfte es angebracht sein, auf die Beobachtung einfacher Tatbestände zurückzugreifen. Zum Beispiel: Gibt es in China noch Diebstahl? Der Besucher mag dazu neigen, die Frage zu verneinen; nirgendwo sonst fühlt er sich so sicher. Sogar die Schutzkappe seines Kameraobjektivs, die er irgendwo in einer Millionenstadt verlor, taucht auf wunderbare Weise wieder auf. Sie ist freilich als ausländisches Fabrikat erkennbar, und es gibt nur ein Ausländerhotel, in dem der Verlierer sich finden muß. Zudem könnte kein Chinese mit dem ausländischen Besitz etwas anfangen, ohne aufzufallen und sich peinlichen Fragen auszusetzen.

Doch das einheimisch produzierte, millionenfach gleichförmige Fahrrad? Wie man überall sehen kann, wird es angeschlossen, sobald man es verläßt. Überall gibt es auch Abstellplätze, die bewacht werden. Und der Hinweis in Gaststätten, auf die Garderobe zu achten, ist keineswegs unbekannt. So könnte man fortfahren; nicht im Gegensatz, aber doch im Unterschied zu denen, die nur „unaufhörlich von dem ruhigen, sanften und kontrollierten Verhalten der chinesischen Kinder beeindruckt“ waren³⁵⁾, ist es durchaus möglich, auch aggressives Verhalten zu entdecken: Kinder, die einander wegstoßen oder sogar schlagen: Kurzum: Statt vom „neuen Menschen“ zu sprechen, läge es wohl näher, Kant zu zitieren: „Aus so krummem Holze, als woraus der Mensch gemacht ist, kann nichts ganz Gerades gezimmert werden.“

3. Die wirklich radikalen Veränderungen der Gesellschaft und des Bewußtseins, die in China sich vollzogen haben, lassen sich unter dem Stichwort der Egalitätsrevolution zusammenfassen. Damit wurden entscheidende Voraussetzungen für die weitere Entwicklung geschaffen, wie immer diese im einzelnen aussehen mag. Um den Sachverhalt in einem Symbol anschaulich zu machen: Aus China stammt der Begriff des Kotau. Gemeint ist die demütig tiefe Verbeugung — mehr noch: das Niederknien, Sich-Niederwerfen eines Menschen vor dem jeweils Übergeordneten, Ranghöheren, bis das Gesicht den Staub zu dessen Füßen berührt. Der Kotau signalisiert also Herrschaft und Knechtschaft, Hierarchie, unvordenklich befestigt, vieldimensional: Herrschaft des Kaisers über die Untertanen, des Lehrers über seine Schüler, des Gebildeten über die Ungebildeten, des Gutsherrn, Wu-

³⁵⁾ W. Kessen (Hrsg.), *Kindheit in China*, München u. Wien 1976, S. 87.

cherers, Steuereintreibers über die Bauern, des Vaters über den Sohn, des Mannes über die Frau — insgesamt des Mächtigen über die Ohnmächtigen.

Dies ist anders geworden. Der Kotau ist verschwunden. Nicht nur das: Niemand im heutigen China verbeugt sich mehr. Ein leichtes, kaum merkliches Kopfnicken allenfalls, Zeichen der Höflichkeit oder des Einverständnisses. Und der einfache Bauer, irgendwo in der Provinz, mag den Fremden herzlich, mit beiden Händen begrüßen. Doch unter gar keinen Umständen verbeugt er sich. Wo man doch einmal eine Verbeugung zu entdecken meint, etwa im weitläufigen Halbdunkel eines Hotels, stellt sich bei näherem Zusehen der Irrtum des ungeübten Betrachters heraus: Japaner.

Das Prinzip der Gleichheit schließt, natürlich, Rangstufen keineswegs aus, auch nicht Einkommensunterschiede. Entscheidend ist aber die Durchbrechung der uralten Barrieren der Verachtung des arbeitenden Menschen durch die Reichen, Gebildeten und Mächtigen. Übrigens wäre in diesem Zusammenhang durchaus an „kulturrevolutionäre“ Vorgänge in unserer eigenen Sozialgeschichte zu erinnern, besonders an die Umwertung von Muße und Arbeit im radikalen Protestantismus, deren Bedeutung für den neuzeitlichen „Durchbruch“ auf dem Wege zur Industriegesellschaft seit den Forschungen Max Webers bekannt ist. Für die heutige „Dritte Welt“ hat vor allem Gunnar Myrdal die grundlegende Bedeutung des Gleichheitsprinzips für Gesellschaftsentwicklung und Wirtschaftswachstum untersucht und deren Blockierungen an Beispielen Südasiens dargestellt ³⁶⁾.

4. „Mit den ‚Hundert Blumen‘ ³⁷⁾ endet die konstruktive und revolutionäre Ära Maos, und die negative, rückschrittliche Phase seines Handelns beginnt.“ ³⁸⁾ Diese Behauptung ist unendlich variiert und wiederholt worden, besonders angesichts der „Großen Proletari-

³⁶⁾ Vgl. Politisches Manifest über die Armut in der Welt, Frankfurt a. M. 1970; ferner: Asian Drama — An Inquiry into the Poverty of Nations, New York 1968. — Gunnar Myrdal ist nicht zu verwechseln mit seinem Sohn Jan Myrdal, der nach seiner bedeutenden Studie „Bericht aus einem chinesischen Dorf“ (München 1966) sich mehr und mehr zum kritiklosen „Maoisten“ entwickelte.

³⁷⁾ Eine Periode der offiziell geförderten freien Kritik, 1956/57.

³⁸⁾ S. Leys, Maos neue Kleider — Hinter den Kulissen der Weltmacht China, München 1972, S. 21.

schen Kulturrevolution“; Romantik und Utopismus, so heißt es, hätten den Wirtschaftsaufbau behindert; erst heute, nach dem Tode Maos, bahne eine grundlegende Wendung zur Nüchternheit sich an.

Wie aber, muß man dagegen fragen, ist es eigentlich zu erklären, daß es ausgerechnet dem romantisch-utopistisch verirrtten China in historisch kurzer Frist, aus eigener Kraft, ohne Hilfe von außen gelang, Entwicklungsprobleme zu lösen, mit denen sonst Länder der „Dritten Welt“ meist vergeblich ringen? Die besserwisserische Kritik beruht im strengen Sinne auf technokratisch-ökonomistischen Vorurteilen ³⁹⁾, welche die gesellschaftlich-politischen Rahmenbedingungen aus den Augen verloren haben; gerade das „Mao Tse-tung-Denken“ hat die Bedingungen geschaffen, von denen aus die industrielle Entwicklung erst erfolgreich in Angriff genommen werden kann.

Auf der revolutionär geschaffenen Grundlage stellen sich dann freilich neue und schwierige Probleme; es entstehen Konflikte, wie sie im Kampf zwischen der „Viererbande“ und den „Gemäßigten“ zutage traten. Denn es geht darum, eine höchst prekäre Balance zu finden und zu halten zwischen Planung und Spontaneität, Führung und „Massenlinie“, Disziplinierung und Mobilisierung: „Ein wenig mehr Organisation, und es handelt sich um Bürokratie; ein wenig mehr Intensität, und es entsteht der übertriebene Aktivismus der Roten Garden und der ‚revolutionären Rebellen‘. Ein wenig mehr Autorität, und der Geist, der diese Autorität rechtfertigt, wird getötet; ein wenig mehr revolutionäre Spannungen, und die Anarchie findet Eingang im täglichen Leben.“ ⁴⁰⁾

So dürften auch in der Zukunft Auseinandersetzungen, womöglich sogar heftige Kämpfe um die „richtige Linie“ kaum ausbleiben, und im Blick auf die Zukunft bleibt im Horizont der Ungewißheit, der alle menschlichen Dinge bestimmt, vielleicht nicht mehr als eine Hoffnung. Aber doch sie: Aus Elend und Unwissenheit, aus Abhängigkeit und Demütigung hat China sich aufgerichtet. Eben damit läßt es hoffen, seine 800 oder mehr Millionen Menschen und mit ihnen Arme und Ausgebeutete dieser Welt: auf einen Ausweg aus dem Unglück und auf eine neue Würde.

³⁹⁾ Vgl. dazu G. Myrdal, a. a. O.; ferner von ihm: Das politische Element in der nationalökonomischen Doktrinbildung, Bonn-Bad Godesberg 1976².

⁴⁰⁾ Peyrefitte, a. a. O., S. 505.

Et tu, China?

Entwicklungstendenzen der chinesischen Politik seit dem Tode Mao Tse-tungs

Szenarios

Obwohl sich seit einigen Jahren die Zweifel verdichtet hatten, ob der langjährige ‚Große Steuermann‘ das Ruder der chinesischen Volksrepublik noch immer fest in seinen Händen hielt, und die Zahl derer zunahm, die in ihm nur noch eine Art „Gallionsfigur“¹⁾ sahen, die zwar den Kurs wies, ihn aber selbst nicht mehr bestimmte, herrschte doch über eines Einstimmigkeit: nach seinem Tode würde China in ziemlich stürmische und gefährliche Gewässer geraten. Die je nach politischem Standpunkt als Hoffnung oder Befürchtung geäußerten Spekulationen über die Gefahren, die der chinesischen Volksrepublik in dieser Phase drohten, bewegten sich dabei im wesentlichen im Rahmen von drei Szenarios:

1. In der oberen Führungsgruppe brechen Nachfolgekämpfe aus zwischen „Rechten“ und „Linken“, Partei und Armee, pro-westlicher und pro-sowjetischer Fraktion; ein neuer *warlordism* breitet sich aus, das Land zerfällt wieder in kleine territoriale Einheiten mit sich gegenseitig befehdenden Machtgruppen, kurzum: die chinesische Volksrepublik treibt erneut in die Epoche der Generals- und Bürgerkriege zurück.

2. Eine oder mehrere Großmächte nutzen die Situation der Führerlosigkeit und der Rivalität aus und intervenieren — entweder um das Land mit Hilfe ihnen verbundener Führer (lange Zeit waren Wang Ming und Chiang Kai-shek die betreffenden Schlüsselfiguren) wieder in ihren Einflußbereich zu bringen, oder aber mit dem Ziel, China militärisch zu zerschlagen und territorial aufzuteilen.

3. Die Nachfolger Maos verlassen den bisherigen politischen Kurs und verraten das revolutionäre Erbe — mit den Worten Pekings: Die Volksrepublik „wechselt die Farbe“ und de-

generiert in eine Klassengesellschaft traditionellen, westlichen oder sowjetischen Stils, einschließlich imperialer und hegemonialer Ambitionen.

Vor mehr als einem Jahr war es dann soweit: Am 15. Juni 1976 wurde offiziell bekanntgegeben, daß Mao keine ausländischen Besucher mehr empfangen werde — ein Zeichen, daß sich sein Gesundheitszustand bedenklich verschlechtert hatte. Nur ein knappes Vierteljahr später wurde sein Tod gemeldet. Am 9. September 1976 war der langjährige Vorsitzende der KPCh verstorben. Die Probleme seiner Nachfolge wurden noch dadurch verschärft, daß kurz zuvor drei andere Führer der alten Garde verschieden waren, die vielleicht den Übergang in die nach-maoistische Ära hätten erleichtern können: Am 16. Dezember 1975 verstarb K'ang Sheng, Politbüro-Mitglied, stellvertretender Vorsitzender des ZK der KPCh und des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses; kaum einen Monat später, am 8. Januar 1976, war ihm Chou En-lai gefolgt, seit der Gründung der Volksrepublik ihr Ministerpräsident, engster Mitarbeiter Maos und die zentrale politische Figur neben ihm; und drei Wochen nach der Ankündigung, daß Mao keine ausländischen Besucher mehr empfangen dürfe — am 6. Juli 1976 —, war auch Chu Teh, der alte Waffengefährte Maos aus der Chingkanshan-Zeit, Mitbegründer der Volksbefreiungsarmee (VBA) und Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses, gestorben.

Etwas mehr als ein Jahr ist seitdem vergangen. Haben die Erdbeben, die den Tod des großen chinesischen Revolutionärs einleiteten, nach seinem Tode ein politisches Echo gefunden? Haben sich die Befürchtungen, die Hoffnungen erfüllt, sind die Visionen Wirklichkeit geworden? Auf den ersten Blick: nein. Zwar gab es intensive Auseinandersetzungen um die politische Nachfolge, die so-

¹⁾ Dieser Begriff findet sich sogar im Kommuniqué des 3. Plenums des 10. ZK. S. dazu: Peking Rundschau (= PR) 31, 2. 8. 1977, S. 7.

gar zu vereinzelt Kämpfen eskalierten, doch ein Bürgerkrieg größeren Ausmaßes konnte ebenso verhindert werden wie eine Aufteilung des Landes in feindliche, miteinander rivalisierende Lager. Die neue Regierung unter dem ehemaligen Sicherheitsminister Hua Kuo-feng hat das Land fest unter ihrer Kontrolle, und es hat den Anschein, als habe die chinesische Volksrepublik in den vergangenen Jahren selten eine Regierung gehabt, die sich auf eine so breite Basis stützen konnte.

Auch außenpolitisch ist alles ruhig geblieben. Keine der beiden Großmächte hat den Tod Maos zu politischen Pressionen oder gar zu gewaltsamen Aktionen ausgenutzt. Im Gegenteil: Die Sowjetunion unternahm eindeutige Versuche, sich mit dem neuen Regime zu arrangieren und setzte es zu keinem Zeitpunkt unter militärischen oder politischen Druck. Die USA verhielten sich sogar noch wohlwollender. Zwar unternahmen sie keine spektakulären Schritte, um von ihren alten taiwanesischen Verbündeten abzurücken und so ihrerseits die Voraussetzung für die Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zu erfüllen. Doch lief der Prozeß vorsichtiger Zusammenarbeit auch unter Präsident Carter weiter, und der jüngste „Sondierungsbesuch“ des amerikanischen Außenministers Cyrus Vance in Peking weckte sogar die Hoffnung, daß jener Prozeß sich in nächster Zeit noch schneller entwickeln wird.

Etwas schwieriger gestaltet sich allerdings die Beurteilung des dritten Aspekts: die innere Entwicklung Chinas. Zum einen wegen der relativen Kürze des zu bewertenden Zeitraums, zum anderen und vor allem aber wegen der Unsicherheit der dabei anzulegenden Maßstäbe. Denn was wäre denn als „revisionsistisch“ zu bewerten, was als eine „Fortsetzung“ des rechten bzw. revolutionären Kurses? *Prima vista* erscheint diese Fortsetzung ungebrochen: Nicht nur verweist Hua Kuo-feng immer wieder darauf, daß Mao selbst es war, der ihm das Land und die Führung anvertraut habe; er versäumt auch keine Gelegenheit, sich als getreuen Erbverwalter darzustellen: sei es durch den zügigen Bau eines Mausoleums für den verstorbenen Vorsitzenden, sei es durch die schnelle Veröffentlichung des seit langem angekündigten 5. Bandes der *Ausgewählten Werke* Maos oder durch besonders häufige Bezüge auf die „Gedanken“ und Lehren seines Vorgängers. Kurz aufflackernde Kritik an Mao wurde schnell zum Verstummen gebracht, seine „Worte“

werden auch nach seinem Tod als Maßstab richtigen Handelns akzeptiert.

Bei näherer Betrachtung werden allerdings Tendenzen sichtbar, die Zweifel daran wachrufen, ob hier noch immer der Kurs Maos gesegelt wird. Personell: Die Entmachtung und Verdammung jener Parteilinker — einschließlich der Witwe des Parteivorsitzenden —, die Mao seit der Kulturrevolution am nächsten standen; zudem die erneute Rehabilitierung Teng Hsiao-p'ings, vor dem Mao noch im Jahre seines Todes gewarnt und dessen Verjagung aus allen Ämtern er ausdrücklich gebilligt hatte. Ideologisch: Ein vorsichtiges Abrücken von der Kulturrevolution, eine größere Gewichtung der Produktion gegenüber der Revolution, die Rehabilitierung materieller Anreize u. a. Diese Zweifel werden inzwischen von einer wachsenden Zahl ausländischer Beobachter offen ausgesprochen — unter ihnen nicht wenige, die das China Maos mit unverhohlener Sympathie beobachtet hatten²⁾. Ihre Skepsis und Kritik bezieht sich indessen nicht nur auf die Innen- und Wirtschaftspolitik der neuen Pekinger Herren, sondern auch auf deren Außenpolitik. So werden etwa die Bedenken, die die albanischen Genossen an der „Drei-Welten-Theorie“ Pekings im Juli dieses Jahres erstmals öffentlich äußerten, von immer mehr Anhängern der Volksrepublik China im Ausland geteilt. Der Chor des an China gerichteten „*Et tu, China*“³⁾ wird immer lauter.

Angesichts der geschilderten Verwirrung erscheint es sinnvoll, die Entwicklung der chinesischen Politik nach dem Tode Maos ein wenig genauer zu untersuchen. Was hat nun wirklich stattgefunden? Welche Linie haben die neuen Führer eingeschlagen? Sind Kurskorrekturen feststellbar oder gar ein neuer Kurs? Dies sind einige der Fragen, denen im folgenden nachgegangen werden soll. Um sie adäquat zu beantworten, kann die Analyse allerdings nicht beim Todestag Maos ansetzen. Sie muß vielmehr zurückgreifen und einen Blick auf Entwicklungstendenzen werfen, die sich schon in jener Zeit abzuzeichnen begannen, als Mao vermutlich noch Einfluß auf die chinesische Politik nahm. Dabei soll — zuerst

²⁾ S. dazu etwa die Stellungnahme von Charles Bettelheim in *Le Monde* v. 5. 7. 1977; ebenso *Süddeutsche Zeitung* (= SZ), 11. 7. 1977.

³⁾ Diese Überschrift trug ein Artikel von David Kolodney, in dem dieser die Enttäuschung und Erbitterung der amerikanischen Anhänger Maos über die chinesisch-amerikanische Annäherung darstellte, s. *Ramparts*, May 1972, S. 7.

— die Außenpolitik der Volksrepublik China untersucht werden, bei der offensichtlich die geringsten Veränderungen eingetreten sind. Daran anschließend sollen — zweitens — die Entwicklungen nachgezeichnet werden, die sich auf der institutionellen Ebene vollzogen haben. Es sei allerdings schon hier **betont**, daß es sich bei Verschiebungen auf dieser Ebene nicht um reine Machtprobleme handelt,

sondern zugleich auch um Sachprobleme, insofern personelle Entscheidungen in der Regel auch politische Entscheidungen sind. Aus diesem Grunde soll — drittens — schließlich die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der neuen Regierung etwas beleuchtet werden, zumindest soweit sie programmatisch vorliegt oder aus den praktischen Ansätzen erkennbar wird.

Zur außenpolitischen Entwicklung

Wenden wir uns nun der außenpolitischen Entwicklung zu. Hier hat sich — sieht man von der Entlassung des früheren Außenministers Ch'iao Kuan-hua ab — seit dem Tode Maos nichts verändert; bestehende Tendenzen wurden eher verstärkt weitergeführt. Dies bestätigte im gewissen Sinne auch das renommierte *China Quarterly*, dessen Chronist dazu und in Hinblick auf die Ernennung des neuen Außenministers Huang Hua knapp feststellte: „Nach der neuen Ernennung konnten keine erkennbaren Änderungen der auswärtigen Beziehungen Chinas entdeckt werden.“ Im gleichen Sinne sekundierte die *Far Eastern Economic Review*: „Dasjenige wichtige Element der chinesischen Politik, das seit dem Tode Maos Stabilität und Kontinuität gezeigt hat, sind die auswärtigen Beziehungen.“⁴⁾

Dennoch erscheint es angesichts der Kritik Tiranas an der „Drei-Welten-Theorie“, die eng mit dem Namen Teng Hsiao-p'ings verknüpft ist, als deren geistiger Autor aber inzwischen Mao selbst identifiziert wurde, angebracht, den größeren außenpolitischen Kontext zu skizzieren, in den sie angebettet ist, sowie die längeren zeitlichen Perspektiven darzustellen, aus denen sie gesehen werden muß.

Ungeachtet aller weitgesteckten weltrevolutionären Intentionen bestand und besteht das primäre Ziel der chinesischen Außenpolitik in der Sicherung der nationalen Unabhängigkeit und im Schutz des kommunistischen Systems. Dazu aber waren die chinesischen Kommunisten nie aus eigener Kraft imstande. Immer waren sie vielmehr auf auswärtigen Schutz angewiesen, den ihnen bis Mitte der sechziger Jahre die Sowjetunion gewährte — gegen die USA und deren asiatischen Verbündeten,

vornehmlich die national-chinesische Regierung auf Taiwan.

Mit der Eskalation des sino-sowjetischen Konflikts Mitte der sechziger Jahre begann dieser Schutz immer fragwürdiger und immer problematischer zu werden. Ungedeckt und umgeben von Mächten, die aus ihrer Feindseligkeit gegenüber dem maoistischen China keinen Hehl machten, hatte sich Peking auf mindestens drei Krisensituationen einzustellen: 1. Von den USA und ihren Verbündeten im Zuge des Vietnam-Krieges angegriffen zu werden; 2. von der Sowjetunion und ihren Satelliten wieder gewaltsam ins „sozialistische Lager“ zurückgeholt zu werden; 3. durch ein Bündnis beider Großmächte und ihrer Verbündeten atomar „kastriert“ und territorial aufgeteilt zu werden.

Im Herbst 1968 war insofern ein kritischer Punkt erreicht, als die Sowjetunion mit ihrem Einmarsch in die ČSSR offen zu erkennen gab, daß sie durchaus bereit war, abtrünnige Satelliten auch notfalls mit Gewalt wieder ins „Lager des Sozialismus“ zurückzuholen. Der Ausbruch militärischer Auseinandersetzungen an der russisch-chinesischen Grenze und der massive Aufmarsch sowjetischer Truppen verschärften die Furcht Pekings, das nächste Opfer sowjetischer Aggression zu werden. Hinzu kam, daß Moskau in einer diplomatischen Offensive den Plan eines kollektiven Sicherheitssystems für Asien zu ventilieren begann⁵⁾, dessen antichinesischer Charakter für Peking außer Zweifel stand. Diesen diplomatischen Aktionen aber hatte Mao ebenso wenig entgegenzusetzen wie einem mit modernsten Waffen vorgetragenen Angriff. Denn

⁴⁾ The China Quarterly 69 (= CQ), March 1977, S. 205; Far Eastern Economic Review (= FEER), July 15, 1977, S. 29.

⁵⁾ S. dazu Eberhard Schneider, Nach der KSZE das KSA? Kollektives Sicherheitssystem als Grundmuster sowjetischer Asienpolitik, in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien (= BOIS) 41/76.

abgesehen von dem schon um die Mitte der sechziger Jahre erfolgten Verlust so wichtiger Verbündeter wie Sukarno, Nkrumah und Ben Bella hatte die Kulturrevolution den Prozeß der internationalen Isolierung und Selbstisolierung noch weiter beschleunigt.

Lediglich in einer Richtung begann sich am internationalen Horizont ein Lichtschimmer abzuzeichnen: Die Vereinigten Staaten ließen ihre Bereitschaft erkennen, sich nicht nur aus dem *sale guerre* in Vietnam zurückzuziehen, sofern man ihnen dazu Wege eröffnete, die dies ohne Gesichtsverlust ermöglichten. Darüber hinaus wurde die Absicht des neugewählten Präsidenten Nixon deutlich, die militärische Präsenz der USA in ganz Asien abzubauen und die Verteidigung Asiens den Asiaten zu überlassen. Damit nahm die Gefährlichkeit Amerikas für China ab — und die Möglichkeit einer allmählichen Entspannung des amerikanisch-chinesischen Verhältnisses zu. Und nicht nur das: Eine Reihe guter Gründe sprach sogar für eine langsame Annäherung: Neben dem gemeinsamen Interesse, ein weiteres Vordringen der Sowjetunion in Asien zu verhindern, konnten sich einerseits die USA von einem intakten China ein gutes strategisches Gegengewicht zur Sowjetunion erhoffen, andererseits konnte die Volksrepublik aber den Schutz vor einem sowjetischen Angriff und die Erweiterung ihres internationalen Spielraums erwarten.

Es spricht einiges dafür, daß Mao selbst sich für eine solche Politik der begrenzten Annäherung aussprach — nicht zuletzt aufgrund der Logik und Tradition seiner eigenen strategischen Prinzipien ⁶⁾. Daß diese Annäherung vorerst nur begrenzt sein durfte, verlangte nicht nur die Rücksicht auf das Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion, sondern — vor allem im Falle der USA — auch die Interessen der eigenen Verbündeten. So war es kaum ein Zufall, daß der Besuch Nixons in Peking keine volle Normalisierung brachte, sondern im „Kommuniqué von Shanghai“ lediglich die tragfähige Grundlage für eine weitere Zusammenarbeit schuf.

Es zeigte sich bald, daß zumindest die strategische Rechnung Pekings voll aufging: Nicht nur gelang der VRCh schon im Herbst 1971 die Aufnahme in die UNO — die ein feindliches Amerika ein weiteres Mal hätte verhin-

dern können —, auch die bilateralen Beziehungen zu den Ländern der beiden „Zwischenzonen“ entwickelten sich schnell und fruchtbar, nachdem der Widerstand Washingtons aufgehört hatte. Die außenpolitische Öffnung, die Peking 1964 noch erfolglos angestrebt hatte, gelang nun in kürzester Zeit. Und diesen Erfolg nutzten Chou und Mao nicht nur in geschickten handels- und entwicklungspolitischen Aktionen, die die internationale Reputation der Volksrepublik schnell aufbesserten, sondern auch — wie Washington erwartet hatte — zur Mobilisierung einer internationalen Front gegen die Sowjetunion. Daß die erbitterte antisowjetische Politik Pekings im Rahmen einer Antihegemonial-Politik geführt wurde, die sich gegen beide „Supermächte“ richtete, also auch gegen die USA, war dabei von nur untergeordneter Bedeutung. Denn in der Praxis konzentrierten sich Politik und Polemik der chinesischen Kommunisten vornehmlich auf die Sowjetunion, die sie seit Herbst 1968 als „sozialimperialistisch“ bezeichneten ⁷⁾, während die USA sichtbar geschont wurden.

Es war freilich weniger diese Schonung des ehemaligen Hauptfeindes, die die Anhänger und Verbündeten Maos im Ausland irritierte und Gegenstand ihrer Kritik wurde, als die Zusammenarbeit mit Regimen, die — wie der Iran, Äthiopien und das Chile Pinochets — eher als die Speerspitzen der Konterrevolution angesehen wurden. Die strategische Formel und theoretische Begründung einer solchen Politik wurde am 10. April 1974 auf der Sondersitzung der UN-Generalversammlung über Entwicklungs- und Rohstofffragen in New York von Teng Hsiao-p'ing nachgereicht, als er die „Drei-Welten-Theorie“ als die den weltpolitischen Entwicklungen angepaßte Version der alten „Zwischenzonen-Theorie“ vortrug. Ihre Kernsätze: „Sieht man sich die Änderung der internationalen Beziehungen an, so gibt es heute in der Welt drei Teile, drei Welten, die sowohl voneinander abhängig sind, als auch in Widerspruch zueinander stehen. Die USA und die Sowjetunion bilden die Erste Welt. Die Entwicklungsländer in Asien, Afrika und Lateinamerika sowie in anderen Gebieten bilden die Dritte Welt. Und die entwickelten Länder, die sich zwischen diesen beiden Welten befinden, bilden die Zweite Welt.“ ⁸⁾

⁶⁾ Dazu im einzelnen Peter J. Opitz, Chinas Außenpolitik. Ideologische Prinzipien — strategische Konzepte, Zürich 1977.

⁷⁾ S. dazu PR 36, 10.9. 1968, S. 6 f., sowie PR 5, 1. 2. 1977, S. 13.

⁸⁾ PR 15, 16. 4. 1974. S. 8—14.

Die eigentlichen Gegenpole sind in diesem Schema die Erste und die Dritte Welt, wobei die Widersprüche zwischen den Ländern der Dritten Welt, vor allem aber die zwischen der Zweiten und Dritten Welt im Vergleich zu dem gemeinsamen Widerspruch gegenüber den beiden nach globaler Herrschaft und Hegemonie strebenden „Supermächten“ gering sind und im Interesse eines gemeinsamen Kampfes gegen deren neokoloniale Ausplünderung und Unterdrückung zeitweise zurückgestellt werden müssen.

Eine in diesem Sinne konsequent durchgeführte Einheitspolitik — die ihre Vorlage im antijapanischen Widerstand der dreißiger Jahre hat — mußte notwendig Zweifel an der revolutionären Reinheit Pekings und seiner außenpolitischen Prinzipientreue wecken: „Die Verfechter der Drei-Welten-Theorie machen keinen Unterschied zwischen den wahren antiimperialistischen und revolutionären Kräften und den proimperialistischen reaktionären und faschistischen Mächten, die in einer Reihe von Entwicklungsländern an der Macht sind. Dies bedeutet eine flagrante Abkehr von der Lehre des Marxismus-Leninismus und die Verteidigung typisch opportunistischer Ansichten.“⁹⁾ Zwar übersah das albanische KP-Organ *Zeri i Popullit* bei diesen zwischen Klage und Anklage vibrierenden Passagen, daß die chinesischen Kommunisten in der Theorie durchaus einen solchen Unterschied machen. Es ist jedoch zweifellos zutreffend, daß er für die momentane praktische Politik ohne große Bedeutung ist und daß Peking in der Tat jede Regierung, Befreiungs- und Aufstandsbewegung unterstützt, sofern dies nur dem Kampf gegen die Sowjetunion dienlich erscheint.

Diese Feststellung trifft für die Außenpolitik Mao Tse-tungs und Chou En-lais ebenso zu wie für die ihrer Nachfolger. Daß diese nicht die Absicht hegen — und es sich vorerst auch kaum innenpolitisch erlauben können —, den außenpolitischen Kurs zu korrigieren, geht inzwischen aus zahlreichen Äußerungen der verschiedenen Spitzenpolitiker hervor. So stellte der aus dem Machtkampf mit der Shanghai-Gruppe gerade erst siegreich

⁹⁾ Zit. nach SZ, 11. 7. 1977. Inzwischen legte die Redaktion der *Jen-min jih-pao* einen langen Artikel vor, in dem sie die „Drei-Welten-Theorie“ darstellte und gegen Mißverständnisse und Angriffe verteidigte; s. Die Theorie des Vorsitzenden Mao über die Dreiteilung der Welt — Ein bedeutender Beitrag zum Marxismus-Leninismus, PR 45, 8. 11. 1977, S. 11—43.

hervorgegangene und in seiner Position gefestigte Hua Kuo-feng am 25. Dezember 1976 in seiner „Rede auf der 2. Landeskonferenz zum Lernen von Dadschai in der Landwirtschaft“ fest: „Sowohl in den inneren als auch in den auswärtigen Angelegenheiten werden wir unbeirrt auf dem vom Vorsitzenden Mao gewiesenen Kurs mutig voranschreiten... Wir sind entschlossen, die geheiligte Sache der Befreiung Taiwans und der Wiedervereinigung des Vaterlandes zu vollenden. Wir sind entschlossen, an den Prinzipien des proletarischen Internationalismus festzuhalten, die vom Vorsitzenden Mao formulierte revolutionäre Linie und Politik für auswärtige Angelegenheiten durchzuführen, die Einheit mit dem internationalen Proletariat und den unterjochten Nationen und unterdrückten Völkern der Welt zu verstärken, unsere Einheit mit den verschiedenen Ländern der Dritten Welt zu verstärken und uns mit allen Ländern, die der Aggression, Subversion, Intervention, Kontrolle und Demütigung seitens des Imperialismus und Sozialimperialismus ausgesetzt sind, im Kampf gegen den Hegemonismus und der beiden Supermächte, der Sowjetunion und der USA, zusammenzuschließen.“¹⁰⁾

Und unter Verwendung fast derselben Formeln, allerdings mit direktem Bezug auf die „Drei-Welten-Theorie“, bestätigte am 1. August 1977 in seiner Festrede zum 50. Jahrestag der Gründung der Volksbefreiungsarmee der zweite starke Mann, Yeh Chien-ying, stellvertretender Parteivorsitzender und Verteidigungsminister der VRCh: „Wir müssen unbedingt die strategische Position des Vorsitzenden Mao von den drei Welten befolgen, entschieden die revolutionäre außenpolitische Linie des Vorsitzenden Mao durchführen und gegen den Hegemonismus der beiden Supermächte, der Sowjetunion und der USA, kämpfen.“¹¹⁾

Diesen recht allgemein gehaltenen programmatischen Erklärungen entspricht die außenpolitische Praxis Pekings während des vergangenen Jahres.

Als die chinesischen Kommunisten Ende Dezember 1975 jene dreiköpfige sowjetische Hubschrauberbesatzung entließen, die am 14. März 1974 in ihre Gewalt geraten war, sah es für einen Moment so aus, als wollten sie mit dieser Geste eine Entspannung der gegenseitigen Beziehungen einleiten. Doch der Ein-

¹⁰⁾ PR 1, 4. 1. 1977, S. 44—45.

¹¹⁾ PR 32, 9. 8. 1977, S. 15.

druck täuschte: Schon bald nach dem Tode Chou En-lais und der erneuten Entmachtung Tengs, von dem Moskau eine etwas pragmatischere und gemäßigte Politik erwartet hatte, erreichten die antisowjetischen Propaganda-Salven wieder die gewohnte Lautstärke. Scharfe antisowjetische Töne mischten sich vor allem in die von der „Linken“ gesteuerten Kampagne gegen Teng, den sie nicht nur mit Breschnew verglichen, sondern dem sie zudem Kollaboration mit der Sowjetunion und die Errichtung eines „Gulasch-Sozialismus“ Chruschtschowscher Prägung unterstellten¹²⁾.

Doch die antisowjetische Polemik ging nicht nur von der Shanghai-Gruppe aus; auch Hua Kuo-feng versäumte keine Gelegenheit, um seinen antisowjetischen Standpunkt zum Ausdruck zu bringen. So prangerte er gleich in seiner ersten Rede als amtierender Premier auf dem Bankett zu Ehren Nixons, der von der chinesischen Regierung anlässlich des vierten Jahrestages der Aufnahme politischer Beziehungen nach China eingeladen und dort herzlich empfangen worden war, das Machtstreben und Hegemoniestreben der Sowjetunion scharf an¹³⁾. Die Kette der vor allem an Europa und die Länder der Dritten Welt gerichteten Warnungen vor der Expansions- und Aggressionspolitik Moskaus riß seitdem nicht ab: die KSZE, das sowjetische Engagement in Angola, sowjetische Waffenlieferungen an sudanesisch-aufständische, die Expansion Moskaus im Südpazifik, die Haltung der Sowjetunion zur 200-Meilen-Zone — es gab kaum ein Ereignis, das die Chinesen nicht zum Anlaß nahmen, um Moskau in Mißkredit zu bringen.

Auch die am 3. Dezember 1976 in Peking wiederaufgenommenen Grenzverhandlungen führten, wie der sowjetische Verhandlungspartner Iljitschew am 28. Februar 1977 bei seiner Abreise zu verstehen gab, zu keinen Fortschritten. Schon zuvor, am 25. Dezember 1976, hatte Hua mit der Veröffentlichung einer offiziellen Version von Maos Rede „Über die Zehn Großen Beziehungen“, die scharfe antisowjetischen Bemerkungen enthielt, weitere Zeichen für die unversöhnliche Haltung Pekings gesetzt. Nicht weniger scharf und zahlreich waren die Angriffe der Chinesen auf die innere Situation in der UdSSR: Die

Wirtschaftspolitik, ständig sich verschärfende Klassengegensätze, der neue sowjetische Verfassungsentwurf — alles bot ihnen Anlaß, um den „revisionistischen“ und „bürokratischen“ Charakter des sowjetischen Regimes propagandistisch herauszustellen. Symptomatisch für den Tiefstand der zwischenparteilichen Beziehungen war auch die Verweigerung der Annahme des Kondolenzschreibens der KPdSU anlässlich des Todes von Mao sowie später der Glückwunschschrift zur Ernennung Huas.

Immerhin beendete die im August 1977 erfolgte Entsendung eines neuen chinesischen Botschafters die 18monatige Vakanz der diplomatischen Vertretung Chinas beim Kreml. Dies hinderte Hua allerdings nicht daran, die bevorstehende Ankunft des amerikanischen Außenministers in China zum Anlaß zu nehmen, um den Gedanken an eine Entspannung mit der Sowjetunion entschieden von sich zu weisen. Diese Position wurde auch vom soeben erst wieder rehabilitierten Teng Hsiao-p'ing bezogen, als er einer Delegation westdeutscher Verteidigungsexperten erklärte, daß „nicht einmal in der nächsten Generation eine Annäherung zu erwarten“ sei¹⁴⁾. Das ZK-Mitglied Liao Cheng-ch'i ging sogar noch weiter: Westlichen Geschäftsleuten gegenüber äußerte er, daß ein Krieg mit der Sowjetunion infolge der umstrittenen Gebiete in den Nordprovinzen unvermeidlich sei und bislang lediglich noch nicht geführt werde, weil die chinesischen Streitkräfte darauf noch nicht vorbereitet seien¹⁵⁾. Obwohl so militante Ansichten von keinem Mitglied der engeren Führungsspitze bislang wiederholt wurden, demonstrierten auch die Reden der Parteiführer auf dem 11. Parteikongreß wie auch die Rede des chinesischen Außenministers vor der diesjährigen Generalversammlung der Vereinten Nationen die ungebrochen unversöhnliche Haltung Pekings gegenüber der Sowjetunion.

In derselben Rede, in der sich der chinesische Partei- und Regierungschef gegen eine Aussöhnung mit Moskau ausgesprochen hatte, bekannte er ausdrücklich das Interesse der chinesischen Volksrepublik an guten Beziehungen zu den Vereinigten Staaten Amerikas¹⁶⁾. Auch damit reihte er sich in die Reihe hoher

¹²⁾ S. dazu Dieter Heinzig, Nach dem Pekinger Führungswechsel: Neuer Tiefstand der sino-sowjetischen Beziehungen, in: BOIS 22/76.

¹³⁾ Jen-min jih-pao (= JMJP), 23. 2. 1976.

¹⁴⁾ SZ, 27. 9. 1977, S. 6.

¹⁵⁾ SZ, 17./18. 9. 1977, S. 7.

¹⁶⁾ Zum aktuellen Stand der amerikanisch-chinesischen Beziehungen s. Oskar Weggel, China und die USA, in: China aktuell (= Cak), Juli 1977, S. 396—423.

chinesischer Funktionäre ein, die sich seit dem China-Besuch Präsident Nixons in öffentlichen Erklärungen und privaten Gesprächen mit den zahlreichen amerikanischen Politikern und Delegationen für die volle Normalisierung der amerikanisch-chinesischen Beziehungen einsetzten. Wie diese, so hielt aber auch Hua an den drei *essentials* der chinesischen Position fest, die im Mai 1977 noch einmal der stellvertretende Ministerpräsident Li Hsien-nien in einem Exklusivinterview der japanischen Tageszeitung *Yomiuri Shimbun* genannt hatte: Abzug der amerikanischen Truppen von Taiwan, Aufkündigung des Sicherheitsvertrages mit Taiwan von 1954 und Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Taiwan.

Interessanter als diese drei Forderungen ist allerdings ein anderes Problem, das Li in seinem Interview angeschnitten hatte, da es jenen Punkt enthält, auf den sich die zukünftigen amerikanisch-chinesischen Verhandlungen konzentrieren dürften: die Frage nämlich, ob die chinesischen Kommunisten bereit seien, bei der „Befreiung“ Taiwans auf Gewalt zu verzichten. Eine solche Zusicherung, die von amerikanischen Politikern wiederholt angeregt worden war — zuletzt von Außenminister Vance in seiner Rede zur Asien-Politik der USA am 29. Juni 1977, in der er bezeichnenderweise Taiwan keine eigene Passage mehr reservierte¹⁷⁾ —, würde Washington ein Entgegenkommen erheblich erleichtern. Denn die Aussicht auf eine friedliche Einigung zwischen Peking und Taipeh würde die Notwendigkeit der militärischen und diplomatischen Präsenz der USA auf der Insel überflüssig machen und ihnen beim Abbau der offiziellen Beziehungen zu Taiwan nicht den Vorwurf mangelnder Bündnistreue einbringen.

Bislang aber waren die Nachfolger Maos zu einer solchen Zusicherung nicht bereit, vor allem, da sie in ihr einen Eingriff in die inneren Angelegenheiten Chinas sehen. So erklärte Li Hsien-nien: „Das ist eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten (Chinas). Ich glaube sogar, daß, wenn es bei der Befreiung Taiwans eine große Anzahl konterrevolutionärer Elemente gibt, vielleicht nur die ‚gewaltsame Befreiung‘ in Frage kommt.“¹⁸⁾

Im selben Sinne äußerte sich auch der chinesische Verteidigungsminister Yeh Chien-ying, als er am Gründungstag der Volksbefreiungs-

armee feststellte: „Wann und auf welche Art und Weise wir Taiwan befreien, das ist eine innere Angelegenheit Chinas, in die sich einzumischen niemand das Recht hat. Wir sind entschlossen, gemeinsam mit unseren Landsleuten auf Taiwan die geheiligte Sache der Befreiung Taiwans und der Wiedervereinigung des Vaterlandes zu vollenden.“¹⁹⁾

Und auch Hua Kuo-feng selbst bekräftigte diese Position, als er in seinem „Politischen Bericht“, den er am 19. August 1977, also unmittelbar vor der Ankunft des amerikanischen Außenministers, dem 11. Parteikongreß im Hinblick auf die chinesisch-amerikanischen Beziehungen und das „Kommuniqué von Shanghai“ vortrug, ausführte: „Im Geiste dieses Kommuniqués müssen die USA, wenn sie die Beziehungen zwischen den beiden Ländern normalisieren wollen, ihre sogenannten diplomatischen Beziehungen zu der Tschiang-Bande abbrechen, all ihre Streitkräfte und Militäreinrichtungen aus Taiwan und dem Raum der Taiwan-Straße abziehen und den von ihnen und der Tschiang-Bande abgeschlossenen sogenannten ‚Vertrag über gemeinsame Verteidigung‘ annullieren. Die Provinz Taiwan gehört zum geheiligten Territorium unseres Landes, und wir werden Taiwan befreien. Wann und auf welche Weise Taiwan befreit wird, das ist voll und ganz eine innere Angelegenheit Chinas, und wir erlauben keinem fremden Land, sich darin einzumischen.“²⁰⁾

In der Tat brachte der Besuch von Vance keine Annäherung der kontroversen Standpunkte. Dies mochten die Erklärungen des amerikanischen Außenministers noch etwas verschleiern. Das Interview, das Teng kurz darauf einer japanischen Zeitung gab, machte es nachdrücklich klar, und die Rede des chinesischen Außenministers Huang Hua auf der 32. UNO-Vollversammlung am 29. September bestätigte es²¹⁾.

Sollte sich in diesem Punkte während der für die nächste Zeit angekündigten Verhandlungen eine beide Seiten befriedigende Lösung finden lassen, so dürfte es — ungeachtet aller Proteste der nationalchinesischen Regierung auf Taiwan — bald zu einer vollen „Normalisierung“ der beiderseitigen Beziehungen kommen. Doch selbst wenn ein solcher Schritt noch einige Zeit auf sich warten lassen sollte, würde dies kaum die weitere Intensivierung

¹⁷⁾ Wireless Bulletin from Washington, No 122, June 30, 1977.

¹⁸⁾ SZ, 17. 5. 1977, S. 7.

¹⁹⁾ PR 32, 9. 8. 1977, S. 14—15.

²⁰⁾ PR 35, 30. 8. 1977, S. 46.

²¹⁾ PR 41, 11. 10. 1977, S. 41.

der Zusammenarbeit behindern. Nicht nur Washington, auch Peking hat seit 1971 genügend Beispiele für ein pragmatisches, an den eigenen Interessen orientiertes Handeln gegeben. Seine Fortsetzung ist vor allem von einem „Pragmatiker“ wie Teng Hsiao-p'ing zu erwarten, der in Zukunft sicherlich wieder erheblichen Einfluß auf die chinesische Außenpolitik nehmen wird.

Diese Feststellung trifft in nicht minderen Maße für die Politik Pekings gegenüber den beiden wichtigsten Regionen der „Zweiten Welt“ zu — Japan und Westeuropa. Gerade in Hinblick auf die von Hua und Teng forciert vorangetriebene Modernisierungspolitik, die ohne ausländische Unterstützung kaum gelingen kann, dürften sich die Beziehungen Chinas zu diesen beiden hochentwickelten Wirtschaftsmächten noch erheblich intensivieren.

Eine besondere Bedeutung kommt dabei — ökonomisch wie sicherheitspolitisch — Japan zu²²⁾. Obwohl sich der japanisch-chinesische Handel, dessen Volumen von 900 Mio. US-Dollar im Jahre 1971 auf 3,79 Mrd. US-Dollar im Jahre 1975 anstieg, nicht mehr mit derselben Geschwindigkeit weiterentwickeln wird, wie der Rückgang im Jahre 1976 signalisierte, dürfte Japan auch in Zukunft zu den bevorzugten Handelspartnern der Volksrepublik China gehören. Wichtige Impulse dürften dabei vor allem von der weiteren Entwicklung der beiderseitigen politischen Beziehungen ausgehen. Diese haben sich inzwischen schon soweit verbessert, daß sich Moskau Sorgen über eine sino-japanische militärische Zusammenarbeit zu machen beginnt²³⁾. Obwohl sich seit dem Frühjahr 1977 die Kontakte zwischen der Volksbefreiungsarmee und den japanischen Selbstverteidigungskräften in der Tat verstärkt haben, dürfte es bis zu einer militärischen Zusammenarbeit — sieht man einmal vom Kauf japanischer Waffen und moderner Kriegstechnologie ab — doch noch ein weiter Weg sein, der zudem über die Station einer politischen Zusammenarbeit führen müßte²⁴⁾.

²²⁾ Die gründlichste Analyse über den Verlauf und die Probleme der japanischen Außenpolitik in den 70er Jahren findet sich bei Joachim Glaubitz, Japan im Spannungsfeld zwischen China und der Sowjetunion — Japanisch-chinesische Normalisierungsschritte und sowjetische Reaktionen (= SWP — S 253), November 1976.

²³⁾ BPA/Ostinformationen, 5. 7. 1977.

²⁴⁾ S. dazu Holger Dohmen, Pekings Generale umwerben Japans Streitkräfte, Cak, August 1977, S. 478—479.

Daß sich inzwischen die Aussichten für eine solche Annäherung verbessert haben und der Abschluß des schon während des Tanaka-Besuches im September 1972 anvisierten Friedens- und Freundschaftsvertrages²⁵⁾ in Sichtweite gekommen ist, hat der Kreml allerdings nicht zuletzt der eigenen Politik zuzuschreiben. Lange Zeit hatte Japan nämlich einen Kurs der Äquidistanz zu steuern versucht und sich sowohl im Interesse an guten Beziehungen zur Sowjetunion als auch aufgrund sowjetischen Drucks geweigert, die von Peking zur Voraussetzung gemachte Aufnahme einer Anti-Hegemonie-Klausel, wie sie sich schon in der Gemeinsamen Erklärung vom September 1972 findet, in einen solchen Vertrag einzubeziehen. Anstatt dieses Zögern zu honorieren und durch die Rückgabe der vier seit 1945 besetzten Kurilen-Inseln nicht nur den Weg für die Unterzeichnung des auch von Moskau angestrebten Friedensvertrags mit Japan freizumachen, sondern auch eine für die sowjetische Außenpolitik gefährliche Kooperation zwischen Peking, Washington und Tokio zu verhindern, beharrten die sowjetischen Führer auf ihrer unnachgiebigen Haltung in der Inselfrage. Und nicht nur das: Im Frühjahr 1977 verkündeten sie sogar für den 1. März einseitig die Errichtung einer „200-Meilen-Fischerei-Ausschlußzone“, die auch die umstrittenen Inseln einschloß²⁶⁾. Da die japanische Regierung trotz der schweren Probleme, die sich daraus für die japanische Fischereiwirtschaft ergaben, nicht bereit war, diese Zone zu akzeptieren, scheiterten auch die japanisch-russischen Verhandlungen über die Fischerei im Nordpazifik, die vom 28. Februar bis zum 3. März in Moskau und Tokio stattfanden.

Hua Kuo-feng setzte nicht nur in der Inselfrage die chinesische Unterstützung der japanischen Position fort, sondern trat auch im Fischereistreit auf die Seite Japans und versuchte durch freundliche Gesten und eine verstärkte Fortsetzung der bewährten „Volksdiplomatie“, weitere Gruppen und Persönlichkeiten für die chinesische Haltung zu erwärmen und so die japanische Regierung vorsichtig unter innenpolitischen Druck zu set-

²⁵⁾ Eine deutsche Übersetzung der am Ende des China-Besuches von Tanaka am 29. 9. 1972 unterzeichneten Gemeinsamen Erklärung findet sich in: Europa Archiv, Nr. 21, Nov. 1972, D 531—D 532.

²⁶⁾ Zu dieser Problematik und ihren historischen Ursprüngen s. John J. Stephan, The Kurile Islands: Japan versus Russia, Pacific Community, Vol. 7, No 3, April 1976, S. 311—330.

zen. Ein wichtiges Zeichen des guten Willens Chinas gab im August schließlich Teng Hsiao-p'ing, als er sich für die Kündigung des sino-sowjetischen Freundschaftsvertrages aus dem Jahre 1952 aussprach. Abgesehen von allen anderen Überlegungen, die eine solche Entscheidung beeinflussen könnten, bedeutet ein solcher Schritt zweifellos ein Entgegenkommen gegenüber Japan, das schon im Januar 1975 an China den Wunsch herangetragen hatte, die Gegenstandslosigkeit jenes Vertragsartikels zu erklären, in dem Japan „als hypothetischer Gegner charakterisiert wird“²⁷⁾.

Es ist schwer zu unterscheiden, ob es die chinesischen Bemühungen um Japan waren, die den Ausschlag dafür gaben, daß sich in Japan die Stimmen für den Abschluß eines Friedens- und Freundschaftsvertrags verstärken, oder die Verärgerung über die sowjetische Haltung. Daß China im vergangenen Jahr einem solchen Vertrag nähergekommen ist — vielleicht sogar unter Einschluß einer modifizierten Anti-Hegemonie-Klausel —, erscheint jedoch außer Zweifel.

Einem Vertrag nähergekommen ist die chinesische Diplomatie in den vergangenen Monaten auch in Westeuropa — allerdings keinem Friedens- und Freundschaftsvertrag, sondern einem formellen Handelsabkommen mit der EG, das an die Stelle der seit dem 1. Januar

1975 ausgelaufenen bilateralen Verträge treten soll²⁸⁾. Schon bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen, die nur wenige Monate später — im Juni 1975 — erfolgte, hatte Peking sein Interesse an einem Handelsabkommen bekundet. Doch erst nach der Ausschaltung seiner „linken“ Gegner und der Konsolidierung Huas wurden die Bemühungen darum erheblich verstärkt. Zugleich gab Peking seine Absicht zu erkennen, den Außenhandel mit der EG dem seines bislang wichtigsten Partners Japan anzugleichen. Vom 4. bis 13. Juli hielt sich schließlich eine von der chinesischen Regierung eingeladene Delegation der EG-Kommission unter der Leitung von Roland de Ker-golay, stellvertretender Generalsekretär für Auswärtige Beziehungen, zur Vorbereitung eines solchen Handelsabkommens in Peking auf. Obwohl noch nicht alle Probleme ausgeräumt sind, scheint eine Paraphierung des Abkommens in nicht allzu ferner Zukunft bevorzuzustehen.

Der chinesische Handel mit der EG mag in absoluten Zahlen für die EG zur Zeit noch ohne große Bedeutung sein, und auch die angekündigte Steigerung wird daran nicht allzuviel ändern. Dennoch symbolisieren die jüngsten Aktivitäten Pekings die politische Bedeutung, die auch die neue Regierung Westeuropa als Verbündetem im Kampf gegen die beiden „Supermächte“, vor allem gegen die UdSSR, beimißt.

Zu den machtpolitischen Auseinandersetzungen

Während die chinesische Außenpolitik unter Hua Kuo-feng kaum vom Kurs der vergangenen Jahre abwich und intern somit auch keine besonderen Kontroversen provozierte — auch nicht mit der sogenannten Viererbande —, lag, wie Jürgen Domes zu Recht feststellte, „die Substanz des Konflikts im Jahre 1976 in Auseinandersetzungen über Machtpositionen und Fragen der Innenpolitik“²⁹⁾. Man

kann darüber streiten, ob der Sturz der sogenannten Viererbande — also jener Gruppe prominenter Parteilinker *) und Politbüro-Mitglieder, der neben der Frau Maos, Chiang Ch'ing, die Shanghaier Funktionäre Wang Hung-wen, Yao Wen-yüan und Chang Ch'un-ch'iao ange-

nungen wie „Rechte“ und „Linke“ bzw. „Gemäßigte“ und „Radikale“ verwendet werden, so geschieht dies durchaus im Bewußtsein, daß diese Begriffe höchst fragwürdige, vereinfachende Verallgemeinerungen darstellen, die nicht nur der ideologischen Position der betreffenden Gruppen unzureichend gerecht werden, sondern die auch nicht genügen, um die fluktuierende Zusammensetzung jener Gruppen sowie die zu den verschiedenen Fragen differierenden Haltungen der einzelnen Politiker adäquat zu erfassen. Wenn sie hier dennoch benutzt werden, so geschieht dies zum einen, weil eine analytische Differenzierung im vorliegenden Überblick weder möglich noch nötig ist, zum anderen aber, weil diese Bezeichnungen sich eingebürgert haben und in ihrem Kern auch durchaus zutreffend sind.

²⁷⁾ Glaubitz, Japan im Spannungsfeld, S. 95.

²⁸⁾ Zur Entwicklung der Beziehungen zwischen der EG und der VR China s. Bericht über die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Volksrepublik China. Europäisches Parlament. Sitzungsdokumente 1977—1978, 5. 5. 1977, Dok. 76/77; s. auch SZ, 8. 7. 1977.

²⁹⁾ Jürgen Domes, China in 1976: Tremors of Transition, Asian Survey, Jan. 1977, Vol. XVII, No. 1, p. 15.

*) Wenn im folgenden zur Abgrenzung der miteinander rivalisierenden Gruppen noch immer Bezeich-

hörten — das zentrale Ereignis nach dem Tode Maos war. Daß ihre Entmachtung jedoch zu den wichtigsten personellen Veränderungen zählt, die weitreichende politische Konsequenzen nach sich zogen, dürfte kaum in Zweifel gezogen werden. Man kann außerdem darüber spekulieren, was geschehen wäre, hätte Mao noch einige Jahre länger gelebt. Die hier vertretene These, daß die Entmachtung jener Vierergruppe nur noch eine Frage der Zeit war und vom Tod Maos lediglich beschleunigt wurde, läßt sich bislang zwar nicht beweisen. Dennoch lassen sich für sie eine Reihe guter Gründe anführen — nicht zuletzt die Tatsache, daß es ihnen nicht einmal einen Monat gelang, sich an der Macht zu halten. Die Schnelligkeit überraschte, mit der ihre Entmachtung und Inhaftierung vorgenommen wurde, nicht aber die Entmachtung selbst.

Es liegt in der Logik dieser Behauptung, die Analyse der jüngsten Macht- und Nachfolgekämpfe in China nicht auf den kurzen Zeitraum zwischen dem 9. September und dem 6. Oktober 1976 zu beschränken. Denn selbst die offiziellen Verlautbarungen gaben zu, daß die Auseinandersetzungen nicht durch das Ableben des Parteivorsitzenden ausgelöst wurden, sondern schon erheblich früher ausgebrochen waren. Der Tod Maos war lediglich ein wichtiges Moment, das ihren Verlauf beeinflusste und beschleunigte. Es gibt nun keinen festen Punkt, den man als den Beginn der Machtkämpfe nehmen könnte. Man kann, wie Mehnert es tut, das erste *come-back* von Teng Hsiao-p'ing, also den 12. April 1973, wählen³⁰⁾, oder wie die heutigen Sieger in China, den 10. Parteikongreß im August 1973. Der Entwicklung gerechter dürfte man allerdings werden, wenn man noch ein wenig weiter zurückgeht, nämlich bis auf den 9. Parteikongreß im Frühjahr 1969, mit dem die erste große Phase der Kulturrevolution beendet wurde. Denn spätestens zu jener Zeit begannen sich, wie der bald darauf erfolgte Sturz von Lin Piao zeigte, die Fronten im Kampf um die Nachfolge Maos zu formieren — ein Kampf, der mit der Entmachtung des linken Parteiflügels und der Ernennung Huas zum neuen Parteivorsitzenden und Ministerpräsidenten inzwischen seinen vorläufigen Abschluß gefunden hat. Zwar will die folgende Analyse diesen äußerst komplizierten und in vielen Punkten noch immer dunklen Prozeß nicht in allen Einzelheiten

darstellen. Sie kann ihn aber, soll der größere Zusammenhang der jüngsten Ereignisse verständlich werden, auch nicht ganz vernachlässigen. Lassen wir ihn daher wenigstens in seinen wichtigsten Phasen im Rückblick kurz Revue passieren.

Wie sah China beim Zusammentritt des 9. Parteikongresses aus? Oder, um die Frage gezielt zu stellen: Welche innenpolitischen Veränderungen hatten sich während der Kulturrevolution vollzogen? Den zentralen Punkt berührte Ellis Joffe, einer der aufmerksamsten ausländischen Beobachter der chinesischen Szene, als er feststellte: „Als der 9. Parteikongreß schließlich im April 1969 zusammentrat, um den Epilog zur Kulturrevolution zu schreiben, war es eher die Volksbefreiungsarmee (= VBA) als die Partei, die die meisten Schlüsselpositionen der Macht besetzt hielt.“³¹⁾ Die nüchternen Zahlen bestätigten dieses Resümee: Während von den insgesamt 170 Mitgliedern des Zentralkomitees und von den alternierenden 109 Mitgliedern jeweils mehr als ein Drittel Militärs waren, besetzte die Volksbefreiungsarmee im 25köpfigen Politbüro sogar mehr als die Hälfte aller Sitze. Zudem stellte die Armee in Lin Piao den designierten Nachfolger Maos. Die Situation in den Provinzen sah kaum anders aus: Von den Vorsitzenden der insgesamt 29 Revolutionskomitees rekrutierten sich 21 aus der Armee und von den 250 stellvertretenden Vorsitzenden nochmals ein knappes Drittel.

Die Partei hatte jedoch nicht nur Macht eingebüßt, sondern auch Ansehen. Die „Säuberung“ Tausender verdienter und erfahrener Kader bis hinauf in die höchste Parteispitze, die nicht selten unter entwürdigenden Umständen zur Selbstkritik gezwungen und aus den Ämtern gejagt worden waren, hatte nicht nur ihrer Reputation bei der Bevölkerung schweren Schaden zugefügt, sondern auch den geistigen Führungsanspruch schwer angeschlagen, den Lenin der kommunistischen Partei zugewiesen hatte. Ihren Platz als höchste ideologische und moralische Instanz hatten nun die „Gedanken Mao Tse-tungs“ eingenommen.

Die Situation wäre jedoch unzureichend beschrieben, würde man sie lediglich auf den Konflikt Partei—Armee reduzieren. Denn abgesehen davon, daß gerade in den höchsten

³⁰⁾ Klaus Mehnert, Kampf um Maos Erbe, Stuttgart 1977, S. 19.

³¹⁾ Ellis Joffe, The Chinese Army after the Cultural Revolution: The Effects of Intervention, in: CQ 55, July/September 1973, S. 450.

Parteiämtern schon immer eine enge Personalunion zwischen Armee und Partei bestand und viele der führenden Partei-Kader in hohen militärischen Positionen waren, hatte angenommen nicht die Partei qua Partei an Einfluß verloren, sondern vornehmlich jener Flügel in ihr, der versucht hatte, aus dem Scheitern des von Mao 1959 durchgesetzten mobilisatorischen Entwicklungskonzepts der „Drei Roten Banner“ die Konsequenzen zu ziehen und die chinesische Volksrepublik durch eine an zentraler Planung, Fachkompetenz und Modernisierung orientierte Politik der „Readjustierung“ wieder auf einen pragmatischen, wachstumsorientierten Kurs zurückzubringen. Während dieser Flügel unter dem Vorwurf, eine „Restauration des Kapitalismus“ zu betreiben, erheblich geschwächt und seiner wichtigsten Führer — Liu Shao-ch'i, Teng Hsiao-p'ing, P'eng Chen u. a. — beraubt worden war, war die radikale, den Klassenkampf betonende kulturevolutionäre Fraktion — mit Chiang Ch'ing, Ch'en Po-ta, Yao Wen-yüan und Chang Ch'ung-ch'iao als wichtigsten Führern — gestärkt aus den Auseinandersetzungen hervorgegangen.

Die Situation wurde noch dadurch kompliziert, daß die Koalition zwischen Armee und der kulturevolutionären Linken, die zu Beginn der Kulturrevolution bestanden hatte, äußerst brüchig war³²⁾. Schon im Januar 1967, als Mao die Volksbefreiungsarmee aufgefordert hatte, zugunsten der Linken in den Konflikt einzugreifen, war dieser Aufruf durchaus nicht von allen regionalen Befehlshabern befolgt worden. Zwar hatten die meisten von ihnen die Gelegenheit benutzt, in den Provinzen die politische und wirtschaftliche Leitung zu übernehmen, doch waren durchaus nicht alle bereit, sie auch mit den Linken zu teilen. Selbst an der Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung interessiert, gingen sie vielmehr spätestens seit dem Frühjahr 1968 massiv und nicht selten auch unter Anwendung offener militärischer Gewalt gegen die „Roten Garden“ und die Organisationen der kulturevolutionären Linken vor. Auch die Position der Linksfraktion in der Zentrale unter der Führung der „Gruppe Kulturrevolution“ wurde allmählich unterminiert. Zwar hatte sie noch maßgeblichen Einfluß auf den Entwurf des neuen Parteistatuts nehmen können, der dem Parteikongreß vorgelegt wurde;

doch wurde die Auswahl der Delegierten weitgehend von den Militärs vorgenommen. Und wenn die kulturevolutionäre Linke nach dem Kongreß auch noch ein gutes Drittel der Politbüromitglieder stellte, so war doch die eigentliche Macht auf die Armee übergegangen. Dabei muß allerdings darauf hingewiesen werden, daß auch diese nicht einen einheitlichen Machtblock bildete, sondern in einzelne Gruppen gespalten war, vor allem in den zentralen Militärapparat um Lin Piao und die regionalen Militärbefehlshaber.

Es führt zwar nicht sehr weit, die verschiedenen Machtgruppen in das Schema zweier Lager einzupassen und diese dann auch noch als „Rechte“ und „Linke“ bzw. als „Gemäßigte“ und „Radikale“ zu klassifizieren; versucht man es aber — unter Berücksichtigung der verschiedenen Spannungen, Widersprüche und Querverbindungen sowie unter dem Vorbehalt einer groben Vereinfachung — dennoch, so lassen sich 1969 die beiden folgenden Koalitionen identifizieren: Auf der einen Seite eine von Lin Piao dominierte Gruppe, der neben dem zentralen Militärapparat Teile des Sicherheitsapparats, die kulturevolutionäre Linke sowie einige der Militärbefehlshaber angehören; auf der anderen Seite, repräsentiert von Chou En-lai, jene Teile der Partei- und Regierungskader, die dem mobilisatorischen Entwicklungskonzept Maos eher skeptisch gegenüberstanden, die kulturevolutionären Säuberungen jedoch überlebt hatten, einige der regionalen Militärbefehlshaber sowie die während der Kulturrevolution aus ihren Ämtern verjagten Kader.

Eine ambivalente Stellung dazwischen nahm Mao selbst ein: Zwar ideologisch den Linken nahe und für seine Unterstützung gegen Liu Shao-ch'i Lin Piao verpflichtet, konnte Mao über den Ausgang der Kulturrevolution kaum glücklich sein: Abgesehen davon, daß die Entmachtung der Partei gegen sein Prinzip verstieß, daß die Partei die Gewehre zu kommandieren habe und nicht umgekehrt, war auch er nach dem „Chaos“ der Kulturrevolution an einer Konsolidierung der chinesischen Wirtschaft interessiert. Und dies um so mehr, als die Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung mit der Sowjetunion seit dem Herbst 1968 erheblich gewachsen und vielleicht einer der wichtigsten Gründe für die Beendigung der Kulturrevolution war. Ebenso besorgt wie über das gestörte Gleichgewicht zwischen Partei und Armee konnte Mao über die Stellung Lin Piao sein, der jetzt minde-

³²⁾ S. dazu vor allem Jürgen Domes, China nach der Kulturrevolution. Politik zwischen zwei Parteitagen, München 1975.

stens ebenso sehr zu einer Bedrohung seiner eigenen Position wurde, wie es vor der Kulturrevolution Liu Shao-ch'i gewesen war. Die Wiederherstellung eines dynamischen Gleichgewichts zwischen den verschiedenen Gruppen lag somit sowohl in seinem eigenen wie auch im allgemein-gesellschaftlichen Interesse.

Die zwischen den einzelnen Gruppen bestehenden Widersprüche und Spannungen sowie ihre Bestrebungen, ihre Positionen zu verbessern und sich für die Zeit nach Mao eine gute Ausgangsposition zu verschaffen, verwandelten die Jahre bis zum Herbst 1976 in eine der aufregendsten, aber auch undurchsichtigsten Epochen in der Geschichte des kommunistischen China. Sie schon jetzt definitiv gliedern zu wollen, wäre sicherlich verfrüht. Dennoch lassen sich die Konturen einiger Tendenzen erkennen, mit deren Hilfe der betreffende Zeitraum politisch und zeitlich strukturiert werden kann. Diese lassen sich in folgenden vier Rubriken subsumieren:

1. Aktivitäten zur Wiederherstellung des gestörten Machtgleichgewichts;
2. Gegenoffensiven der Linken;
3. Kampf um die Nachfolge und die endgültige Entmachtung der Linken;
4. die Etablierung des neuen Regimes nach dem Sturz der „Viererbande“.

1. Aktivitäten zur Wiederherstellung des Machtgleichgewichts

Versucht man diese von verschiedenen Koalitionen getragenen und nebeneinander herlaufenden Aktivitäten, die 1969 einsetzten, etwas zu systematisieren, so ergibt sich ein erster wichtiger Komplex in den Maßnahmen, die zum Wiederaufbau der angeschlagenen Partei eingeleitet wurden. In der Logik dieses Wiederaufbaus lag es, viele der während der Kulturrevolution aus ihren Ämtern verjagten alten Kader, deren Erfahrungen man dringend benötigte, zu rehabilitieren. Daß gerade ihnen gegenüber viele Ungerechtigkeiten begangen worden waren, hatte Mao selbst schon früh erkannt und deshalb die Rehabilitierung, für die sich vor allem der Ministerpräsident Chou En-lai einsetzte, abgedeckt. Den Umfang und die politische Bedeutung dieses Rehabilitierungsprozesses, der immer noch nicht ganz abgeschlossen ist, signalisierte am spektakulärsten das *come-back* jenes Mannes, der während der Kulturrevolution als „Nummer Zwei unter den Machthabern, die den kapitalistischen Weg gehen“, entmachtet worden

war: des ehemaligen Generalsekretärs der Partei, Teng Hsiao-p'ing. Am 12. April 1973 erschien er auf einem Bankett zu Ehren Norodom Sihanuks zum erstenmal wieder in der Öffentlichkeit, und schon zwei Jahre später bekleidete er erneut höchste Partei- und Regierungsämter.

Dem unauffhaltsamen Aufstieg der alten gedemütigten Kader korrespondierte der ebenso unauffhaltsame Abstieg jener Gruppe, die sich am eifrigsten an ihrer Demütigung beteiligt hatte: der Roten Garden. Dabei kann „Abstieg“ durchaus wörtlich verstanden werden. Denn schon seit August 1968 war damit begonnen worden, sie zur Erziehung durch die „armen und unteren Mittelbauern“ zu körperlicher Arbeit aufs Land hinabzuschicken (*hsia-fang*). Gerade der Widerstand, den die noch immer einflußreichen linken Gruppen in den Provinzen dem Wiederaufbau der Partei und der Rehabilitierung der alten Kader entgegensetzten, erleichterte es der Partei und den regionalen Befehlshabern, sich ihrer zu entledigen und die von ihnen vertretenen radikalen Positionen als „anarchistisch“ und „linksopportunistisch“ zu disqualifizieren.

Ebenso wie bei den Aktionen gegen die Rotgardisten, trafen sich Partei- und Verwaltungskader sowie regionale Befehlshaber auch im Widerstand gegen eine andere Machtgruppe: gegen Lin Piao und den von ihm kontrollierten und mit seinen Leuten durchsetzten zentralen Militärapparat. Während Lin Piao die Zerschlagung der Roten Garden und der von ihnen kontrollierten Massenorganisationen, deren Ziel er zwar weitgehend teilte, deren revolutionäre Disziplinlosigkeit ihn jedoch abstieß, gelassen beobachtet hatte, nahm jetzt die kulturrevolutionäre Linke seine Entmachtung hin oder beteiligte sich mit Mao selbst sogar noch daran. Einzige prominente Ausnahme war Ch'en Potta, langjähriger Privatsekretär Maos und Führer der „Gruppe Kulturrevolution“, der seine Zusammenarbeit mit Lin Piao allerdings mit dem Ende seiner politischen Karriere bezahlen mußte und als erster prominenter Linker von der politischen Bühne verschwand.

Was auch immer Lin Piao als schon designierten Nachfolger Maos zu Staatsstreich und Mordanschlag motivierte (wobei noch keineswegs sicher ist, daß diese offizielle Version auch den historischen Tatsachen entspricht), sein Tod am 13. September 1971, dem bald der Sturz seiner Anhänger im zentralen Militärapparat und in den Provinzen folgte,

bewirkte nicht nur den Zerfall dieses Machtzentrums, sondern ermöglichte auch eine Beschleunigung des Rehabilitierungsprozesses, der nun auch einer wachsenden Zahl von Generälen zugute kam, die von Lin Piao aus ihren Ämtern entfernt worden waren. Ihre Rückberufung bedeutete aber gleichzeitig eine weitere Verstärkung des zentralen Partei- und Verwaltungsapparates um Chou En-lai, dem sie sich für seinen Einsatz verpflichtet fühlten und von dem allein sie auch in Zukunft Schutz vor einer erneuten Verjagung erwarten konnten.

Wie sehr die Ereignisse die Machtverhältnisse schon verändert hatten, zeigte der im August 1973 stattfindende 10. Parteikongreß: Sowohl die Volksbefreiungsarmee als auch die kulturevolutionäre Linke verloren in den neu gewählten Gremien an Einfluß, obwohl letztere mit dem überraschenden Aufstieg des jungen Shanghaier Funktionärs Wang Hung-wen zum Stellvertretenden Parteivorsitzenden und Politbüromitglied eine wichtige Position für sich gewinnen konnte. Diese Tendenz machte sich anderthalb Jahre später auf dem im Januar 1975 stattfindenden 4. Nationalen Volkskongreß (NVK) sogar noch stärker bemerkbar: Abgesehen davon, daß in der Zwischenzeit durch die Verstärkung des Parteiapparats in den Provinzen und ein großes Revirement der Wehrbereichskommandeure auch die Macht der letzteren geschwächt worden war, ging die Repräsentation des Militärs sowohl im Ständigen Ausschuß des NVK wie auch im Staatsrat erheblich zurück. Nicht viel besser erging es der kulturevolutionären Linken, die von ihren führenden Köpfen lediglich Chang Ch'un-ch'iao als stellvertretenden Ministerpräsidenten plazieren konnte.

Versucht man ein Resümee, so kann man sagen, daß spätestens seit dem 10. Parteikongreß das Machtgleichgewicht zwischen Partei und Armee sowie zwischen kulturevolutionärer „Linken“ und „Parteirechten“ wiederhergestellt war und sich von nun an zunehmend zugunsten von Partei und der gemäßigten Gruppe um Chou En-lai zu verschieben begann. Es kam nun entscheidend darauf an, welche der beiden Seiten die Unterstützung der noch unentschiedenen oder vorsichtig abwartenden Parteiführer gewinnen konnte — ganz abgesehen vom Votum Maos, der sich bislang noch zurückgehalten hatte³³⁾.

³³⁾ Es ist noch immer nicht deutlich auszumachen, welche Gruppen dieser „Dritten Kraft“ (Ting

2. Gegenoffensiven der Linken

Schon vor dem 10. Parteikongreß hatten allerdings die Gegenoffensiven der Linken eingesetzt, die sich erbittert gegen die Erosion ihrer Macht und zunehmende Abweichungen von der kulturevolutionären Linie zur Wehr setzten³⁴⁾. Dabei konnte es kaum überraschen, daß sich ihre Angriffe auf Chou En-lai konzentrierten. Angesichts des ungenügenden Machtpotentials, über das sie verfügten, sowie mit Rücksicht auf das große Ansehen, dessen sich Chou bei großen Teilen der chinesischen Bevölkerung erfreute, und der Macht der mit ihm verbundenen Gruppen, konnten diese Angriffe allerdings nicht offen, sondern mußten verdeckt geführt werden. Da der Schwerpunkt ihrer Macht aber vor allem im Bereich der Propaganda- und Publikationsorgane lag, bot es sich fast von selbst an, sich als Waffen der Massenmedien und über sie vorgetragener Kampagnen zu bedienen. Auf diese Weise konnte sie hoffen, die Bevölkerung gegen vermeintliche oder tatsächliche Abweichungen — und Abweichler — von der richtigen politischen Linie zu mobilisieren und sie gleichzeitig mit ihren eigenen ideologischen Vorstellungen zu indoktrinieren.

Diese Kampagnen setzten im Herbst 1973 ein und wurden von nun an in ununterbrochener Reihenfolge mit zeitlichen Überlappungen und Überlagerungen bis zur Entmachtung der „Viererbande“ im Oktober 1976 fortgesetzt. Es begann mit der Anti-Konfuzius-Kampagne im Herbst 1973, die sich bis Ende des Jahres in eine Kampagne zur „Kritik an Lin Piao und Konfuzius“ steigerte; im Februar 1975 folgte dann die „Bewegung zum Studium der Theorie über die Diktatur des Proletariats“, im Herbst desselben Jahres die Kampagne zur „Kritik am Roman Shui-hu-chuan“, die nach heftigen Diskussionen über die Organisation des Erziehungswesens zu Beginn des Jahres 1976 in die Kritik an der „Theorie vom Primat

Wang) zwischen den Altkadern und der Gruppe um Chiang Ch'ing angehörten — und vor allem: bis wann. Ein wichtiger Bestandteil waren jedoch wohl einige wichtige Kader aus dem Bereich der öffentlichen Sicherheit, wie K'ang Sheng, Hua Kuo-feng und Wang Tung-hsing. S. dazu im einzelnen Ting Wang, Leadership Realignment, in: Problems of Communism, July/August 1977, S. 5 f.

³⁴⁾ S. dazu auch Peter J. Opitz, Pause oder Permanenz der Revolution? Zur innenpolitischen Entwicklung in der VR China nach der Kulturrevolution, in: China-Report, Nr. 26/1975—27/1976, S. 5 bis 18; John Bryan Starr, From the 10th Party Congress to the Premiership of Hua Kuo-feng: the Significance of the Colour of the Cat, in: CQ, 67, Sept. 1976, S. 457—488.

der Produktivkräfte und dem Erlöschen des Klassenkampfes“ einmündete. Letztere war nun schon deutlich gegen die neue, in drei Studien^{34a)} niedergelegte Wirtschafts- und Bildungspolitik Teng Hsiao-p'ings gerichtet, der nach der Erkrankung Chous die Regierungsgeschäfte führte und sich so als wahrscheinlicher Nachfolger zu profilieren begann. So verschieden auch die Themen der einzelnen Kampagnen waren und so verhüllt die Ziele, gegen die sie sich richteten, letzten Endes ging es immer um dasselbe: um die Verteidigung der kulturevolutionären Errungenschaften und die politische Vernichtung all derer, die dabei im Wege standen. So waren Macht- und Linienkämpfe unlösbar miteinander verbunden.

Ein wichtiger Durchbruch schien den Linken im Frühjahr 1976 gelungen zu sein. Hatte bis zum Jahresbeginn Chou En-lai dank seines taktischen Geschicks, nicht zuletzt aber auch aufgrund des Vertrauens, das Mao ihm entgegenbrachte, die Attacken immer wieder abzu blocken vermocht, so wurde durch seinen Tod im Januar die Front der Gemäßigten erheblich geschwächt. Hinzu kam, daß nun auch Mao — wahrscheinlich beunruhigt über die zunehmende Erstarkung der „Gemäßigten“ und den von ihnen eingeschlagenen pragmatischen Kurs — sein Gewicht zunehmend für die Linke in die Waagschale zu werfen begann. So gelang es den Gemäßigten zwar noch, die Ernennung Chang Ch'un-ch'iaos zum Nachfolger Chous zu verhindern, ihr Einfluß reichte jedoch nicht mehr aus, um den erneuten Sturz Tengs aufzuhalten, auf den sich seit dem Herbst 1975 die Angriffe der darin auch von Mao unterstützten Linken richteten: Nach vorangegangenen Demonstrationen am 4./5. April zum Gedenken an Chou En-lai und gegen Chiang Ch'ing, Mao und die kulturevolutionäre Linke wurde Teng am 7. April vom Politbüro aus allen Partei- und Staatsämtern entlassen und die gegen seine Politik und seine Anhänger gerichtete Kampagne verstärkt fortgesetzt³⁵⁾. Zum Mini-

^{34a)} Es handelt sich dabei um die Studien „Über das allgemeine Programm für alle Arbeit der Partei und des Landes“, „Programmatischer Bericht der Chinesischen Akademie der Wissenschaften“ und „Einige Fragen zur Beschleunigung der Industrialisierung“. Übersetzungen finden sich in: Selections from People's Republic of China Magazines, 921, S. 18—37; 926, S. 8—30.

³⁵⁾ S. dazu Jürgen Domes, Die Aprilkrise in China. Vorgeschichte, Verlauf und Auswirkungen des Sturzes von Teng Hsiao-p'ing und der Unruhen in Peking, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B. 30/76, 24. 7. 1976, S. 25—39.

sterpräsidenten und Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden ernannte das dafür gar nicht zuständige Politbüro des ZK auf Grund eines Vorschlags von Mao Hua Kuo-feng — ein Außenseiter, der erst im August 1973 Politbüro-Mitglied geworden, auf dem 4. NVK im Januar 1975 zu einem der zwölf Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Minister für öffentliche Sicherheit aufgestiegen und im Februar 1976 zur großen Überraschung sogar zum amtierenden Premier und damit zum Nachfolger Chou En-lais avanciert war.

Der sich zu jener Zeit anscheinend schon rapide verschlechternde Gesundheitszustand Maos zwang die Linken zur Eile, zumal es ihnen bisher trotz aller Bemühungen weder im Zentrum noch in den Provinzen gelungen war, die Anhänger Tengs und die rehabilitierten Kader, in denen sie ihre erbittertsten Feinde sahen, aus ihren Ämtern zu drängen und durch Männer ihres Vertrauens zu ersetzen. Angesichts schwerer Naturkatastrophen, die die Ernte gefährdeten, Hunderttausende von Toten kosteten und schwere Verwüstungen anrichteten, hatte man jedoch in den Provinzen Besseres zu tun, als den „Klassenkampf zu vertiefen“, Anti-Teng-Kampagnen zu betreiben und Kader aus ihren Ämtern zu entfernen, deren Erfahrung man gerade zu jener Zeit dringend benötigte. Als Mao am 9. September starb, hatten die Linken durch ihre permanenten Kampagnen zwar die Produktion gestört³⁶⁾, es war ihnen jedoch nicht gelungen, ihre Ausgangsstellung für den Kampf um die Nachfolge zu verbessern. Zudem hatten sie mit dem Parteivorsitzenden nun ihre stärkste Stütze verloren.

3. Der Kampf um die Nachfolge und die endgültige Entmachtung der Linken³⁷⁾

Die zentrale Frage, die sich mit dem Tode Maos stellte, war die seiner Nachfolge als Parteivorsitzender. Welche Bedeutung man

³⁶⁾ Zu den Auswirkungen der Machtkämpfe auf die chinesische Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1976 s. Colina MacDougall, Economic Report. The Chinese Economy in 1976, CQ 70, June 1977, S. 355—370, sowie The PRC Economy in 1976, by the Editor, Current Scene, April/May 1977, Vol. XV, Nos. 4 & 5, S. 1—11.

³⁷⁾ Thomas Scharping, Der Kampf um Maos Vermächtnis. Teil 1: Vom Sturz Teng Hsiao-p'ings zum Sieg Hua Kuo-fengs, in: BOIS 1/77; Harry Harding, Jr., China after Mao, in: Problems of Communism, March—April 1977, S. 1—18; Jürgen Domes, China nach der Kulturrevolution, München 1975; Wolfgang Bartke, Der Machtwechsel: Chiang Ch'ing und Hua Kuo-feng, in: Cak Nov. 1976, S. 598—603.

dieser Entscheidung beimaß, spiegelt allein die Eile, mit der sie angegangen wurde. Statt die Zeit der offiziellen Staatstrauer abzuwarten und die Wahl dem dafür zuständigen Zentralkomitee zu überlassen, fiel die Entscheidung schon Anfang Oktober im Politbüro. Welche Seite auch immer diese schnelle Lösung angestrebt hatte und wie der Verlauf der Ereignisse gewesen war: daß der Sieger Hua Kuo-feng, auch wenn er lange Zeit als ein Anhänger der Linken galt und sicherlich nicht gegen deren Willen aufgestiegen war, nun nicht mehr als ihr Kandidat aufgetreten war, sondern inzwischen die Seiten gewechselt hatte, war schon bald nach dem Tod Maos deutlich geworden. Denn während die Linken in der Presse plötzlich neue Weisungen des verstorbenen Vorsitzenden präsentierten, denen zufolge dieser seine Frau Chiang Ch'ing als Nachfolgerin empfohlen und dazu aufgefordert hatte, „nach den festgesetzten Richtlinien (zu) handeln“³⁸⁾, womit — so ihre Interpretation — die Fortsetzung des Kampfes gegen die „Machthaber auf dem kapitalistischen Weg“ gemeint war, hatte Hua nur wenige Tage später, auf der Trauerfeier am 18. September, Flagge gezeigt. Ohne in seiner Rede jenen angeblichen letzten Willen Maos auch nur zu erwähnen, bezog er sich auf eine andere Weisung des Vorsitzenden, die unmißverständlich seine Gegenposition markierte: „Den Marxismus und nicht den Revisionismus praktizieren; sich zusammenschließen und nicht Spaltertätigkeit betreiben; offen und ehrlich sein und sich nicht mit Verschwörungen und Ränken befassen.“³⁹⁾

Während der Kampf der Zitate und Weisungen in den Massenmedien eskalierte und die Linke sich verzweifelt darum bemühte, nicht nur Massen und Miliz zu mobilisieren, sondern auch einen militärischen Handstreich zu inszenieren, handelten ihre Gegner rasch. Der Einfluß der Linken reichte zwar noch aus, am 7. Oktober in den beiden einflußreichen Zeitungen *Jen-min jih-pao* und *Kuang-min jih-pao* Artikel mit scharfen Angriffen gegen Teng Hsiao-p'ing und „seinesgleichen“ zu lancieren, sie konnten jedoch schon nicht mehr verhindern, daß am selben Tag das Po-

litbüro Hua Kuo-feng zum Parteivorsitzenden und zum Vorsitzenden der Militärkommission des ZK wählte. Denn schon am Tage zuvor waren Chiang Ch'ing, Wang Hung-wen, Yao Wen-yüan und Chang Ch'un-ch'iao sowie eine Reihe ihrer Anhänger von der „Truppe 8341“ unter dem Kommando von Wang Tung-hsing, Direktor des Allgemeinen Büros des ZK und ehemaliger Leibwächter Maos, festgenommen worden. Damit war die Entscheidung gefallen, das Interregnum beendet und die nachmaoistische Ära angebrochen.

Wenn Hua Kuo-feng in seinem „Politischen Bericht“ vor dem 11. Parteikongreß im Rückblick auf die Auseinandersetzungen feierlich erklärte, „mit der Zerschlagung der ‚Viererbände‘ als Markstein (habe) die Kulturrevolution ... ihr siegreiches Ende gefunden“⁴⁰⁾, so war dies blanker Zynismus. Denn Tatsache war, daß sich nach der Inhaftierung der vier Politbüro-Mitglieder keiner der prominenten Protagonisten der Kulturrevolution mehr an der Macht befand: sie waren entweder tot, wie Lin Piao, in der politischen Versenkung, wie Ch'en Po-ta, oder im Gefängnis, wie nun die Shanghai-Gruppe. Und nicht nur das: Alle waren zudem zu Feinden und Saboteuren der Kulturrevolution erklärt worden. Dagegen befanden sich viele von denen, gegen die die Kulturrevolution ursprünglich initiiert worden war, wieder in Amt und Würden oder bereiteten sich — wie Teng Hsiao-p'ing — auf ein erneutes politisches *come-back* vor.

4. Die Konsolidierung des neuen Regimes

Die Lautstärke und Radikalität der linken Attacken hatte viele Beobachter getäuscht, indem sie ihnen eine Stärke vorspiegelte, über die die Shanghai-Gruppe gar nicht verfügte. Denn weder vermochten die Kampagnen in den Medien ihnen die Machtpositionen freizumachen, die sie dringend benötigten, noch die Massenorganisationen Schutz zu bieten vor einem entschlossenen und organisierten Gegner. Hinzu kam, daß der Enthusiasmus für die Fortführung des Klassenkampfes bei großen Teilen der Bevölkerung inzwischen erheblich abgeebbt war und die Linke, wie die spontane Begeisterung über ihren Sturz zeigte, keineswegs über die Sympathien verfügte, die sie vielleicht erwartet hatte. Abgesehen davon, daß ihre radikale Position in Wirtschaftsfragen, vor allem ihre Opposition gegen private Landparzellen, Viehzucht und Nebenerwerbs-

³⁸⁾ Zu den Auseinandersetzungen über die letzte Weisung Maos s. Yu-hsi Nieh, Die Hintergründe der Niederlage der „Viererbände“. Offizielle Version, in: *Cak*, Jan. 1977, S. 735 ff.

³⁹⁾ Der Text der Rede findet sich in: PR 38, 21. Sept. 1976, S. 12—16.

⁴⁰⁾ PR 35, 30. 8. 1977, S. 41.

tätigkeiten, ihnen kaum große Sympathien bei den „Massen“ eingebracht hat, dürften diese auch bald durchschaut haben, daß es dieser Gruppe von Intellektuellen allem radikal-revolutionären Gerede zum Trotz gar nicht so sehr um die Belange der Bevölkerung als um die Verteidigung der Machtpositionen ging, in die sie während der Kulturrevolution aufgestiegen waren.

Daß ihre Gegner nicht willens waren, sich auf lange ideologische Geplänkel einzulassen, sondern entschlossen, sich auf die organisierten Machtmittel zu stützen und einem möglichen Putsch von „unten“ durch einen Putsch von „oben“ zuvorzukommen, wurde in dem Bestreben Huas deutlich, sich die Unterstützung der Generäle zu sichern. Dies fiel ihm um so leichter, als diese in ihrer Mehrzahl den Linken seit der Kulturrevolution ohnehin kritisch bis ablehnend gegenüberstanden. Abgesehen davon, daß sie für deren rebellische Disziplinlosigkeit nur wenig Verständnis aufbrachten, waren sie zunehmend von den Versuchen der Shanghai-Gruppe irritiert, die Miliz zu einer von der Volksbefreiungsarmee unabhängigen militärischen Kraft auszubauen. Hinzu kam — und das war wohl die Überlegung, die den Ausschlag gab —, daß die dringend erforderliche Ausrüstung der Volksbefreiungsarmee mit modernen Waffen ohne den Ausbau und die beschleunigte Modernisierung der chinesischen Wirtschaft nicht möglich war. Ein solcher Ausbau war aber nicht von den an revolutionären Experimenten interessierten Linken zu erwarten, sondern nur von dem ohnehin dazu entschlossenen gemäßigten Parteiflügel. So wurde die Armee nach dem Tode Maos zum ausschlaggebenden Faktor bei der Entmachtung der Linken und bestätigte damit erneut jene berühmte These Maos, auf die Hua Kuo-feng in seiner Trauerrede noch einmal bedeutungsvoll angespielt hatte: daß die politische Macht aus den Läufen der Gewehre kommt ⁴¹⁾.

Daß die Hilfe der Militärs ihren Preis hatte, war Hua gewiß bewußt. Hätte er es nach seiner Wahl zum Parteivorsitzenden vergessen, so wäre er durch die kommenden Ereignisse bald schnell wieder daran erinnert worden. Denn ohne die Unterstützung der Volksbefreiungsarmee wäre es ihm und der Partei schwer gefallen, den in einigen Provinzen (Yünnan, Fukien, Liaoning) von Anhängern der „Viererbande“ mit Hilfe der Miliz insze-

nierten Widerstand so schnell niederzuschlagen, wie es offenbar geschah. Auch in Shanghai, der Hochburg der Linksfraktion, übernahm mit Su Chen-hua, Stellvertretender Kommandeur der Marine, als Erster Parteisekretär ein Mann die Macht, der lange Zeit von den Linken umworben worden war, sich schließlich aber doch auf die Seite der Gemäßigten geschlagen hatte. Zudem mußte die Armee die Leitung und Sicherung mehrerer Eisenbahnknotenpunkte übernehmen. Diese Aufgabe war insofern wichtig, als Chiang Ch'ing versucht hatte, Einfluß auf die Eisenbahnverwaltungen zu gewinnen; so zählte etwa zu ihren wenigen personellen Erfolgen der Sturz des Eisenbahnministers Wan Li, der allerdings bald nach ihrer Entmachtung wieder rehabilitiert wurde.

Die unruhige Lage in den Provinzen brachte es mit sich, daß — wie in der Zentrale — auch hier die Militärs wieder verstärkt an die Hebel der politischen Macht zurückkehrten. Die Aufwertung des Militärs im Politbüro der Partei war allerdings nicht nur eine Folge der Krisensituation. Sie ergab sich zudem daraus, daß von den 25 vom 10. Parteikongreß 1973 gewählten Vollmitgliedern und Kandidaten inzwischen neun durch Tod oder Verhaftung ausgeschieden waren — mit einer Ausnahme alles Zivilisten. Damit war die Situation entstanden, daß von den 16 verbleibenden Mitgliedern genau die Hälfte Militärs waren, darunter die Befehlshaber der drei wichtigen Militärbereiche Peking (Ch'en Hsi-lien), Shenyang (Li Te-sheng) und Kanton (Hsü Shih-yu). Daß diese drei wiederum Angehörige der 129. Division der Jahre 1937—1945 bzw. der 2. Feldarmee zwischen 1945—1954 sind und daß auch ihr damaliger Kommandeur Liu Po-cheng seit 1956 Politbüro-Mitglied ist, war sicherlich ebensowenig ein Zufall wie die Tatsache, daß Ende Juli 1977 diese Gruppe durch einen weiteren alten Kameraden verstärkt wurde: durch Teng Hsiao-p'ing, ehemaliger politischer Kommissar der 129. Division, dessen Rehabilitierung auf der 3. Plenarsitzung des 10. Zentralkomitees (16.—21. Juli 1977) am 23. Juli von Wu Te, Pekinger Bürgermeister und Politbüromitglied, öffentlich bekanntgegeben wurde. Damit hat sich nach der 4. Feldarmee, deren Angehörige mit Lin Piao in zahlreiche Machtpositionen eingerückt waren, nun die ehemalige 2. Feldarmee in den politischen Vordergrund geschoben ^{41a)}.

⁴¹⁾ PR 38, 21. 9. 1976, S. 13.

^{41a)} Die These von der Bedeutung der Loyalitätsbeziehungen, die innerhalb den fünf bis 1954 beste-

Trotz ihrer personell starken Vertretung im Politbüro war es aber dennoch der alte Marschall Yeh Chien-ying — ein langjähriger Freund Chou En-lais, der nach dem Sturz von Lin Piao die einflußreiche Militärkommission des ZK leitete und 1975 zum Verteidigungsminister berufen worden war —, der in der Öffentlichkeit die Armee repräsentierte und zusammen mit Hua Kuo-feng sowie Li Hsien-nien, dem dienstältesten stellvertretenden Ministerpräsidenten, die Führungsspitze bildet.

Zu einer Formalisierung der neuen Führungskoalition kam es indes erst auf dem vorzeitig einberufenen 11. Parteikongreß, der vom 12. bis 18. August 1977 in Peking tagte und ein neues Zentralkomitee wählte, das mit seinen 201 Vollmitgliedern und 132 Kandidaten zahlenmäßig größer als das vorangehende ist. Von ihm wurden am 19. August auf der ersten Plenarsitzung die zentralen Organe gewählt. Neben Yeh Chien-ying und Li Hsien-nien wurden Teng Hsiao-p'ing und Wang Tung-hsing zu Stellvertretenden Vorsitzenden des in seinem Amt bestätigten Parteivorsitzenden Hua Kuo-feng gewählt; diese fünf sind es auch, die den Ständigen Ausschuß des Politbüros des ZK bilden. Damit setzt sich die neue Parteispitze vornehmlich aus Parteiveteranen und Militärs zusammen, wobei die ersteren — Teng und Li — ebenfalls eine militärische Vergangenheit sowie starke Verbindungen zur Volksbefreiungsarmee haben. Darüber hinaus spiegelt die Zusammensetzung der Spitze recht deutlich die Koalition, auf die sich die neue Führung stützt: Während die Parteiveteranen Teng und Li die Partei bzw. den Staatsapparat und Yeh Chien-ying die Volksbefreiungsarmee im Politbüro repräsentieren, dürfte Wang Tung-hsing, der wie Hua aus dem Sicherheitsapparat stammt, für seine Rolle bei der Entmachtung der Shanghai-Gruppe honoriert worden sein.

Ein im wesentlichen ähnliches Bild bietet auch das aus 23 Mitgliedern und drei Kandi-

henden Feldarmeen entwickelt wurden, für den Zugang zu militärischen und zivilen Positionen vertritt vor allem William W. Whitson (with Chenhsia Huang), *The Chinese High Command: A History of Communist Military Politics, 1927—1971*, New York und London 1973; ders., *The Field Army in Chinese Communist Military Politics*, in: CQ 56, Jan—March 1969, S. 1—30; dagegen Harvey Nelson, *Military forces in the Cultural Revolution*, CQ 51, Juli/Sept. 1972, S. 444—474, sowie William L. Parish, *Factions in Chinese military politics*, in: CQ 56, Oct./Dec. 1973, S. 667—699.

daten bestehende neue Politbüro. So überwiegen auch hier Parteiveteranen und Militärs. Zwar scheinen die letzteren mit 13 Generälen *prima vista* die Hälfte aller Politbüro-Mitglieder zu stellen. Doch täuscht dieser erste Eindruck, da nur ein Teil von ihnen noch aktiv ist — unter ihnen allerdings die Kommandeure der Militärregionen Peking, Kanton und Shenyang. Vertreten sind nach der Aufnahme von Chang T'ing-fa und Su Chen-hua nun auch alle drei Waffengattungen; ebenfalls sitzen inzwischen alle Stellvertretenden Vorsitzenden der Militärkommission der Partei im neuen Gremium.

Die Tatsache, daß die Gruppe der zivilen Kader durch einige Mitglieder aus den Bereichen Wirtschaft und Wissenschaft verstärkt wurde — zu nennen sind hier besonders Yu Ch'iu-li, Stellvertretender Premier und Chef der staatlichen Planungskommission, sowie Fang Yi, Stellvertretender Vorsitzender der Akademie der Wissenschaften —, deutet unmißverständlich auf die Schwerpunkte des zukünftigen Kurses. Ausbalanciert ist auch das Verhältnis zwischen den Vertretern der Zentrale und der Provinzen. Denn rechnet man die schon oben aufgeführten Kommandeure der drei Militärregionen dazu, so haben insgesamt neun Mitglieder des Politbüros hohe Positionen in den Provinzen inne. Im ganzen gesehen besteht somit im neuen Politbüro eine recht gute Ausgewogenheit zwischen den Vertretern von Partei und Regierung, Militärs und Zivilisten, Zentrum und Provinzen.

Gänzlich ausgeschaltet dagegen ist im Politbüro und im Zentralkomitee die Anhängerschaft von Chiang Ch'ing und der Shanghai-Gruppe, deren Anteil man nun nach den Säuberungen etwa als ca. ein Drittel des 10. Zentralkomitees bestimmen kann. Die Tatsache, daß sich unter ihnen nur eine kleine Zahl einflußreicher Kader befand und sich die Mehrzahl aus Kadern des dritten Glieds und Mitgliedern von Massenorganisationen rekrutierte, bestätigt die schon oben geäußerte These, daß der Sturz der Shanghai-Gruppe nach dem Fortfall ihrer Unterstützung durch Mao nur noch eine Frage der Zeit war. Es waren neben den Massenorganisationen — der kommunistischen Jugendliga, den Frauen-Verbänden und Gewerkschaften — vor allem die jüngere Generation und die Frauen, die an Einfluß und Repräsentation verloren; so sind z. B. die Frauen im neuen Zentralkomitee nur

noch mit 14 Vollmitgliedern und 24 Kandidaten vertreten ⁴²⁾).

Die Schnelligkeit, die bei der Einberufung des Parteikongresses an den Tag gelegt wurde — wie auch schon in den Monaten zuvor bei der Neubesetzung der zahlreichen, durch die Säuberungen freigewordenen Positionen in den Provinzen ⁴³⁾ —, deutet auf einen breiten Konsens innerhalb der neuen Parteiführung hin.

Der personellen Kontinuität, die in der neuen Führungsspitze sichtbar wird, korrespondiert das Bestreben nach ideologischer und politischer Kontinuität, und das heißt im Falle China, die bewußte und betonte Anknüpfung an die politische Linie Mao Tse-tungs, dessen „großes Banner“ hochzuhalten Hua auf dem 11. Parteikongreß zur „großen historischen Mission“ erklärte. Daß jede der beiden Seiten versuchen würde, ihre Herrschaftsansprüche mit Hilfe Maos zu legitimieren, war zu erwarten und wurde schon bald nach dessen Tod bestätigt. Denn ebenso wie zuerst Chiang Ch'ing präsentierte sich auch Hua Kuo-feng bald als der von Mao persönlich eingesetzte Nachfolger. So soll, wie Wu Te am 24. Oktober auf einer Massenveranstaltung enthüllte, der alte Vorsitzende ein halbes Jahr vor seinem Tod während einer Unterredung Hua schriftlich versichert haben: „Hast Du die Sache in der Hand, ist mir leicht ums Herz“.

Welche Bewandnis es auch immer mit dieser Weisung haben mag und mit dem Anspruch, ihr eine *translatio imperii* für Hua zu entnehmen, der Vorgang beweist, daß Mao auch nach seinem Tode noch immer die Rolle zugewiesen wird, die er schon zu seinen Lebzeiten spielte: die des großen Legitimators. So war es auch kaum ein Zufall, daß sich der neue Parteivorsitzende nicht nur gleich generell vom Politbüro damit beauftragten ließ, die Arbeit an der Herausgabe der *Ausgewählten Werke* sowie des Gesamtwerks Maos zu überwachen, sondern daß noch im selben Jahr, zum Geburtstag Maos am 26. Dezember

1976, die erste offizielle Veröffentlichung seiner wichtigen Rede „Über die Zehn Großen Beziehungen“ erschien, mit der Mao am 25. April 1956 erste Hinweise der Abwendung vom sowjetischen und der Hinwendung zu einem eigenständigen chinesischen Entwicklungskonzept gegeben hatte ⁴⁴⁾. Ihr folgte nur wenige Monate später, am 15. April 1977, die Publikation des 5. Bandes der *Ausgewählten Werke* Maos, dessen baldiges Erscheinen schon im Beschluß des Politbüros am 8. Oktober 1976 angekündigt worden war. Abgesehen davon, daß sich Hua durch die Edition des maoistischen Oeuvres nun als ein getreuer Erbe präsentieren kann, ermöglicht es ihm die Leitung der Edition auch, zur Legitimation seiner eigenen Politik, wann immer es ihm notwendig erscheint, auf den Nachlaß Maos zurückzugreifen — eine Tendenz, die sich schon recht deutlich in der Auswahl der siebzig in den 5. Band aufgenommenen Texte bemerkbar macht. So präsentiert dieser jüngste Band den verstorbenen Vorsitzenden als einen Mann, der vor allem für wirtschaftlichen Aufbau und Produktionssteigerung, für Industrialisierung und Modernisierung eintrat, dagegen vor Linksradikalismus und Sektierertum warnte ⁴⁵⁾.

Am deutlichsten zeigte sich das Bestreben nach Legitimation und Kontinuität durch den großen Vorgänger bei der Behandlung der Auseinandersetzung mit der Shanghai-Gruppe. Beides erreichte Hua in seinem „Politischen Bericht“ auf dem 11. Parteikongreß: die Legitimation, indem er lange Passagen der Darstellung widmete, wie deren Entlarvung schon von Mao selbst eingeleitet wurde, wodurch er den verstorbenen Vorsitzenden nicht nur vor dem Vorwurf schützte, nach dem Verrat Lin Piaos nun auch nicht die Ränke der „Viererbände“ durchschaut zu haben, sondern sich für die Ausschaltung der ideologischen Freunde und engsten Mitarbeiter Maos auch noch nachträglich dessen Segen einholte; die Kontinuität, indem er die Entmachtung der „Viererbände“ zum „11. Kampf zweier Linien in unserer Partei“ er-

⁴²⁾ Zu den Veränderungen in der Führung der KPCh auf dem 11. Parteikongreß s. im einzelnen Wolfgang Bartke, *The 11th Congress of the Communist Party of China. Charts and Analysis*, Cak, Sept. 1977, S. 614 ff.; *The 11th Central Committee of the Communist Party of China. An Analysis by W. Bartke*, in: Cak, Okt. 1977, S. 765—809; *Current Scene*, Aug.—Sept. 1977, Vol. XV, Nos. 89, S. 17—20.

⁴³⁾ S. dazu auch Wang Ting, *Leadership Realignment*, S. 6 f.

⁴⁴⁾ Eine deutsche Übersetzung des Textes findet sich in PR 1, 4. Januar 1977; s. dazu auch Stuart R. Schram, *Chairman Hua edits Mao's Literary Heritage: On the Ten Great Relationships*, in: CQ 69, March 1977, S. 126—135.

⁴⁵⁾ S. dazu auch Thomas Scharping, *Mao Tse-tung's Werke 1949—1957. Der V. Band der Ausgewählten Schriften, Teil I*, in: BOIS 40/77; sowie Stuart Schram, *The revised version*, in: FEER, Oct. 7, 1977, S. 57—58.

klärte und so an die vorherigen Kämpfe unmittelbar anknüpfte.

Mit all diesen Maßnahmen dürfte es der neuen chinesischen Führung gelungen sein, sich —

unbeschadet aller latenten Konflikte innerhalb der neuen Koalition — eine solide Basis für die Verwirklichung ihrer eigenen politischen Vorstellungen geschaffen haben.

Zur innenpolitischen Neuorientierung

Damit stellt sich die Frage nach der Beschaffenheit dieser Vorstellungen. Wie sehen sie aus und inwieweit befinden sie sich in Übereinstimmung mit denen des verstorbenen Parteivorsitzenden, insbesondere mit seiner Theorie von der Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats, die Hua Kuo-feng auf dem 11. Parteikongreß als den „größten Beitrag“ Maos zum Marxismus in der Periode des Sozialismus bezeichnete?

Obwohl dies zweifellos die interessantesten Fragen sind, die an die Entwicklung der chinesischen Politik nach dem Tode Maos herangetragen werden können, können sie bislang doch nur unvollständig und vorläufig beantwortet werden. Dies hat verschiedene Gründe, auf die kurz einzugehen ist:

1. Eine der Hauptursachen dafür ist wohl die Tatsache, daß der Schwerpunkt der Entwicklung nach dem Tode Maos in den Machtkämpfen lag, die mit dem Sturz der Shanghai-Gruppe ihren Höhepunkt und mit den seitdem andauernden Säuberungen ihrer Anhänger ihre Fortsetzung fanden.

2. Ein weiterer Grund ist, daß sich die neue Führungsgruppe zwar in ihrer Opposition gegen Chiang Ch'ing und ihre Anhänger weitgehend einig war, daß jedoch die Motive, die sie zueinander brachte, erheblich voneinander differierten und nur sehr bedingt auf gemeinsamen gesellschaftspolitischen Vorstellungen basierten. Es dauerte daher eine Zeitlang, bis eine gemeinsame politische Plattform gefunden war. Diese liegt zwar inzwischen programmatisch vor, doch beginnt sich die aus ihr sich ergebende Politik in der Praxis erst sehr langsam zu entfalten.

3. Da sich diese neue Politik allem Anschein nach erheblich von der Linie entfernt, die mit dem Namen Maos verknüpft ist, und sich in bedenkliche Nähe zu Vorstellungen bewegt, die einst von Liu Shao-ch'i und Teng Hsiao-p'ing vorgetragen wurden, kann diese Abwendung nur sehr langsam und hinter einem Vorhang von Mao-Zitaten erfolgen, der ihre genaue Bestimmung wiederum erheblich kompliziert.

Dies ist jedoch nur der eine Grund, der eine Antwort auf die Frage nach der Übereinstimmung der Politik des letzten Jahres mit den Vorstellungen Maos erschwert. Ein anderer besteht darin, daß die politische Linie Maos nie ganz eindeutig war, sondern sich flexibel den äußeren Bedingungen anpaßte. Zwar tendierte Mao mehr einer ‚linken‘ Position zu, die schlagwortartig mit den Begriffen ‚Klassenkampf‘, ‚Politik an erster Stelle‘, ‚Revolution‘, ‚Mobilisierung‘ umrissen werden kann. Dennoch stand er der wiederum eher von Chou En-lai vertretenen ‚rechten‘ Position, die den Akzent mehr auf ‚Stabilität und Einheit‘, ‚Modernisierung‘, ‚Primat der Produktionskräfte‘, ‚Produktion‘ setzte, nicht konsequent ablehnend gegenüber, sondern war unter dem Druck der Verhältnisse durchaus zu temporären Zugeständnissen bereit, sofern der mögliche Kompromiß die eigene Position adäquat mitberücksichtigte und deren Zukunftschancen nicht verstellte. Kurzum, auch Mao konzedierte eine Pause der Revolution, sofern ihre Permanenz dadurch nicht gefährdet wurde.

Eine solche Bereitschaft zeichnete sich etwa nach 1969 ab, als Mao die Bemühungen Chous um eine allgemeine Stabilisierung zu unterstützen oder doch zumindest hinzunehmen schien. Trotz dieses Kompromisses, der von einer Reihe von Faktoren getragen wurde, nicht zuletzt von dem Vertrauensverhältnis, das zwischen Mao und Chou bestand, ging der Kampf der beiden „Linien“ weiter — in verschiedenen Formen und mit wechselnden Fronten.

Um einen Bezugsrahmen für die Beurteilung der Entwicklung nach Mao zu gewinnen, empfiehlt es sich, die kontroversen Positionen, die sich in den verschiedenen Bereichen gegenüberstanden, etwas zu konkretisieren und — idealtypisch verkürzt — auf ihre wesentlichen Merkmale zu konzentrieren:

1. *Bereich Erziehung:* Während die Rechten für ein straff organisiertes, leistungs- und fachbezogenes Unterrichtssystem eintraten, plädierten die Linken für eine stark von poli-

tisch-ideologischer Schulung, körperlicher Arbeit und paramilitärischer Ausbildung begleitete Fachausbildung, für einen Abbau von Prüfungen, um auf diese Weise den Anteil von Bauern- und Arbeiterkindern zu steigern, sowie für den Abbau der Autorität der Lehrer zugunsten größerer Mitbestimmung der Schüler und Studenten.

2. *Bereich Wissenschaft und Technik:* Einer ‚rechten‘ Förderung der Grundlagenforschung und der Ausbildung hochqualifizierter Wissenschaftler mit Anschluß an den Stand der internationalen Forschung sowie des Erwerbs modernster Technologie stand eine relative Vernachlässigung dieses Sektors durch die Linken gegenüber, die statt dessen für eine breite Mobilisierung der Massen durch umfassende Revolutionierung der Produktionsverhältnisse und den Ausbau einer eigenen, auf die chinesischen Verhältnisse abgestimmten Technologie eintraten.

3. *Lohn-Bereich:* Hier traten die Rechten für die Beibehaltung materieller Anreize und eines gestaffelten Lohnsystems ein, das sich an Ausbildung, Dienstalter und Arbeitsleistung orientierte, während die Linke Prämien und materielle Anreize als ‚Ökonomismus‘ verurteilte, bei der Entlohnung auf die Berücksichtigung politischer Kriterien drängte und generell eine allmähliche Angleichung der Löhne forderte.

4. *Bereich Landwirtschaft:* Während die Rechten private Initiativen ermutigten und sich für die Beibehaltung privater Landparzellen, Tierhaltung und Nebenerwerbstätigkeiten einsetzten sowie für die „Besitzverteilung auf drei Ebenen mit der Produktionsgruppe als Basis“, forderten die Linken einen verstärkten Abbau der privaten Produktions- und Nebenerwerbstätigkeiten, vor allem aber eine beschleunigte Verlagerung von Funktionen und Rechten von den Produktionsgruppen auf Produktionsbrigaden und Kommunen.

5. *Bereich Management:* Dem Eintreten der alten Kader für eine hierarchisierte und zentralisierte Befehlsstruktur, für eine Aufwertung des Fachwissens und für die Erweiterung der Rechte der Managements bei Industrie- und Handelsbetrieben entsprach auf Seiten der Linken ein Plädoyer für Massenmanagement, für Dezentralisation und Zirkulation der Führung.

6. *Bereich Außenhandel:* Bei aller Vorsicht vor der Schaffung neuer Abhängigkeiten wurde ein partieller Außenhandel von den Rech-

ten als Ergänzung der eigenen Wirtschaft und zur Beschleunigung der eigenen Entwicklung akzeptiert. Dabei wurden die durch den Export von Rohstoffen erwirtschafteten Devisen vornehmlich für Getreidekäufe und fortgeschrittene ausländische Technologie angewendet. Unter dem Motto „Vertrauen in die eigene Kraft“ setzten sich die Linken dagegen für eine Drosselung des Außenhandels ein, attackierten die Verwendung ausländischer Technologie als „sklavische Kompradorenphilosophie“ und denunzierten die Zahlung mit Rohstoffen als „nationalen Verrat“.

Seine deutlichste Formulierung fand der neue wachstumsorientierte Kurs, der seit dem 10. Parteikongreß einen immer erbitterteren Widerstand der Shanghai-Gruppe provozierte, in dem Bericht, den Chou En-lai am 13. Januar 1975 auf dem 4. Nationalen Volkskongreß über die Arbeit der Regierung gab. Dabei war es kaum ein Zufall, sondern eher ein Zeichen der Mißbilligung, daß Mao an diesem schon lange überfälligen Volkskongreß, auf dem auch die neue Verfassung angenommen wurde, weder teilnahm noch ihn eines Grußwortes würdigte.

In seiner Rede gab der damals schon schwerkranke Ministerpräsident — unter Berufung auf Mao — folgenden Ausblick auf die nächsten großen Ziele der chinesischen Politik: „In Befolgung der Weisung des Vorsitzenden Mao wurde im Bericht über die Tätigkeit der Regierung an dem III. Nationalen Volkskongreß erwähnt, daß die Volkswirtschaft unseres Landes vom 3. Planjahr fünf an nach einer Konzeption von zwei Schritten entwickelt werden kann: beim ersten Schritt, im Verlauf von 15 Jahren, nämlich bis 1980, ein unabhängiges, relativ vollständiges System der Industrie und der Volkswirtschaft insgesamt aufzubauen; beim zweiten Schritt, noch in diesem Jahrhundert, allseitig die Landwirtschaft, die Industrie, die Landesverteidigung, Wissenschaft und Technik zu modernisieren, damit die Volkswirtschaft unseres Landes in der vordersten Reihe der Welt stehen kann. — Wir werden 1975 den 4. Fünfjahrplan erfüllen und übererfüllen. So schaffen wir eine noch festere Grundlage dafür, bis zum Jahre 1980 den ersten Schritt der obengenannten Konzeption zu verwirklichen. Der Lage im Inland wie in der Welt nach zu schließen, wird das nächste Jahrzehnt entscheidend sein für die Verwirklichung der beiden Schritte. Innerhalb dieses Zeitraums werden wir nicht nur ein unabhängiges, relativ vollständiges System der Industrie und

der gesamten Volkswirtschaften, sondern auch dem hohen Ziel zustreben, den zweiten Schritt der Konzeption zu verwirklichen.“⁴⁶⁾

Obwohl Chou En-lai in seiner Rede nicht im einzelnen die Konsequenzen entfaltete, die zur Durchführung dieses überaus ehrgeizigen Programms notwendig sind, deuteten sie sich doch bald in der Innen- und Wirtschaftspolitik der Regierung an: Eine Schul- und Hochschulpolitik, die wieder das Leistungsprinzip in den Vordergrund stellte und die verstärkte Ausbildung qualifizierter Wissenschaftler, Techniker und Facharbeiter betrieb; der Ausbau einer fachlich kompetenten, straff organisierten Partei- und Staatsbürokratie, die in der Lage war, die Modernisierungsprogramme auszuarbeiten und in ihrer Durchführung zu überwachen; die Mobilisierung des Leistungswillens der Bevölkerung, nicht nur durch ein leistungsgerechtes Lohnsystem, sondern auch durch Inaussichtstellung einer Anhebung des seit Anfang der sechziger Jahre stagnierenden Lohnniveaus und des Lebensstandards; Erhöhung der Produktivität und Ausweitung der Produktion durch beschleunigte Modernisierung und Mechanisierung; Förderung des Außenhandels, um durch den Import modernster Technologien aus Japan, Westeuropa und den USA so schnell wie möglich die Rückständigkeit der chinesischen Wirtschaft zu überwinden.

Die scharfen Angriffe, die in den vergangenen Monaten auf die entmachtete „Viererbande“ erfolgten, bestätigten nicht nur noch einmal ausdrücklich den erbitterten Widerstand Chiang Ch'ings und ihrer Anhänger gegen Chous Politik der „vier Modernisierungen“ (ssu-ke hsien-tai-hua), sondern unterstrichen zugleich die Absicht der neuen Führung, die Linie Chous mit aller Kraft fortzusetzen. Dies zeigten am deutlichsten die Reden auf der „Zweiten Landeskonferenz zum Lernen von Tachai in der Landwirtschaft“ Ende Dezember 1976 sowie auf der Taching-Konferenz, die vom 20. April bis zum 13. Mai 1977 zuerst in Taching und später in Peking stattfand. Während es schwer ist, den von revolutionärer Rhetorik durchsetzten Reden Einzelheiten des neuen Kurses zu entnehmen, zeichnen sich doch zumindest die wichtigsten Tendenzen deutlich ab: Steigerung der Produktion, Ausbau der Grundindustrien, Entwicklung von Wissenschaft und Technik, Verbesserung des Managements.

⁴⁶⁾ PR 4, 28. Januar 1975, S. 23—24.

Die Grundrichtung — Entwicklung der Produktivkräfte — wies Hua Kuo-feng schon auf der Tachai-Konferenz: „Revolution bedeutet Befreiung der Produktivkräfte. Die große Revolution zur Zerschlagung der ‚Viererbande‘ hat ein großes Übel, das die Produktivkräfte zerrüttete und ihr Wachstum behinderte, aus der Welt geschafft... Es ist eine der grundlegenden Aufgaben der Diktatur des Proletariats, tatkräftig die sozialistische Wirtschaft zu entwickeln. Je mehr und je schneller sich die Produktion entwickelt, desto besser, vorausgesetzt, daß an der sozialistischen Orientierung festgehalten und der proletarischen Politik konsequent der Vorrang eingeräumt wird. Dies als ‚Theorie vom Primat der Produktivkräfte‘ zu bezeichnen, ist eine Verdrehung des Marxismus... Der Vorsitzende Mao hat schon 1957 darauf hingewiesen, daß unsere sozialistische Wirtschaftsordnung und unser sozialistisches politisches System nur durch eine entsprechende Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte eine verhältnismäßig vollständige materielle Grundlage erhalten können.“⁴⁷⁾

Dieses Grundmotiv klang auch am 9. Mai in der Taching-Rede Huas an: „Revolution bedeutet Befreiung der Produktivkräfte. Eine wichtige Aufgabe der Diktatur des Proletariats besteht darin, rasch die Produktivkräfte zu entwickeln, technische Neuerungen einzuführen und die technische Revolution durchzuführen sowie eine viel höhere Produktivität als im Kapitalismus zu schaffen... Von jetzt an gerechnet haben wir nur noch 23 Jahre bis zum Ende dieses Jahrhunderts. Die rapide Beschleunigung der Entwicklung unserer Volkswirtschaft ist daher eine Aufgabe, die keine Verzögerung duldet.“⁴⁸⁾

Im selben Sinne, allerdings schon etwas konkreter, argumentierte der stellvertretende Parteivorsitzende Yeh Chien-ying: „1964 meinte Vorsitzender Mao, wir hätten zwei Fäuste und einen Hintern. Die eine Faust ist die Landwirtschaft, die andere die Industrie für die Landesverteidigung. Wollten wir mit beiden Fäusten kräftig schlagen, müssen wir uns richtig auf den Hintern setzen. Der Hintern ist die Grundindustrie.“⁴⁹⁾

Ihr Aufbau ist für Yeh somit Grundvoraussetzung für beides — für die Mechanisierung der Landwirtschaft ebenso wie für die Moderni-

⁴⁷⁾ PR 1, 4. 1. 1977, S. 41—42. (Hervorhebungen hier und in den folgenden Zitaten von mir. L. J. O.)

⁴⁸⁾ PR 21, 24. 5. 1977, S. 11—13.

⁴⁹⁾ PR 21, 24. 5. 1977, S. 19.

sierung der Landesverteidigung. An welche Industrien er dabei vor allem dachte, zeigen die folgenden Sätze: „Deshalb müssen wir unseren Volkswirtschaftsplan in der Reihenfolge Landwirtschaft, Leichtindustrie, Schwerindustrie festlegen und die Entwicklung der Industrie, besonders der Eisen- und Stahlindustrie, der Erdölindustrie, des Bergbaus, der Stromerzeugung, der chemischen Industrie, des Maschinenbaus und anderer Zweige der Grundindustrie, beschleunigen. Nur so können wir den wachsenden Bedarf der Landwirtschaft an Maschinen, Kunstdünger, Brennstoff, Strom und anderen Produkten decken, die Entwicklung der Landwirtschaft energisch vorantreiben und die führende Rolle der Industrie zur Geltung bringen.“⁵⁰⁾

Noch drängender hatte allerdings schon am 4. Mai 1977 der stellvertretende Ministerpräsident Yü Chiu-li, zugleich Vorsitzender der staatlichen Planungskommission, den beschleunigten Ausbau der Industrie gefordert und noch präziser als die anderen Redner die Bereiche bestimmt, in denen „im großen Maßstab ein sozialistischer Leistungswettbewerb“⁵¹⁾ entfaltet werden sollte: in der wissenschaftlich-technischen Forschungsarbeit, in der Anwendung neuer Techniken, in der Ausweitung der Mehrzwecknutzung von Naturressourcen, in der Durchführung technischer Neuerungen: „Wir müssen an dem Prinzip, die Industrie mit Stahl als Hauptkettenglied zu entwickeln, festhalten, die geologische Erkundung intensivieren, eine große Bewegung zum Bau von Bergwerken entfalten, die Entwicklung der Eisen- und Stahlindustrie, der Brennstoffindustrie, der Energiewirtschaft und der petrochemischen Industrie beschleunigen und danach streben, mehr landwirtschaftsunterstützende Produkte und Leichtindustrieerzeugnisse zu produzieren.“⁵²⁾

Deutlicher als die anderen Redner wurde Yü auch bei der Anprangerung von Mängeln in den Unternehmen und im Management. So rügte er nicht nur Unternehmen, die dem Staatsplan nicht folgen, sich nicht an Zuliefer- und Absatzverträge halten und eigenmächtig Preise festsetzen, sondern wies auch auf die Inkompetenz im Management hin und forderte, „dem Einsatz des ersten und zweiten Leiters besondere Beachtung“⁵³⁾ zu schenken. Wenn er damit auch noch nicht einer

Rückkehr zum „System der Ein-Mann-Leitung“ das Wort redete, so war doch seine Absage an das während der Kulturrevolution propagierte System einer breiten Mitbeteiligung der Arbeiterschaft an der Leitung eindeutig.

Einen interessanten Hinweis enthält die Rede Yüs auch in Hinblick auf einige Details der Rahmenplanung. An den Perspektivplan der zwei Schritte von Chou En-lai anknüpfend, erklärte er: „Die Dekade von 1976 bis 1985 ist der entscheidende Zeitabschnitt für die Verwirklichung dieser zwei Schritte. Innerhalb dieses Zeitraums werden wir als erstes ein landesweites, unabhängiges und relativ vollständiges System der Industrie und der gesamten Volkswirtschaft errichten und die technische Umgestaltung der Volkswirtschaft im großen und ganzen vollenden, um dann, auf dieser Grundlage, Schritt für Schritt, in den sechs großen Regionen Nordost-, Nord-, Ost-, Zentralsüd-, Südwest- und Nordwestchina eigene Wirtschaftssysteme mit verschiedenen Niveaus und eigenen Besonderheiten zu errichten, in denen diese Regionen bei gleichzeitiger enger Koordination selbständig handeln und ihre Landwirtschaft, Leichtindustrie und Schwerindustrie relativ harmonisch entwickeln können.“⁵⁴⁾

Obwohl bislang keine weiteren Ausführungen über diese sechs Regionen vorliegen, weder über die genauen Grenzen noch über die Absichten, die im einzelnen mit dieser Einteilung Chinas verbunden sind, lassen sich über beides einige Vermutungen anstellen. Die Aufteilung des Landes in sechs Regionen ist an sich nicht neu; sie geht zurück auf die Militärregionen, die während des antijapanischen Krieges sowie später während des Bürgerkriegs bestanden hatten und dann noch bis 1954 beibehalten wurden. Im Jahre 1961 hatte das 8. ZK sechs Regionalbüros der Partei geschaffen, die wieder für diese Regionen zuständig waren, bis auch sie während der Kulturrevolution unter Kritik gerieten. Diese bezog sich vor allem auf die Gefahr, daß die Regionen unter starken Leitern der Zentrale zu mächtig und von ihr unabhängig wurden. Dieser Vorwurf betraf während der Kulturrevolution vor allem Tao Chu und Li Ching-chuang, die Leiter der Büros Zentralsüd und Südwest; vermutlich hatte dieselbe Problematik aber auch schon 1954 bei der Auflösung der Regionen eine Rolle gespielt. Wenn

⁵⁰⁾ PR 22, 31. 5. 1977, S. 19—20.

⁵¹⁾ Ebenda, S. 19.

⁵²⁾ Ebenda, S. 19.

⁵³⁾ Ebenda, S. 20.

⁵⁴⁾ Ebenda, S. 17; s. dazu auch JMJP, 12. Sept. 1977.

das Konzept trotz dieser schlechten Erfahrungen erneut wiederbelebt wird, so dürften dafür wohl nicht nur die von Yü angedeuteten wirtschaftlichen Erwägungen den Ausschlag gegeben haben, sondern wohl auch die Hoffnung, auf diese Weise den Einfluß der Zentrale wieder stärken zu können⁵⁵⁾.

Trotz aller verbalen Bekenntnisse zur Kulturrevolution und zur Politik des „Großen Sprungs“ — letztere führte Yeh Chien-ying ausdrücklich als Vorbild auf, und auch Hua nahm in seinem Politischen Bericht auf dem 11. Parteikongreß wieder auf sie Bezug⁵⁶⁾ — signalisieren zahlreiche Indizen, daß sich die neue Führung zur Erreichung ihrer Ziele nur bedingt der Methoden bedienen wird, die während der Jahre 1958—1960 und während der Kulturrevolution entwickelt und propagiert worden waren. Zwar beschwört auch sie noch den „Geist der Selbstlosigkeit“, setzt die Landverschickung der Jugendlichen im Anschluß an den Schulabschluß fort und hält auch verbal am Prinzip einer stärkeren Dezentralisation fest. Dennoch kündigt sich in immer neuen Bereichen eine Politik an, die wenig mit dem mobilisatorischen Entwicklungskonzept des „Großen Sprungs“ zu tun hat, sondern statt dessen die pragmatische Handschrift Teng Hsiao-p'ings trägt. Besonders deutlich zeichnet sich diese Tendenz im Erziehungswesen, im Bereich Wissenschaft und Technik und auf dem Gebiet des Außenhandels ab.

Im Erziehungsbereich setzte schon zu Beginn dieses Jahres eine massive Kritik an der Forderung Chiang Ch'ings ein, „Revolution ohne Lehrer zu machen“⁵⁷⁾. Verbunden mit Angriffen auf Disziplinlosigkeit und den um sich greifenden Anarchismus in den Schulen, verstärkten sich die Bemühungen, die Autorität der Lehrer wieder zu stärken. In dieselbe Richtung, allerdings nicht auf den schulischen Bereich beschränkt, zielte auch die Propagierung von Engels' Schrift „Über die Autorität“ aus dem Jahre 1873. Der Wiederherstellung von Leistungsstandards diene dagegen die spektakuläre Säuberung von Chang T'iehsheng, der im Juli 1973 nationales Aufsehen erregt hatte, als er mit dem Hinweis auf seinen politischen Einsatz und sein Engagement in der Produktion nach einer Prüfung ein weißes, unbeschriebenes Blatt abgegeben hatte und durch diese Kritik an einem ange-

lich leistungsbezogenen Erziehungssystem zum Star der Linken avanciert war. Dasselbe Ziel verfolgte sicherlich auch die Veröffentlichung von Leserbriefen, in denen auf die Wichtigkeit von Prüfungen und die Vermittlung von Grundwissen hingewiesen wurde. Daß es sich bei diesen Einzelaktionen nicht um unkoordinierte Schritte handelte, sondern daß sie eine Wendung der offiziellen Politik einleiteten, bestätigte eine Meldung der japanischen Nachrichtenagentur Kyodo über eine bevorstehende Neuordnung der Hochschulen. Diese soll nicht nur die Durchführung von Aufnahmeprüfungen an Hochschulen enthalten, sondern auch eine Verlängerung des geistes- und naturwissenschaftlichen Studiums verfügen. Mindestens ebenso interessant war in diesem Bericht die Meldung, daß die chinesischen Vertreter auf die ernsthafte Behinderung der Modernisierungspolitik hingewiesen hätten, die sich aus der zweijährigen körperlichen Arbeit ergeben würden, die Mittelschulabsolventen im Anschluß an ihren Schulabschluß leisten müßten. Durchaus dieselbe Sorge teilte auch in ihrer August-Ausgabe die Parteizeitung *Hung-ch'i*; auch sie hatte auf eine Hebung des Ausbildungsniveaus gedrängt, ebenso wie eine Ende August veranstaltete Tagung der Chinesischen Gesellschaft für Wissenschaft und Technik⁵⁸⁾.

Ebenso unverkennbar wie die Rückkehr zu einem leistungsbezogeneren Schulsystem, das überhaupt erst die Grundlage für die angestrebte Modernisierung schaffen kann, ist die verstärkte Förderung von Wissenschaft und Technik. Einer Reihe von wissenschaftlichen Fachtagungen, auf denen die Bedeutung der Wissenschaft für den gesellschaftlichen Fortschritt hervorgehoben und gegen die Vorwürfe und Behinderungen Stellung bezogen wurde, denen sie von den entmachteten Linken ausgesetzt waren, folgten nach Anweisungen Huas im Mai 1977 in zahlreichen Provinzen Massenveranstaltungen, die demselben Ziel gewidmet waren. Den bisherigen Höhepunkt dieser Aktionen bildete schließlich am 18. September ein Rundschreiben des ZK der KPCh, das die Einberufung einer Landeskongferenz für Wissenschaft ankündigte, die im Frühjahr 1978 in Peking zusammentreten soll. Von besonderem Interesse ist dieses Rundschreiben insofern, weil es in groben Umrissen die Position und das Programm der neuen Führung zum Thema Wissenschaft und Technik absteckt. So wird in ihm kategorisch

⁵⁵⁾ S. dazu auch David Bonavia, Six of the best for Chairman Hua, FEER, May 27, 1977, S. 28—29.

⁵⁶⁾ PR 35, 30. 8. 1977, S. 48 und S. 54.

⁵⁷⁾ JMJP, 23. 2. 1977.

⁵⁸⁾ S. dazu Cak, Okt. 1977, S. 654.

festgestellt, daß die Modernisierung von Wissenschaft und Technik der „Schlüssel für die vier Modernisierungen“ sei, ohne den es weder zur erforderlichen Erhöhung der Produktivität noch zu einem großen Sprung nach vorn kommen werde. Ebenso nüchtern werden die Voraussetzungen aufgezählt, die wiederum zur Erreichung dieses Fortschritts in der Wissenschaft benötigt werden: eine Verbesserung des gesamten Schul- und Hochschulsystems; die Einstellung aller fähigen Wissenschaftler und Techniker, die nicht in ihren Berufen tätig sind; Schaffung adäquater Arbeitsbedingungen für die Experten; Überprüfung der fachlichen Qualifikation des technischen Personals; die Sicherung, daß „Forscher wöchentlich mindestens fünf Tage auf die fachliche Arbeit verwenden können“⁵⁹⁾. Im Klartext heißt das wohl, daß Wissenschaftler wieder die Möglichkeit erhalten sollen, unbelästigt von ideologischen Belehrungen und Belastungen sowie assistiert von fachlich qualifizierten Personal wissenschaftliche Forschung zu betreiben. Und noch ein weiterer wichtiger Punkt, der sich vor allem auf die Naturwissenschaften bezieht, verdient Erwähnung: die Aufforderung, vom Ausland zu lernen. Die Aufforderung dazu, die sich allerdings schon in einer Reihe früherer Äußerungen von Spitzenfunktionären findet, ergibt sich folgerichtig aus dem offenen Eingeständnis: „In den Naturwissenschaften sind wir verhältnismäßig zurückgeblieben. Hier müssen wir angestrengt von anderen Ländern lernen. Es ist notwendig, das Sammeln von wissenschaftlichen und technischen Informationen zu verstärken, den internationalen akademischen Austausch zu fördern und notwendige fortgeschrittene Technologien einzuführen. Nur durch Lernen vom Fortgeschrittenen können wir das Fortgeschrittene einholen und überholen.“⁶⁰⁾

In dieser Forderung addiert sich zu der Erkenntnis, daß ohne eine Erhöhung der Produktivität durch Modernisierung die chinesische Wirtschaft nicht in der Lage ist, die anstehenden Probleme zu bewältigen, die Einsicht, daß eine solche Produktivitätssteigerung ohne die massive Auswertung ausländischer Forschungsergebnisse und die Übernahme ausländischer Technologie nicht möglich

ist⁶¹⁾. Diese Einsicht ist keineswegs neu, sondern war bis Ende der fünfziger Jahre erfolgreich praktiziert worden. Durch den Abzug der sowjetischen Techniker im Sommer 1960 und durch die Kulturrevolution mit ihrer Fremdenfeindlichkeit und dem übertriebenen Hang zur „Selbständigkeit“ in den Hintergrund gedrängt, setzte die Einfuhr ausländischer Technologie Ende 1972 wieder verstärkt ein. Dennoch setzte sich dieser Trend, der durch die Modernisierungspolitik Chous und Tengs gefördert wurde, nicht ungehindert durch, sondern erfuhr durch Finanzierungsschwierigkeiten, vor allem aber durch den Widerstand der Shanghai-Gruppe, noch erhebliche Stockungen.

Nach der Beseitigung des politischen Widerstands bleiben nun zum einen noch die langfristigen Folgelasten der kulturrevolutionären Erziehungs- und Bildungspolitik; und d. h. vor allem ein Mangel an qualifizierten technischen Personal und Facharbeitern, die in der Lage sind, die ausländische Technologie auch produktiv einzusetzen und kreativ den besonderen chinesischen Bedingungen anzupassen. Und hier schließt sich wieder der Kreis mit der neuen Bildungspolitik. Zum anderen bestehen noch die Finanzierungsschwierigkeiten. Auch sie könnten freilich bei einer Steigerung der chinesischen Exporte und einer Lockerung der bisherigen restriktiven Kreditpolitik relativ leicht gelöst werden. In beiden Bereichen machen sich auch positive Entwicklungen bemerkbar. So brachte der Außenhandel nach Defiziten in den Vorjahren im Jahre 1976 Peking einen Überschuß von 1,1 Mrd. US-Dollar. Seit Beginn des Jahres mehren sich zu dem die Anzeichen dafür, daß Peking vorsichtig von seinen kreditpolitischen Prinzipien abzurücken versucht. So meldete schon im Mai dieses Jahres nach einer China-Reise japanischer Bankiers die *Far Eastern Economic Review*, daß China nach mehr Krediten Ausschau halte⁶²⁾ — eine Ansicht, die, nach der Europareise einer Delegation der Bank of China, auch vom China-Experten der Bank of America vertreten wurde⁶³⁾. Dabei laufen die Spekulationen darauf hinaus, daß Peking auch weiterhin höhere Auslandsverschuldungen vermeiden und statt dessen vorerst weiter den Weg von Überziehungskredi-

⁵⁹⁾ PR 40, 4. Okt. 1977, S. 10; interessante Hinweise auf die beiden Positionen gibt auch ein Artikel von Dschung Ko in PR 44, S. 5 ff.

⁶⁰⁾ Ebenda, S. 9; s. dazu auch Udo Weiss, Von der Stärke des Auslands lernen. Die Prinzipien der gegenwärtigen chinesischen Außenwirtschaftspolitik, in: China-Report, No 35—36/1977, S. 12—16.

⁶¹⁾ Einen guten Einblick in diese Problematik gibt Shannon R. Brown, Foreign Technology and Economic Growth, in: Problems of Communism, July/Aug. 1977, S. 30—40.

⁶²⁾ FEER, May 27, 1977, S. 78.

⁶³⁾ Times, 18. 8. 1977.

ten bei ausländischen Geschäftsbanken sowie die gegenseitige Deponierung von Drittwährungen wählen wird.

In Finanzierungsschwierigkeiten gerät die neue chinesische Führung freilich nicht nur durch die Ausweitung des Außenhandels, sondern auch — und vielleicht sogar in noch stärkerem Maße — durch die Notwendigkeit von Lohnerhöhungen. Eine solche Notwendigkeit resultiert weniger aus dem Wunsch der neuen Führung, sich bei der Bevölkerung beliebt zu machen, als aus dem Zwang, unter allen Umständen die Arbeitswilligkeit der chinesischen Arbeiter zu erhöhen. Dies ist anscheinend jedoch nicht mehr in der gewohnten Weise allein durch moralische Appelle möglich, sondern nur noch durch materielle Anreize, also vor allem durch eine Erhöhung der seit dem Beginn der sechziger Jahre stagnierenden Löhne. Daß die neue Regierung diesen Weg gehen würde, klang schon im Frühjahr auf der Taching-Konferenz an, als Yu Chiu-li eine Konferenz über Lohnfragen und Arbeitsbedingungen im industriellen Sektor in Aussicht stellte. Seitdem blieb das Thema im Gespräch. Ende Oktober bestätigte auch Teng Hsiao-p'ing in einem Interview mit der französischen Nachrichtenagentur AFP: „Das Lohnproblem wird geprüft. Wir haben die Frage schon in den Jahren 1974 und 1975 angeschnitten. Sie blieb auf Grund der Sabotage der ‚Vierer-Bande‘ jedoch in der Schwebe.“⁶⁴⁾ Schon einige Tage davor, am 23. Oktober 1977, hatte Yu Chiu-li vor der 4. Tagung des Ständigen Ausschusses des IV. Nationalen Volkskongresses in einer Rede über die Entwicklung der chinesischen Volkswirtschaft bekannt-

gegeben, daß die Lohnerhöhungen mit Rückwirkung vom 1. Oktober 1977 in Kraft getreten und die Löhne bei rund 46 % aller Arbeiter und Angestellten erhöht worden seien⁶⁵⁾.

Daß seit mehr als einem Jahrzehnt keine Lohnsteigerungen mehr durchgeführt worden sind, war natürlich kein Zufall, sondern das Ergebnis prinzipieller und praktischer Erwägungen. Das heißt: während Lohnerhöhungen prinzipiell die Überzeugung in Frage stellen, daß der sozialistische Mensch freiwillig seine eigenen Bedürfnisse zurückstellt und „selbstlos“ den Massen dient⁶⁶⁾, bringen sie praktisch die Gefahr einer Inflation mit sich. Sowohl der Glaube an die Selbstlosigkeit der Massen als auch der Stolz, als eines der wenigen Länder der Welt Inflationen erfolgreich vermieden zu haben, zeichneten aber das maoistische China aus. Wenn somit die Nachfolger Maos schon ein Jahr nach seinem Tode Lohnerhöhungen ihr Placet erteilen, so setzen sie sich damit dem Vorwurf aus, nicht nur den Kampf um den „neuen Menschen“ aufgegeben, sondern auch bei der Bekämpfung der Inflation versagt zu haben. Wenn sie sich dennoch zu dieser Maßnahme entschlossen haben, so zeigt dies nur, wie groß der Druck der Bevölkerung im Hinblick auf eine Verbesserung der materiellen Bedingungen ist und welche Bedeutung sie dieser wiederum für die Produktionssteigerung einräumen. Dabei ist es durchaus wahrscheinlich, daß bei ihrer Entscheidung auch die Hoffnung eine Rolle spielt, mit Hilfe einer durch Lohnsteigerungen erhöhten Produktivität auch inflationäre Tendenzen auffangen zu können.

Rückblick und Ausblick

Kehren wir nach dieser Darstellung der Ereignisse und Entwicklungen, die sich in den letzten Jahren, vornehmlich aber seit dem Tode Maos, in China zugetragen haben, wieder zu der Frage zurück, die am Anfang steht und Anstoß unseres Rückblicks gewesen war: Et tu, China? Hat sich die Ansicht bestätigt, die viele Betrachter Chinas inzwischen äußerten, bzw. die Anklage, die zahlreiche Bewunderer des verstorbenen Parteivorsitzenden erhoben: daß nach der Sowjetunion nun auch die zweite kommunistische Großmacht damit begonnen hat, den Kurs der Revolution zu verlassen und die Ideale des Marxismus-Leni-

nismus zu verraten? Trifft es zu, daß nach der außenpolitischen Wende, die zum Beginn der siebziger Jahre zum vorsichtigen Arrangement mit den USA führte, nun nach dem Tode Maos auch innenpolitisch ein grundlegender Wechsel eingetreten ist? Obwohl die Analyse gezeigt hat, daß die Zeit für eine uneingeschränkte Bejahung dieser Frage noch nicht reif ist, läßt sich doch soviel mit Sicherheit sagen:

1. Seit dem Ende der Kulturrevolution, also seit dem 9. Parteikongreß im Frühjahr 1969,

⁶⁵⁾ PR 45, 8. 11. 1977, S. 7.

⁶⁶⁾ S. dazu Peter Weintraub, Hua's economic obstacle race, in: FEER, May 27, 1977, S. 76—77.

⁶⁴⁾ SZ, 26. Okt. 1977, S. 6.

wurden im Verlauf ununterbrochener, von wechselnden Koalitionen geführter Macht- und Linienkämpfe sämtliche Protagonisten jener Richtung ausgeschaltet, die für einen radikalen linken Kurs eintraten und als besonders enge Vertraute Maos galten. Gleichzeitig wurden zahlreiche ihrer Anhänger entmachtet und viele der Organisationen, auf die sie sich gestützt hatten, zerschlagen oder reorganisiert. Im selben Zeitraum kehrten zahlreiche Kader, die den kulturrevolutionären Säuberungen zum Opfer gefallen waren, an die Hebel der Macht zurück. Auf keiner der Spitzenpositionen in Partei und Staatsrat befindet sich heute ein Funktionär, der sich als Ideologe einen Namen gemacht oder gar als Repräsentant „linker“ Politik profiliert hat. Nach dem Abtritt der Visionäre und Theoretiker, die bis zum vergangenen Oktober die Bühne der chinesischen Politik mit revolutionärer Rhetorik beherrscht und belebt hatten, haben sich wieder erfahrene Altfunktionäre und nüchterne Militärs in den Vordergrund geschoben, begleitet von jüngeren Kadern, die sich ebenfalls eher durch Fachwissen, Pragmatismus und einen ausgeprägten Machtwillen auszeichnen als durch ideologisches Engagement und intellektuelle Farbigkeit. Damit ist an die Stelle des charismatischen Führers ein Führungskollektiv farbloser Technokraten getreten, dem man zwar zutraut, die Revolution zu verwalten, nicht aber, sie erneut zu entfachen und weiter voranzutreiben. Die Zeit des Aufbruchs ist vorbei, vorerst zumindest — vermutlich sogar endgültig.

2. Durchaus im Einklang mit diesen personellen Veränderungen wurde auch die Stellung der kommunistischen Partei organisatorisch und ideologisch gestärkt. Am deutlichsten zeigt sich dies im neuen Parteistatut und in den von Yeh Chien-ying begründeten Veränderungen⁶⁷⁾. So wird nicht nur in der Präambel des Statuts die Partei als „höchste Form“ der Klassenorganisation des Proletariats ausdrücklich bestätigt, auch die Hervorhebung des „demokratischen Zentralismus“ als des organisatorischen Hauptprinzips⁶⁸⁾, die sich in dieser Form lediglich in der unter der Regie von Liu und Teng entstandenen Parteiverfassung von 1956 findet, unterstreicht den Willen der neuen Führung, die Partei wieder zu einem ideologischen und organisatorischen Zentrum zu machen, das alle Bereiche der Politik leitet

⁶⁷⁾ PR 36, 7. 9. 1977.

⁶⁸⁾ S. dazu im einzelnen Oskar Weggel, Das neue Partei-Statut. Disziplin, Kontrolle und die „Tradition“ von 1956, in: Cak Okt. 1977, S. 677 ff.

und kontrolliert und dem sich auch das einzelne Parteimitglied diszipliniert unterzuordnen hat. Diese Tendenz, die von Yeh ausdrücklich begründet und verteidigt wurde, wird durch verschärfte Aufnahmebedingungen sowie durch die Schaffung von „Disziplinarkontrollkommissionen“ auf allen Ebenen der Partei sowie durch die kürzlich gemeldete Wiedereröffnung von Parteischulen nachdrücklich bekräftigt⁶⁹⁾. 3. Ebenso wie diese personellen und organisatorischen Maßnahmen legen auch die Inhalte der nach dem Tod Maos eingeschlagenen Politik die „Hypothese von einer Renaissance der politischen Linie des Jahres 1956“⁷⁰⁾ nahe. Und es ist in der Tat kaum ein Zufall, daß die Veröffentlichung der wichtigen, eine eher pragmatische Politik propagierenden Schrift Maos von den „Zehn Beziehungen“ aus dem Jahre 1956 zu den ersten Aktionen der neuen Führung gehörte. Vielmehr kann man sie als eine Art Motto betrachten, das die Rückkehr zu einer an Produktion und Pragmatismus orientierten Politik signalisierte. Damit beantwortet sich auch die oben aufgeworfene Frage nach der Übereinstimmung des neuen Kurses mit dem Mao Tse-tungs: Es ist mit Sicherheit nicht mehr der Kurs, den der „Große Steuermann“ Ende der fünfziger Jahre und während der Kulturrevolution segelte, es ist vielmehr ein Kurs, der viele Ähnlichkeiten mit dem des Jahres 1956 aufweist. Da man kaum an die Rekonsolidierungsphase nach 1960 anknüpfen konnte — immerhin hatte Mao die Kulturrevolution gegen sie mobilisiert —, bot sich der Schritt zurück zur unkontroversen „guten Tradition“ der fünfziger Jahre fast von selbst an. Dabei ist es selbstverständlich, daß weder dieser Rückbezug *expressis verbis* ausgesprochen noch die „neuesten Errungenschaften“ der Kulturrevolution verbal unterschlagen wurden. Denn das eine wäre mit der These von der Weiterführung der Revolution ebenso unvereinbar gewesen wie das andere mit der Behauptung, die Kulturrevolution und das Erbe Maos vollendet zu haben.

Die Anhänger Maos im Ausland mögen eine solche Revision der politischen Linie beklagen und als ‚revisionistisch‘ verurteilen — vielleicht ist sie dies auch, wenn man sich streng an den Entwicklungsvorstellungen orientiert, die Mao seit dem „Großen Sprung nach vorn“ favorisiert hat. Andererseits sollte dabei nicht übersehen werden, daß eine solche Revision nicht nur den Erwartungen großer Teile der chinesischen „Massen“ zu entsprechen scheint,

⁶⁹⁾ PR 43, 25. 10. 1977, S. 4.

⁷⁰⁾ O. Weggel, a. a. O., S. 687.

sondern daß sie auch den ganz konkreten wirtschaftlichen Erfordernissen der chinesischen Gesellschaft insgesamt dient. Denn so interessant eine weitere Revolutionierung aller Bereiche dieser Gesellschaft auch für Anhänger der ‚reinen Lehre‘ sowie Sozialwissenschaftler gewesen wäre, China selbst wäre durch eine Fortsetzung der ‚linken Linie‘ wirtschaftlich noch weiter zurückgefallen, und der Zeitpunkt wäre fast berechenbar gewesen, an dem Peking die Kontrolle über jene Probleme verloren hätte. Die einzig gangbare Möglichkeit, der inneren gesellschaftlichen Probleme sowie der äußeren Bedrohung Herr zu werden, war die von Chou En-lai initiierte und von Hua und Teng propagierte Modernisierungspolitik. Und die Breite der Unterstützung, die die neue Führungsmannschaft bei der Realisierung dieses Programms in Partei, Armee und Staatsapparat erfährt, ist sicherlich ein Indiz dafür, daß die überwiegende Mehrzahl der Führungskader diese Ansicht teilt. Das heißt allerdings weder, daß eine einseitig wachstumsbezogene und ausschließlich am Ausbau der Produktivkräfte orientierte Politik die Lösung aller Probleme bringen kann, noch daß die neue Führungskoalition in ihrer Gesamtheit solche Erwartungen hegt. In den divergierenden Vorstellungen über die Grenzen dieser Modernisierungspolitik und die Gefahren, die sie für die maoistische Vision einer sozialistischen Gesellschaftsordnung birgt, dürfte vielmehr der Punkt zu lokalisieren sein, über den es wieder zu Konflikten oder gar zu Linienkämpfen innerhalb der neuen Führung kommen wird. Dies aber wird dann auch die Stunde sein, in der die jetzt ihrer Führer beraubte Linke wieder eine Chance erhält und zur Stärkung jener Kräfte herangezogen wird, die einen Rückfall in eine Ordnung westlichen oder sowjetischen Typs verhindern wollen. Denn wenn die chinesische Linke auch durch die Säuberungen des letzten Jahres weitgehend aus den Machtpositionen in der Zentrale und den Provinzen verdrängt wurde — ein Prozeß, der durch den für das Frühjahr 1978 vorzeitig einberufenen 5. Nationalen Volkskongresses seinen Höhepunkt und Abschluß erfahren dürfte —, so sollte doch nicht übersehen werden, daß es sie noch immer gibt und daß ihre Zahl bei einem Scheitern der Modernisierungspolitik zudem durch zahlreiche Unzufriedene verstärkt werden würde.

Eine ähnliche Entwicklung könnte allerdings auch beim Erfolg dieser Politik eintreten. Dann nämlich, wenn die durch sie nicht begünstigten Teile der Bevölkerung — etwa Teile der Landbevölkerung und der ungelerten Arbeiter — gegen ihre Zurücksetzung und sich verschärfende Klassendifferenzierungen rebellieren und von einem neuen charismatischen Führer unter Berufung auf die egalitären Ziele Maos gegen jene Gruppen geführt werden, die von der Entwicklung profitiert haben. Obwohl die chinesische Politik, wie die Ereignisse des letzten Jahrzehnts gezeigt haben, für jede Überraschung gut ist, erscheint es wenig wahrscheinlich, daß jene Stunde schon im Laufe der nächsten Jahre eintreten wird. Dazu sitzt zum einen die jetzige Führungsmannschaft zu fest im Sattel, zum anderen sind die Hoffnungen, die sich mit dem neuen Kurs verbinden, zu groß und wohl auch mit der Einsicht verbunden, daß auch von ihr keine schnellen Wunder zu erwarten sind. Ein weiteres Element der Unstabilität, das allerdings nur zu Machtverschiebungen und nicht notwendigerweise zu Kursänderungen führen muß, liegt dagegen in der Überalterung der neuen Führungsspitze, die — etwa im Politbüro — ein Durchschnittsalter von 68 Jahren aufweist. Der Zeitpunkt, an dem jene Parteiveteranen, die jetzt noch einmal die Zügel der Macht ergriffen haben, endgültig von der politischen Bühne abtreten müssen, ist absehbar. Spätestens dann dürfte das jetzt sorgsam ausgehandelte Machtgleichgewicht wieder ins Wanken geraten und eine Generation von Kadern an die Macht drängen, von der wir heute wenig wissen. Nur soviel erscheint wahrscheinlich: Bei ihnen, die ihre Prägung weniger in den revolutionären Kämpfen von 1949 erfuhren, sondern vielmehr in einer zunehmend von bürokratischen Hierarchien strukturierten Gesellschaft, dürfte die Neigung, sich der Weisheit und Führung der „Massen“ anzuvertrauen und für die Errichtung einer egalitären, puritanischen und partizipatorischen Gesellschaft einzutreten, erheblich weniger ausgeprägt sein als bei der revolutionären Generation der ersten Stunde. Dagegen dürfte ihre Bereitschaft größer sein, jenen ökonomischen und strukturellen Sachzwängen zu gehorchen, denen moderne arbeitsteilige Gesellschaften nun einmal unterworfen sind. Die Zeichen dafür sind unübersehbar.

Gerhard Wettig

Chinesische Bedrohungsvorstellungen im Verhältnis zur Sowjetunion

Die folgenden Ausführungen stellen Schlüsse dar, die der Verfasser aus Gesprächen und Eindrücken während einer China-Reise und aus Zeugnissen der polemischen Auseinandersetzung Chinas mit der UdSSR gezogen hat. Besonders aufschlußreich für die Art, wie die chinesischen Politiker und Kommentatoren den russischen „Polarbären“ in der Öffentlichkeit darstellen, ist der — 1976 in Peking für sowjetische Leser ausgewählte und übersetzte — Zeitungsartikel-Sammelband „Gnusnoe oblič'e sovetskogo social-imperializma“ („Das widerwärtige Antlitz des sowjetischen Sozialimperialismus“).

Die Entstehung der chinesischen Bedrohungsvorstellungen

Der Beginn des Konflikts mit der Sowjetunion wird in China auf die ausgehenden fünfziger Jahre datiert. Die Auseinandersetzung hatte in der damaligen chinesischen Sicht eine starke ideologische und politische Intensität. Der Heftigkeit der Polemik ungeachtet, glaubte sich die chinesische Seite sozusagen in einer Art Familienstreit (der ja auch sehr erbittert sein kann) mit einem sich ebenfalls als sozialistisch empfindenden Land zu wissen. Die Macht der Sowjetunion wurde nicht als eine militärische Bedrohung empfunden. Eine gleichzeitig betriebene Konfrontationspolitik gegenüber westlichen Staaten, insbesondere gegenüber den USA, erschien praktikabel, weil das Bewußtsein von der Begrenztheit des chinesisch-sowjetischen Konflikts eine antisowjetische Rückversicherung bei der zweiten Weltmacht überflüssig machte.

Die militärische Aktion der Sowjetunion gegen die Tschechoslowakei 1968 erschütterte bei der chinesischen Führung den Glauben an den friedlichen Charakter der sowjetischen Absichten, hatten doch die Männer im Kreml nunmehr eine ideologisch-politische Kontroverse mit einem kommunistisch regierten Land durch die Gewalt ihrer überlegenen Waffen entschieden. Dabei war es für Peking gleichgültig, daß der tschechoslowakische Reformkommunismus bei den Chinesen keinerlei Sympathie genoß und im Vergleich zum sowjetischen „Chruschtschowismus ohne Chruschtschow“ als eine womöglich noch erfreulichere Form des „Revisionismus“ galt.

Für die Einschätzung des Ereignisses war vielmehr allem Anschein nach ein anderer Umstand entscheidend. In der Tschechoslowakei des Jahres 1968 bestand — anders als in Ungarn 1956 — für die kommunistische Herrschafts- und Gesellschaftsordnung keine unmittelbare Gefahr, und das kommunistische Selbstverständnis der tschechoslowakischen Reformer konnte kaum einem Zweifel unterliegen. Wenn nun die sowjetische Führung sich anheischig machte, nach ihrem Gutdünken über die kommunistische Rechtgläubigkeit anderer Länder zu befinden und die des Abweichertums für schuldig erachteten Staaten mit militärischen Mitteln zu disziplinieren, dann mochte dies künftig — so wie gegenwärtig gegenüber der Tschechoslowakei — auch gegenüber China geschehen können. Dieser Überlegung wurde um so größeres Gewicht beigemessen, als die sowjetische Führung mit der These, daß einem irrenden Glied der „sozialistischen Gemeinschaft“ auch gegen dessen Willen „brüderliche Hilfe“ bis hin zum Einsatz von Waffengewalt gegen nicht-sowjetkonforme Kräfte zuteil werden müsse (der sogenannten „Breshnev-Doktrin“), den Anspruch auf Durchsetzung sowjetischer Disziplin im kommunistischen Lager auch theoretisch fixierte.

Demgemäß lassen sich seit dem Spätsommer 1968 Anzeichen dafür erkennen, daß die chinesische Führung ihre außenpolitische Orientierung zu überdenken begann. Ab Frühherbst 1968 benutzten chinesische Politi-

ker, die bis dahin ausschließlich von einem amerikanischen „Imperialismus“ gesprochen hatten, den Negativbegriff des „Sozialimperialismus“, um sowjetisches Herrschaftsstreben zu verurteilen. Anfang 1969 begann in Peking und danach auch anderswo in China der Bau von Luftschutzstollen als Vorkehrung für den Fall sowjetischer Bombenangriffe. Die Entscheidung dazu muß mehrere Monate früher — also kurz nach der sowjetischen Intervention in der Tschechoslowakei — gefallen sein.

Die weitere politische Entwicklung war geeignet, die chinesischen Gefühle der Bedrohung gegenüber der Sowjetunion zu verstärken. Die militärischen Zusammenstöße am Ussuri im März 1969 wurden von der sowjetischen Führung zum Anlaß genommen, einer Reihe von westlichen Regierungen die sowjetische Version der Ereignisse zu übermitteln und dabei auf ein angeblich gemeinsames sowjetisch-westliches Interesse gegenüber der als Gefahr hingestellten Volksrepublik China hinzuweisen. Der Umstand, daß die Männer im Kreml ein antichinesisches Einvernehmen auch mit bisher angefeindeten westlichen Staaten (wie namentlich der Bundesrepublik Deutschland) herzustellen suchten, mußte in Peking besonders beunruhigend wirken.

Während der folgenden Jahre änderte sich das außenpolitische Verhalten Chinas allmählich, aber konsequent. Chinesische Kommentatoren und Politiker begannen immer deutlicher Interesse an einer politischen und militärischen Stärkung Westeuropas und an einem Zusammenschluß der westeuropäischen Staaten zu bekunden. Nacheinander kehrte sich die Wertung der EG, der NATO und der amerikanischen Europa-Präsenz vom Negativen ins Positive. Zugleich wurden die Westeuropäer nachdrücklich vor der sowjetischen Entspannungsoffensive unter der Leitparole einer „europäischen Sicherheit“ gewarnt: Die von Moskau angestrebte Sicherheitskonferenz, so hieß es, diene nur sowjetischen Expansionszielen und drohe für die westliche Seite zu einer „Unsicherheitskonferenz“ zu werden. Die gewohnte chinesische Polemik gegen die „Supermacht“-Politik richtete sich immer weniger gegen die USA und wurde um so nachdrücklicher auf die Sowjetunion angewandt. Schließlich bemühte sich die chinesische Führung ohne viel Rücksicht auf ideologische Gesichtspunkte um eine Normalisierung des zwischenstaatlichen Verhältnisses zu Jugoslawien. Bei alledem nahm sie in Kauf, daß sich eine Entfremdung zu ihrem treuesten Partner in Europa, zu Albanien, abbahnte.

Die Wertung der sowjetischen Rolle unter den kommunistisch regierten Staaten

Auch wenn die chinesische Seite bereits in den sechziger Jahren gelegentlich deutlich gemacht hat, daß die UdSSR durch „ungleiche Verträge“ der Zarenzeit in den Besitz ihrer Fernostgebiete gelangt sei, und mit Kartenveröffentlichungen hervorgetreten ist, welche die frühere Zugehörigkeit dieser Territorien zu China zeigen, spielen Grenzprobleme keine entscheidende Rolle im sowjetisch-chinesischen Konflikt. Die chinesische Führung hat keinen Zweifel daran gelassen, daß sie die Abtretungen von 1858 und 1860 respektiert. Strittig zwischen der UdSSR und China sind lediglich unbedeutende Gebietsstreifen, vor allem im Raum von Chabarovsk und im Pamir-Gebirge. Sie lohnen für die chinesische Seite keinesfalls einen größeren Konflikt. In Peking wäre die Führung bereit, diese Frage ruhen zu lassen, wenn die Sowjetunion die Existenz eines offengebliebenen Problems an-

erkennen würde und zu Maßnahmen der militärischen Entspannung an der Grenze bereit wäre. Aber auch die fehlende Bereitschaft Moskaus hierzu würde nicht ausreichen, um China das Gefühl einer totalen Bedrohung von seiten der UdSSR zu vermitteln. Dies wird durch ein sehr viel größeres und stärkeres Schreckbild bewirkt.

Die Art, in der die Sowjetunion imperiale Herrschaft über osteuropäische Staaten ausübt, läßt nach chinesischer Darstellung die politischen Absichten des Kremls in schlimmstem Licht erscheinen. Der sowjetische Ruf nach „Integration“ im Rahmen der Warschauer-Pakt-Organisation, des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe und der ideologischen Zusammenarbeit wird in Peking als das Bestreben der UdSSR gedeutet, eine einseitige Kontrolle über andere kommunistisch regierte Staaten zu verwirklichen. Die Sowjetunion,

so heißt es, maße sich willkürlich die Entscheidung über die politischen, militärischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Angelegenheiten anderer Staaten an. Souveräne Staaten würden so behandelt, als ob sie abhängige Teilrepubliken der UdSSR wären.

Die „Breshnev-Doktrin“, die in China zur persönlichen Denunzierung des Generalsekretärs der KPdSU auch so genannt wird, gilt als eine „faschistische“ These, die um sowjetischer Einmischungsbefugnisse willen anderen kommunistisch regierten Staaten lediglich

eine „begrenzte Souveränität“ zugestehe. Bei dieser Sicht sowjetischen Herrschaftsverhaltens haben die Chinesen das Bild der völlig zum Satelliten gewordenen Mongolischen Volksrepublik vor Augen. Auch eigene Erfahrungen im Umgang mit der UdSSR wirken nach — namentlich die Erinnerung an Vorschläge Chruschtschows für eine militärische „Integration“ Chinas mit der Sowjetunion, deren Verwirklichung, wie man in Peking meint, China unter weitgehende sowjetische Kontrolle gebracht hätte.

Die Wertung der Sowjetunion als Weltmacht

Das sowjetische Vorgehen gegenüber der Tschechoslowakei gilt heute in China als ein untrügliches Anzeichen dafür, daß die UdSSR ihre Macht rücksichtslos und weltweit auszuweiten bestrebt ist. Das dabei verfolgte Ziel sei die Weltherrschaft. In Stellungnahmen propagandistischen Charakters wird der Vergleich der „neuen Zaren“ im Kreml mit Hitler nicht gescheut.

Nach chinesischer Ansicht werden die sowjetischen Weltherrschaftsambitionen durch zahllose Indizien zweifelsfrei erhärtet. Am häufigsten und nachdrücklichsten verweisen chinesische Repräsentanten darauf, daß der riesige Umfang der sowjetischen Streitkräfte und Rüstungen weit über dem durch Selbstbehauptungserfordernisse hervorgerufenen Bedarf liege und überdies in einem grotesken Mißverhältnis zu dem relativ schwachen wirtschaftlichen Potential der UdSSR stehe. Nach chinesischer Einschätzung dient die starke sowjetische Heeresmacht nicht zuletzt auch Einschüchterungszwecken. Besorgnis ruft weiter der sowjetische Flottenaufbau hervor, der die Bedürfnisse einer Landmacht weit überschreite und eine globale Expansionspolitik militärisch zu unterstützen bestimmt sei. Die vielfachen sowjetischen Versuche, Länder der Dritten Welt wirtschaftlich, politisch und militärisch an Moskau zu binden und auf ihrem Territorium sowjetische Stützpunkte zu etablieren, beweisen nach chinesischer Meinung ebenfalls das ungehemmte Machtstreben der UdSSR.

Die sowjetische Entspannungspolitik auf dem europäischen Kontinent tut dem chinesischen Bild einer bedrohlichen Politik Moskaus keinen Abbruch. Im Gegenteil: Das sowjetische Vorgehen solle den Westen zu einer ähnlichen

Beschwichtigungspolitik verführen, wie sie Großbritannien und Frankreich 1938 gegenüber Hitler betrieben hätten. Während der Warschauer Pakt seine militärische Überlegenheit auf dem europäischen Schauplatz vergrößere, werde den NATO-Staaten eine Schwächung ihres Verteidigungssystems nahegelegt. Zugleich suche die sowjetische Führung die westlichen Zusammenschlüsse mittels des Trugbildes einer Ost-West-Gemeinsamkeit zu paralisieren. Die sowjetische Wirtschaft, die — nicht zuletzt wegen der ihr auferlegten übermäßigen militärischen Lasten — Zeichen ernster Schwäche zeige, solle mit westlicher Hilfe saniert werden, um dann anschließend in den Dienst des rücksichtslosen anti-westlichen und anti-chinesischen Kampfes gestellt zu werden.

Die chinesischen Kommentatoren und Politiker äußern die feste Überzeugung, daß Westeuropa das Hauptziel des sowjetischen Expansionsstrebens sei. Das wirtschaftliche, technische und politische Potential der westeuropäischen Staaten stellt, wie es heißt, den entscheidenden Faktor dar, mit dessen Hilfe die UdSSR das Kräfteverhältnis in der Welt endgültig zu ihren Gunsten verändern könnte. Konsequenterweise konzentriere die sowjetische Führung ihre Macht auf dem europäischen Schauplatz. Dort seien drei Viertel ihrer Streitkräfte disloziert; sie besäßen eine erhebliche Überlegenheit gegenüber den Truppen der NATO. Die chinesische Seite ist sich dabei durchaus der Tatsache bewußt, daß die UdSSR machtpolitische Veränderungen am ehesten im Nahen Osten, in Afrika und zuweilen auch in Teilen Asiens erhoffen kann und dort auch am offensivsten agiert. Die Meinung geht jedoch dahin, daß es sich pri-

mär um Umgehungsmanöver handele, die letztlich auf die Aushöhlung der westlichen Positionen in Europa und damit auf die Vorbereitung einer sowjetischen Herrschaft über diesen Kontinent in seiner Gesamtheit abzielten. Nach chinesischer Ansicht nimmt die sowjetische Führung nur darum zu derartigen Manövern Zuflucht, weil die politischen Verhältnisse in Europa kein direkt offensives Vorgehen erlauben.

Die eurozentrische Expansionsstrategie der UdSSR betrachtet die chinesische Führung mittelbar als gegen ihr Land gerichtet: Wenn Westeuropa mit seinen Ressourcen, so ist die Überlegung, erst einmal sowjetischer Kontrolle unterworfen wäre, dann geriete die übrige Welt außerhalb des Sowjetlagers — und nicht zuletzt das im sowjetischen Vorfeld liegende China — in eine machtpolitisch hoffnungslose Position gegenüber der UdSSR.

Die innenpolitischen Schlußfolgerungen der chinesischen Führung

Im Gefühl einer akuten und vitalen Bedrohung durch die UdSSR hält es die chinesische Führung für notwendig, das militärische Potential ihres Landes so weit wie möglich zu mobilisieren. Die Parole lautet, China müsse jederzeit auf den möglichen sowjetischen Angriff vorbereitet sein. Dabei sind sich die Leiter der chinesischen Politik bewußt, daß sie bei einer militärischen Auseinandersetzung technisch unterlegen wären. Sie vertrauen jedoch darauf, daß die sowjetischen Streitkräfte bei einem Vordringen auf chinesisches Gebiet zunehmend auf Schwierigkeiten treffen müßten, die mit der Weite des fremden Raumes und mit der Zahl der feindlichen Bevölkerung zusammenhängen. Die Hoffnung geht dahin, daß die maoistische Strategie des Volkskrieges die Invasoren allmählich zermürben werde, ohne daß deren technische Überlegenheit Abhilfe schaffen könne. Natürlich, so heißt es, würden die Verluste auf chinesischer Seite riesig sein, aber der Feind werde auf die Dauer außerstande sein, mit seinen Schlägen die Entscheidung zu seinen Gunsten zu erzwingen.

Die chinesische Führung vertritt die Ansicht, daß die UdSSR auch durch den Einsatz von Kernwaffen keine entscheidenden Vorteile erzielen könne: China sei ein unterentwickeltes Land, das sich durch die Ausschaltung bestimmter Zentren nicht tödlich verwunden lasse, und die völlige physische Vernichtung von Land und Volk sei — im Gegensatz zur Etablierung der sowjetischen Kontrolle über China — kein Ziel, das die Männer im Kreml vernünftigerweise anstreben könnten. Daher werde letztlich die konventionelle Kriegführung den Ausgang des Kampfes bestimmen.

Das militärische Konzept der chinesischen Führung ist zwar defensiv ausgerichtet, sieht jedoch für den Fall einer sowjetischen Inva-

sion ein aktiv-elastisches Operieren vor. Die Vorbereitungen überall im Lande stehen im Zeichen eines Mao-Wortes: „Tiefe Tunnel graben, überall Getreidevorräte anlegen, nie nach Hegemonie streben.“ Der Wille zur entschlossenen Verteidigung wird durch ein systematisches militärisches Training breiter Bevölkerungsschichten in der Volksmiliz demonstriert. Auch wenn diese Aktivität — zumindest in gefährdet erscheinenden Gebieten — sogar die Ausbildung von Halbwüchsigen und Kindern einschließt, kann man doch nicht von einer einseitigen Militärlastigkeit des chinesischen Gesamtverhaltens sprechen.

In Abweichung vom stalinistischen Entwicklungsmodell sehen die chinesischen Wirtschaftsplaner keinen disproportionierten Ausbau der Schwerindustrie und des Rüstungssektors auf Kosten der übrigen Ökonomie vor. Sie glauben, daß der technisch-wirtschaftliche Fortschritt einen Weg nehmen müsse, der den ökonomischen und sozialen Verhältnissen im Lande gerecht werde. Dementsprechend sieht das Programm der „vier Modernisierungen“ zunächst eine Förderung der Landwirtschaft vor. Daraus sollen sich dann Impulse für die Entwicklung der Leichtindustrie ergeben, die ihrerseits dann auf die Schwerindustrie weiterwirken sollen. Erst wenn diese Basis geschaffen ist, kann nach chinesischer Ansicht an eine umfassende Modernisierung der Streitkräfte gedacht werden. Logischerweise wird die chinesische Nuklearrüstung nur bis zu einem bestimmten Mindestniveau vorangetrieben, das als abschreckendes Gegengewicht gegen das sowjetische Kernwaffenpotential notwendig erscheint.

Der Beobachter gewinnt den Eindruck, daß die militärischen Vorbereitungen Chinas vor allem dem Zweck dienen, den potentiellen sowjetischen Angreifer abzuschrecken. Dieser

Einschätzung steht freilich entgegen, daß nach offizieller chinesischer These die Politik des sowjetischen „Sozialimperialismus“ früher oder später einem Aggressionskrieg zusteuert und daß mithin ein globaler militärischer Konflikt als unausweichlich gilt. Gelegentlich heißt es dabei ausdrücklich, daß dies auch die bewaffnete Auseinandersetzung zwischen der Sowjetunion und der Volksrepublik China bedeuten würde.

Zwei Indizien können jedoch dafür sprechen, daß die These nicht zum Nennwert genommen werden muß. Die chinesische Führung gibt die Absicht zu erkennen, den Krieg so weit wie möglich hinauszuzögern, und sie hält es dabei für möglich, daß dies über sehr lange Fristen hinweg gelingen könnte. Der erhoffte Aufschub reicht weit über das Jahr 2000 hinaus und greift damit in eine Zukunft

voraus, deren Verhältnisse sich jeder prognostischen Extrapolation entziehen. Könnte das nicht auf eine Verzögerung bis zum St.-Nimmerleins-Tag hinauslaufen? Diese Vermutung gewinnt dadurch weiter an Wahrscheinlichkeit, daß es gelegentlich auch Aussagen gibt, nach denen unter bestimmten Voraussetzungen der Friede gewahrt bleiben könnte. Könnte die These von der Unvermeidlichkeit des großen Krieges nicht vielleicht als ein Instrument gedacht sein, das im In- und Ausland den furchtbaren Ernst der Bedrohung durch die Sowjetunion unterstreichen soll? Die Unvermeidlichkeitsthese enthält insbesondere für den Westen den warnenden Hinweis, daß mit der Sowjetunion nicht zu spaßen — und vor allem keine erfolgsversprechende Entspannungspolitik zu betreiben — sei.

Die außenpolitischen Schlußfolgerungen der chinesischen Führung

In Übereinstimmung mit der These, daß die Entwicklung auf dem europäischen Schauplatz über die sowjetischen Weltherrschaftspläne entscheiden werde, richten die Leiter der chinesischen Außenpolitik ihr Bemühen darauf, vor allem die Westeuropäer zum entschlossenen Widerstand gegen die UdSSR zu ermuntern. Im einzelnen sollen vor allem der Wille zur militärischen Verteidigung und die Bereitschaft zum politischen Zusammenschluß in Westeuropa ermutigt werden. Den geostrategischen und machtpolitischen Verhältnissen in Europa, die der Sowjetunion eine überlegene Position zuweisen, trägt die chinesische Seite Rechnung, indem sie den Rückhalt Westeuropas an den USA für unverzichtbar erachtet. Mit einem Unterton der Kritik an dem gegenwärtigen Zustand heißt es freilich, daß dem amerikanisch-westeuropäischen Verhältnis eine „gleichberechtigte Partnerschaft“ zugrunde liegen müsse.

Die chinesische Führung orientiert sich an dem Gedanken, alle Länder der Welt, die von der UdSSR noch unabhängig seien und sich gegen sowjetische Herrschaftsgelüste zur Wehr setzten, müßten zu einer formlosen Einheitsfront zusammenfinden. Dabei wird in erster Linie an eine Achse China — Westeuropa — Japan gedacht. Die Einstellung gegenüber den USA dagegen ist nicht frei von Vorbehalten. Denn den Vereinigten Staaten haftet in chinesischer Sicht das schimpfliche Eti-

kett einer „Supermacht“ an, die überdies — ihres grundlegenden Antagonismus zur UdSSR ungeachtet — immer wieder im Verdacht steht, gegenüber der anderen Supermacht einen schwächlichen Beschwichtigungskurs zu steuern und vielleicht sogar zeitweilig ein Komplizenverhältnis zu ihr zu suchen.

Trotzdem ist sich die chinesische Führung darüber im klaren, daß die Amerikaner nicht beiseite bleiben können, wenn eine weltweit erfolgreiche Eindämmungspolitik gegenüber der Sowjetunion betrieben werden soll. Diesem Hauptinteresse werden alle anderen Fragen des chinesisch-amerikanischen Verhältnisses nachgeordnet. Die chinesische Führung geht dabei von der Einschätzung aus, daß die USA ihre Gefährlichkeit als „Supermacht“ weithin verloren haben. Die Vereinigten Staaten sind, so heißt es, von der UdSSR in die Defensive gedrängt worden. Die amerikanischen Energien werden demnach von dem Bemühen, den eigenen Abstieg zu stoppen und den sowjetischen Aufstieg aufzuhalten, voll in Anspruch genommen. Die Verfolgung aggressiver Pläne erscheint unter diesen Umständen kaum noch möglich. Die Wahrscheinlichkeit amerikanischer Angriffsoperationen wird nach chinesischer Ansicht darüber hinaus durch die Vetoposition, die der Kongreß gegenüber der Administration in Washington erlangt hat, praktisch auf Null reduziert. Die-

jenige Weltmacht, die mittlerweile ihre Dynamik verloren hat und sich zu friedlichem Verhalten genötigt sieht, soll als Gegengewicht gegen die andere, die expansionistisch-militante Supermacht dienen.

Nach chinesischer Einschätzung hat freilich auch die Sowjetunion gegenwärtig noch nicht diejenige Machtposition erreicht, deren sie bedürfte, um den Endspurt zur Weltherrschaft anzutreten. Sie ist mit ihrer politisch-militärischen Macht noch nicht in allen Teilen der Welt präsent, und ihr wirtschaftlich-technisches Potential ist noch immer zweitrangig. Aus dieser Lage ergibt sich nach chinesischer Ansicht für die Staaten außerhalb des Sowjetlagers ein kategorischer Imperativ: Sie müssen, solange es noch Zeit ist, der UdSSR entschlossenen Widerstand entgegensetzen und

sie an der Überwindung ihrer Schwächen hindern. Wenn die Außenwelt alles tut, um eine Ausdehnung der sowjetischen Macht zu verhindern und der UdSSR jede Hilfe beim Ausbau ihrer materiellen Basis zu versagen, werden den „neuen Zaren“ noch lange die Voraussetzungen für den Griff nach der Weltherrschaft fehlen. Eine derartige Politik der entschlossenen Abwehr gegenüber der Sowjetunion gilt daher den Leitern der chinesischen Politik als der beste, ja als der einzige Weg, um die Katastrophe des Weltkrieges hinauszuschieben. Jedes andere Verhalten gegenüber Moskau erscheint in Peking als kurzsichtiger Beschwichtigungsversuch, der ungewollt den gemeinsamen Bedroher mit den Mitteln zur vollständigen Realisierung seiner gefährlichen Absichten versorgt.

Abschließende Wertung

Gemessen an europäischen Vorstellungen ist es frappierend zu sehen, in welcher Intensität und in welcher Totalität das chinesische Bewußtsein von dem Gedanken einer unabänderlich gegebenen sowjetischen Bedrohung bestimmt wird. Es gibt für den auswärtigen Beobachter nicht die leisesten Anzeichen dafür, daß dabei in dieser Hinsicht zwischen rivalisierenden politischen Gruppen oder zwischen dem Regime und der Bevölkerung ein Dissens existierte. Auch auf längere Sicht erscheint ein Wandel der Einstellung gegenüber der UdSSR kaum möglich. Die chinesische Seite könnte es zwar — ähnlich wie das sowjetische Gegenüber — als in ihrem Interesse liegend ansehen, wenn bestimmte politisch belastende Einzelstreitigkeiten (etwa an der Grenze) ausgeräumt würden und wenn die zwischenstaatlichen Beziehungen insgesamt weniger krisen- und spannungsträchtig wären. Dies würde aber kaum mehr als eine formelle Bereinigung der zwischenstaatlichen Beziehungen bedeuten. Auf absehbare Zeit, so will es scheinen, lassen sich die chinesischen Bedrohungsängste kaum abbauen. Eine substantielle chinesisch-sowjetische Wiederannäherung müßte eine Wiederaufnahme der Parteibeziehungen, mindestens aber einen grund-

legenden Wandel des sicherheitspolitischen Verhältnisses (etwa durch eine Zurückziehung der Truppen aus den Grenzgebieten, durch eine sichtbare Aussöhnung oder durch einen vertraglichen Gewaltverzicht) einschließen — und bis dahin erscheint der Weg unendlich weit und schwierig.

Die chinesische Führung macht zur Rechtfertigung ihrer kompromißlosen Politik öffentlich geltend, daß der Abschluß von Gewaltverzichts- oder Nichtangriffsverträgen mit der UdSSR schon darum sinnlos wäre, weil der früher abgeschlossene zweiseitige Freundschaftsvertrag formell zwar noch existiere, sich aber faktisch als ein bloßes Stück Papier erwiesen habe. Solange die sowjetische Führung das genaue Gegenteil ihrer vertraglich festgelegten Verpflichtung tue, könnten ihre Offerten keine Glaubwürdigkeit beanspruchen. Von führender Seite in Peking heißt es weiterhin, daß die Sowjetunion erst durch eine Bereitschaft zu Maßnahmen einer militärischen Konfliktentschärfung und durch die Anerkennung des durch die „ungleichen Verträge“ im vorigen Jahrhundert an China verübten Unrechts die Voraussetzungen zu einer Entspannung des chinesisch-sowjetischen Verhältnisses schaffen müsse.

Christian Graf von Krockow: China als Entwicklungsland — Versuch zum Verstehen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1/78, S. 3—20

Chinas bisherige Radikalität steht nicht, wie oft behauptet wurde, im Gegensatz, sondern im Einklang mit grundlegenden Entwicklungserfordernissen: Erst die soziale und normative Egalitätsrevolution ermöglicht Dynamik. Dies läßt sich im Vergleich mit der europäischen Entwicklungsgeschichte ebenso verdeutlichen wie im Vergleich mit den Blockierungen, mit denen viele Länder der Dritten Welt noch immer zu kämpfen haben. Andererseits muß im westlich-chinesischen Vergleich die fundamentale Differenz hinsichtlich des Vorrangs des Individuums oder der Gruppe als der primären Realitätserfahrung beachtet werden. Die Differenz verweist auf Unterschiede der Kulturtraditionen, die durch die chinesische Revolution nicht etwa abgebaut, sondern in der Selbstbehauptung gegen den Westen sogar noch verstärkt wurden. Aus der Differenz ergeben sich auch Unterschiede hinsichtlich der jeweiligen „System“-Steuerung, der dominierenden Motivationen und Sanktionen, und sie macht alle wechselseitigen „Modell“-Vorstellungen abwegig.

Peter J. Opitz: Et tu, China? Entwicklungstendenzen der chinesischen Politik seit dem Tode Mao Tse-tungs

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1/78, S. 21—47

Viele Spekulationen wurden seit Jahren über die Entwicklungen angestellt, die sich nach dem Tode Mao Tse-tungs in der chinesischen Volksrepublik vollziehen würden. Am 9. September 1976 starb Mao — aber nur wenige der Befürchtungen bewahrheiteten sich. Weder nutzten die Großmächte die Gelegenheit, diesen für beide unbequemen Rivalen militärisch auszuschalten, noch zerfiel das Land erneut in sich gegenseitig befehlende Diadochenstaaten. Im Gegenteil: Schon knapp einen Monat nach dem Tode des Parteivorsitzenden waren die Nachfolgekämpfe abgeschlossen und die Einheit des Landes durch eine starke Führungskoalition unter Hua Kuo-feng gewahrt. Gestützt auf starke Kräfte in Armee und Partei war es ihm gelungen, die Mao Tse-tung nahestehende Linksfraktion der Partei auszuschalten.

Nicht nur die Aktionen gegen die nun als „Viererbande“ denunzierte Parteilinke, sondern auch die konkret von Hua Kuo-feng vorangetriebene Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik bestätigte bald, daß es bei den Auseinandersetzungen nicht nur um Macht-, sondern auch um Linienkämpfe gegangen war. Denn trotz aller Bezüge auf die Politik des „Großen Sprungs“ und die kulturrevolutionären Errungenschaften steuert die neue Führung in Peking einen Kurs, der nur wenig mit dem Entwicklungskonzept Maos zu tun hat, sondern sich eindeutig an der pragmatischen wachstums- und leistungsbezogenen Politik der „Vier Modernisierungen“ Chou En-lais orientiert.

Auch die Verehrung, die dem verstorbenen Parteivorsitzenden durch den zügigen Bau eines Mausoleums und die Publikation seiner Schriften unvermindert gezollt wird, kann die Abwendung von seiner seit 1966 gesteuerten politischen Linie nur schwer verdecken. In diesem Sinne besiegelte auch auf personeller Ebene die Inhaftierung der „Viererbande“ und die Rehabilitierung des erst im Frühjahr 1976 mit Billigung Maos entmachteten Teng Hsiao-p'ing sowie sein erneuter Aufstieg in höchste Staats- und Parteiämter den endgültigen Sieg jener Kräfte, die durch die Kulturrevolution vorübergehend ausgeschaltet worden waren.

Obwohl sich die hier vorgelegte Analyse auf die Ereignisse nach dem Tode Maos konzentriert, versucht sie darüber hinaus, den größeren innen- und außenpolitischen Rahmen, in dem diese stehen und in dem sie erst ihre volle Bedeutung gewinnen, mit einzubeziehen.

Gerhard Wettig: Chinesische Bedrohungsvorstellungen im Verhältnis zur Sowjetunion

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 1/78, S. 48—53

Seit den ausgehenden fünfziger Jahren bestehen akute ideologische und politische Spannungen zwischen der Volksrepublik China und der Sowjetunion. Trotzdem nahm der Konflikt in chinesischen Augen erst ein Jahrzehnt später den Charakter einer bedrohungsträchtigen Auseinandersetzung an. Die Gründe hierfür und die Art der chinesischen Argumentation wie Sehweise werden analysiert. Die chinesischen Bedrohungsvorstellungen nahmen ihren Ausgang von der Besetzung des „sozialistischen Bruderstaates“ Tschechoslowakei durch die UdSSR. Nach chinesischer Ansicht läßt sich ein derartig radikaler und brutaler Bruch der Verpflichtung zur intersozialistischen Solidarität nur erklären, wenn man der Sowjetunion ein hinsichtlich Intensität und Reichweite völlig grenzenloses Machtstreben — also einen Drang zur totalen Weltherrschaft — unterstellt. Dieser Drang wird gegenwärtig primär als gegen Westeuropa bzw. gegen die westlichen Rückhaltpositionen im Süden Europas gerichtet angesehen. Darin erblickt die chinesische Seite eine sehr große mittelbare Bedrohung für sich selbst: Die UdSSR würde mit der Erlangung der Kontrolle über Westeuropa zur global dominierenden Supermacht aufsteigen, der niemand mehr erfolgversprechenden Widerstand entgegenzusetzen vermöchte. Daher appelliert die Volksrepublik China vor allem an die entwickelten Industriestaaten außerhalb des Warschauer-Pakt-Bereichs, den Pressionen und Lockungen der Sowjetunion entschlossen entgegenzuwirken und sich zur Wahrung der gemeinschaftlich bedrohten Unabhängigkeit zu einer Einheitsfront zusammenzufinden.